

# Wiener Landtag

## 9. Sitzung vom 28. Oktober 1988

---

---

### Wörtliches Protokoll

#### Inhaltsverzeichnis

- |  |               |   |
|--|---------------|---|
| 1. Entschuldigte Abgeordnete und entschuldigter Stadtrat   | (S. 3)        | Folgen des Verbotes der Ladenöffnung am ersten Adventsamstag auf die Wiener Wirtschaft<br>Begründung der Dringlichkeit durch Abg. Ingrid Kariotis (S. 26), Abstimmung (S. 27)<br>Redner: Die Abgen. Ingrid Kariotis (S. 27), Eleonora Hostasch (S. 31), StR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz (S. 33) und Abg. Ing. Rolf Huber (S. 35) Beantwortung der Anfrage durch Landeshauptmann Dr. Zilk (S. 38)  |
| 2. Fragestunde:<br>1. Anfrage (S. 3); 2. Anfrage (S. 5);<br>3. Anfrage (S. 6); 4. Anfrage (S. 7);<br>5. Anfrage (S. 10); 6. Anfrage (S. 12);<br>7. Anfrage (S. 14)   |               |   |
| 3. Mitteilung des Einlaufes  | (S. 16 u. 17) |   |
| 4. Mitteilung des Landeshauptmannes Dr. Zilk in Ergänzung zur Anfrage des Abg. Prochaska, warum eine bereits vorbereitete Katastrophenschutzübung im 18. Bezirk unter dem Zusammenwirken aller notwendigen Organisationen und Magistratsabteilungen von der Magistratsdirektion ohne Begründung kurzfristig abgesagt wurde | (S. 16)       | 8. Pr.Z. 248/LAT: Dringlicher Antrag der Abgen. Nettig und Mag. Eva Petrik, betreffend Öffnung der Wiener Geschäfte auch am ersten Adventsamstag 1988 bis 18 Uhr<br>Verlesung des Antrages durch Schriftführer Abg. Rosemarie Wallner (S. 38), Begründung der Dringlichkeit durch Abg. Nettig (S. 39 u. 61); Abstimmung (S. 40)<br>Redner: Die Abgen. Nettig (S. 40), Freitag (S. 43), Mag. Eva Petrik (S. 47), Pramel (S. 49), Haubenburger (S. 51) und Oblässer (S. 54) sowie StR. Neusser (S. 56), Abg. Riepl (S. 59) und Landeshauptmann Dr. Zilk (S. 62) |
| 5. Pr.Z. 3194, P. 1: Vorlage des Gesetzes, mit dem das Wiener Kulturschillinggesetz 1972 geändert wird (Beilage Nr. 20)<br>Berichterstatter: LhptmSt. Mayr   | (S. 17 u. 19) | 9. Mitteilung des Landeshauptmannes Dr. Zilk in Ergänzung zur Anfrage des Abg. Prochaska, warum eine bereits vorbereitete Katastrophenschutzübung im 18. Bezirk unter dem Zusammenwirken aller notwendigen Organisationen und Magistratsabteilungen von der Magistratsdirektion ohne Begründung kurzfristig abgesagt wurde<br>Redner: Abg. Prochaska (S. 66) und Amtsf. StR. Dr. Häupl (S. 66)  |
| Redner: Die Abgen. Gintersdorfer (S. 18) und Strangl (S. 19); Abstimmung (S. 19)   |               |   |
| 6. Pr.Z. 3193, P. 2: Vorlage des Gesetzes, mit dem das Hundeabgabegesetz geändert wird (Beilage Nr. 21)<br>Berichterstatter: LhptmSt. Mayr   | (S. 20 u. 25) |   |
| Redner: Die Abgen. Ingrid Kariotis (S. 20), Mag. Karl (S. 21) und Sramek (S. 24); Abstimmung (S. 26)   |               |   |
| 7. Pr.Z. 247/LF: Dringliche Anfrage der Abg. Ingrid Kariotis, betreffend die nachteiligen  |               |   |



(Beginn um 9.00 Uhr.)

Präsident Gertrude **Stiehl**: Die 9. Sitzung des Wiener Landtages ist eröffnet.

Entschuldigt sind die Abgen. Dr. Ferdinand Maier, Neumann, Nußbaum, Rupaner sowie Stadtrat Ing. Engelmayer.

Wir kommen zur Fragestunde.

(In der Fragestunde werden von Präsident Gertrude **Stiehl** die folgenden Anfragen zur Beantwortung aufgerufen:

1. Anfrage (Pr.Z. 208/LM/88): Abg. Dr. Hirnschall an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Welche Stellungnahme beziehen Sie zu der in der Regierungsklausur geäußerten Absicht, einen Bundeszuschlag zu den Müllgebühren einzuheben?

2. Anfrage (Pr.Z. 223/LM/88): Abg. Brix an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Welche Auswirkungen hat die Einführung der vom Bundesminister für Umweltschutz vorbereiteten Abgabe auf Altlasten auf Wien?

3. Anfrage (Pr.Z. 198/LM/88): Abg. Gaal an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

In den letzten beiden Jahren hat das Land Wien Entschädigungsbeträge als eine, über die vom Bund zur Verfügung gestellte Entschädigung, nach dem Strahlenschutzgesetz hinausgehende zusätzliche Unterstützung des Landes aus Mitteln des Katastrophenfonds für verschiedene Gruppen von Geschädigten nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl zur Verfügung gestellt.

Wird es auch im Jahr 1988, zwei Jahre nach der Reaktorkatastrophe, derartige Unterstützungen des Landes geben?

4. Anfrage (Pr.Z. 214/LM/88): Abg. Dkfm. Hilde Schilling an den Landeshauptmann:

Haben Sie bereits Gespräche mit dem Justizministerium aufgenommen, damit das in Kürze leerstehende Gebäude des Landesgerichtes II am Hernalser Gürtel für das Land Wien eventuell zur Unterbringung von Obdachlosen genutzt werden kann?

5. Anfrage (Pr.Z. 215/LM/88): Abg. Prochaska an den Landeshauptmann:

Warum wurde eine bereits vorbereitete Katastrophenschutzübung im 18. Bezirk unter dem Zusammenwirken aller notwendigen Organisationen und Magistratsabteilungen von der Magistratsdirektion ohne Begründung kurzfristig abgesagt?

6. Anfrage (Pr.Z. 183/LM/88): Abg. Jank an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung:

Welche Schwerpunkte soll das künftige Landesförderungsrecht enthalten?

7. Anfrage (Pr.Z. 221/LM/88): Abg. Mag. Kaba an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt, Freizeit und Sport:

Welche Schritte werden Sie setzen, um in Verhandlungen mit dem Umweltministerium die beabsichtigte Auflösung der ASVA (Abfall-Sammel- und Verwertungsagentur) zu verhindern?)

---

Präsident Gertrude **Stiehl**: Die 1. Anfrage des Herrn Abg. Dr. Erwin Hirnschall richtet sich an den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik. Ich bitte den Herrn Stadtrat, die Beantwortung durchzuführen.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mayr**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Frage, "Welche Stellungnahme beziehen Sie zu der in der Regierungsklausur geäußerten Absicht, einen Bundeszuschlag zu den Müllgebühren einzuheben?", darf ich folgendermaßen beantworten:

Ich habe von Frau Minister Flemming einen Entwurf für ein Bundesgesetz zur Finanzierung und Durchführung der Altlastensanierung übermittelt bekommen, der das Datum 30. September 1988 trägt. Die Gesetzwerdung eines Bundesgesetzes in der mir hier vorliegenden Fassung lehne ich schärfstens ab, weil ich in diesem Gesetz zunächst einmal einen unzulässigen Eingriff in die Finanzverfassung sehe,

nämlich eine Doppelbesteuerung des gleichen Gegenstandes, und weil ich außerdem nicht erkennen kann, wie mit diesem Gesetzesentwurf der Zweck erfüllt werden sollte.

Damit es keine Mißverständnisse gibt: Zur Aufbringung von Mitteln hinsichtlich der Altlastensanierung bekenne ich mich. Ich glaube aber, daß es in dieser Form nicht sinnvoll wäre.

**Präsident Gertrude Stiehl:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte.

**Abg. Dr. Hirnschall:** Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, würden Sie es auf sich nehmen, den Verfassungsgerichtshof anzurufen, wenn ein derartiges Gesetz im Parlament beschlossen werden würde?

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr:** Entschuldigung, ich habe nicht gewußt, daß das Mikrofon schon eingeschaltet ist.

**Präsident Gertrude Stiehl:** Entschuldigung, das ist meine Schuld.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr:** Wir würden die Verfassungsmäßigkeit eines solchen Gesetzes durch die Spezialisten des Magistrats prüfen lassen. Ich würde weiter veranlassen, daß eine Prüfung durch nicht dem Magistrat angehörige Verfassungsjuristen erfolgt. Wenn die der Meinung sind, daß die Anfechtung erfolgreich wäre, würde ich eine Anfechtung beantragen.

**Präsident Gertrude Stiehl:** Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

**Abg. Dr. Hirnschall:** Würden Sie es nicht für sinnvoll erachten, zu den Mitteln für die Altlastenbeseitigung zu kommen, indem man eine Besteuerung beim Verursacher vornimmt, also bei dem, der aufwendiges Verpackungsmaterial verwendet, etwa Einwegflaschen anstatt, wie das die Frau Umweltminister vorgesehen hat, beim Konsumenten?

**Präsident Gertrude Stiehl:** Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, bitte.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr:** Ich glaube, Herr Abgeordneter, daß wir jetzt zwei Dinge durcheinandermischen. Die ordnungsgemäße Beseitigung des jetzt und in Zukunft anfallenden Mülls ist die eine Seite. Hier haben wir Maßnahmen gesetzt: Erstens mit der Müllgebühr, die ja für diese Zwecke kostendeckend berechnet wurde, zweitens aber sehr viel wesentlicher mit der Einführung müllvermeidender Maßnahmen, etwa getrennte Müllsammlung in ganz Wien, so daß künftig die Entwicklung unter Kontrolle ist und es keine Schwierigkeiten gibt.

Ich glaube, Sie übersehen, daß dieses Gesetz eigentlich eine andere Zielrichtung hat, nämlich Altlasten zu sanieren, und das Problem, vor dem wir stehen, ist eigentlich ein anderes. Es gibt vor allem im städtischen Raum seit Jahrzehnten geordnete Deponien, von denen zwar auch eine Gefahr ausgeht, die aber relativ leicht erfaßbar und beherrschbar ist. Es gibt darüber hinaus ungezählte wilde Deponien, vor allem außerhalb des städtischen Raums, die mit diesen bereits bezahlten, geordneten Deponien im städtischen Raum keinesfalls vergleichbar sind. Ich bekenne mich zur Beseitigung der Altlasten in beiden Fällen. Was ich aber nicht einzusehen vermag und was ich an dem Gesetzesentwurf in erster Linie kritisiere, ist, daß jene Gemeinden, die seit Jahrzehnten für eine ordnungsgemäße Entsorgung ihres Mülls Sorge tragen - und die Gemeinden sind in dem Fall ja nicht als anonyme Körperschaften zu verstehen, sondern es sind ja die Bürger dieser Gemeinden, die seit Jahrzehnten dafür bezahlen, daß ihr Müll ohne Umweltgefährdung entsorgt wird - nunmehr ein zweites Mal zur Kassa gebeten werden, um für jene zu sorgen, die sorglos vorgegangen sind. Das ist mein Einwand gegen dieses Gesetz.

Wir als Land Wien - und soviel ich weiß auch die übrigen Gemeinden - werden alles daran setzen, um auf politischem Wege eine Veränderung dieses Gesetzesentwurfes zu bekommen. Ich werde auch versuchen - ich sage das ganz offen - den Gesetzesentwurf durch eigene Maßnahmen im Wiener Landtag zu unterlaufen, weil ich die prinzipielle Zielsetzung dieses Gesetzesentwurfes, nämlich die Belohnung der Schuldigen und die Bestrafung der Unschuldigen, nicht zur Kenntnis nehmen kann. Wir werden daher alle Maßnahmen setzen, um entweder zu einer für Wien akzeptablen Bundeslösung zu kommen oder diesen Entwurf zu verhindern. (Abg. Dr. Goller: So brav waren wir auch nicht!) Ich weiß, Herr Klubobmann Dr. Goller, daß Sie sich immer gegen die Interessen der Wiener stellen. (Abg. Dr. Goller: Das ist eine Unterstellung! Das ist unglaublich! Das ist eine echte Unterstellung!) Na überhaupt nicht, das ist eine klare Feststellung der Wahrheit. Sie wenden sich bei Parteiinteressen immer gegen die Interessen der Wiener.

Wir werden das mit aller Deutlichkeit auch sagen. Es kommt Ihnen überhaupt nicht auf die Wiener Bevölkerung an. (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Goller: Das stimmt doch nicht! Wo haben Sie Vorsorge getroffen bei den vielen Deponien in Wien? Waren Sie da so besonders brav? Unterstellen Sie nicht so primitiv!)

**Präsident Gertrude Stiehl:** Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter ist am Wort.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr** (fortsetzend): Herr Abgeordneter und Klubobmann! Ich werde mir einmal den Spaß machen, Ihre diesbezüglichen Äußerungen in den letzten Jahren aus den Protokollen des Gemeinderates und des Landtages ausheben zu lassen. Ich bin überzeugt, daß es gar kein Problem ist, den Beweis dafür anzutreten, daß Ihnen die Parteiräson viel mehr am Herzen liegt als die Interessen der Wiener. (Amtsf. StR. Edlinger: Sehr richtig! - Abg. Dr. Goller: Im Gegenteil!)

Was mir gewisse politische Hoffnung gibt, ist die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, daß über diesen Gesetzesentwurf mit den Ländern und Gemeinden noch ausführlich verhandelt werden wird. Ich möchte hier ausdrücklich feststellen: Wir erkennen das Problem der Altlastensanierung. Wir wissen, daß sie Mittel in Anspruch nehmen wird. Wir sind auch als Wiener Landesregierung bereit, darüber zu reden, aber wir sind nicht bereit, ein Gesetz zu akzeptieren, das auf unsere Kosten die Probleme anderer löst. Wir meinen, daß es nur dann sinnvoll ist, wenn auch Wiener Probleme tatsächlich gelöst werden können.

**Präsident Gertrude Stiehl:** Ich danke für die Beantwortung.

Die 2. Anfrage wurde von Herrn Abg. Otmar Brix gestellt und ist ebenfalls an den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik, Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr, gerichtet. Ich bitte um die Beantwortung.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Frage, "Welche Auswirkung hat die Einführung der vom Bundesminister für Umweltschutz vorbereiteten Abgabe auf Altlasten für Wien?", kann ich ebenfalls nur in der Fassung des Gesetzes beantworten, die mir zur Verfügung steht. Es war bis jetzt auch sehr schwer, Gespräche zu führen. Eine Einladung zu Gesprächen ist von Dienstag auf Mittwoch in einer Woche, also innerhalb von 24 Stunden, erfolgt. Es ist kein Wunder, wenn bei solchen Einladungen die Sachlichkeit der Gespräche leiden muß, weil eine entsprechende Vorbereitung der Beamtendelelegation sehr schwierig ist. Ich stelle also lediglich aufgrund der Fassung dieses Arbeitsentwurfes folgendes fest:

Der § 5 dieses Arbeitsentwurfes sieht eine Abgabenhöhe von 40 Schilling pro Tonne des zur Deponie gelangenden Abfalls und einen Betrag von 200 Schilling pro Tonne überwachungsbedürftigen Sonderabfalls vor.

Im Jahre 1987 wurden in Wien 671.000 Tonnen Abfall deponiert, was einer Jahresabgabenlast von 26 bis 30 Millionen Schilling unter Außerachtlassung der hinzuzurechnenden Abgabe für überwachungsbedürftigen Sonderabfall entspricht. Diese Abgabe würde den einzelnen Hausmüllverursacher normal marginal belasten, pro 120 Liter - also für die übliche Mülltonne, die in Wien in Gebrauch steht - bei 52maliger Entleerung mit 31 Schilling pro Jahr.

Ich habe trotzdem schwere Bedenken. Dies deshalb, weil Wien unabhängig von bundesgesetzlichen Aufträgen die Sanierung von Deponien beziehungsweise von Altlasten in Angriff genommen und teilweise auch schon durchgeführt hat. (Abg. Dr. Goller: Teilweise!) So wurde die städtische Deponie Rautenweg entsprechend den modernsten Erkenntnissen der Umwelttechnik abgesichert, was allein für den Rautenweg einen Kostenaufwand von 270 Millionen Schilling erforderte. Des weiteren wurden Altlasten insbesondere links der Donau, also im 22. Bezirk, und im Bereich des Gaudenzdorfer Gürtels mit einem Kostenaufwand von 165 Millionen Schilling saniert. Derzeit werden Sanierungsarbeiten beim Projekt Heuberggärtner mit einem Kostenerfordernis von 60 Millionen Schilling durchgeführt. Da diese Vorleistungen im vorliegenden Arbeitsentwurf keinen Niederschlag gefunden haben, würde der Vollzug zu einer zweifachen Belastung der Gebührenschuldner der Müllentsorgung führen. Ich weiß nicht, ob das Absicht ist. Aber egal welches Motiv dahintersteht, wir werden uns sicher dagegen aussprechen.

Mir scheint das Gesetz nicht geeignet, die Lösung des Problems herbeizuführen, mir scheint das Gesetz verfassungsmäßig bedenklich und mir scheint die Vorbereitung politisch nicht zureichend. Ich glaube, daß es daher in unser aller Interesse liegt, nicht Parteidisziplin zu halten und eine solche Vorlage

trotz der Bedenken durchzudrücken, sondern die Interessen der Wiener Bevölkerung zu vertreten und mit allem Nachdruck gegen die Gesetzwerdung einer solchen Abgabe aufzutreten. Ich persönlich habe die Absicht, das auch mit allem Nachdruck zu tun. Ich sage aber noch einmal, was ich schon bei Herrn Abg. Hirnschall gesagt habe: Wir werden uns bemühen, im Zuge dieser Verhandlungen zu einem Ergebnis zu kommen, das erstens das Problem der Altlastensanierung tatsächlich zu lösen imstande ist und zweitens eine gerechte Verteilung der Lasten, aber auch die Anrechnung der Vorleistungen enthält. Sollte im Zuge der Gespräche eine solche Möglichkeit angedeutet werden, werden wir selbstverständlich sehr ernsthaft darüber reden und einen Vorschlag zu einer Lösung in dieser Richtung machen.

**Präsident Gertrude Stiehl:** Die erste Zusatzfrage. - Bitte.

**Abg. Brix:** Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Wien hat hier aber auch eine Vorbildfunktion im Umweltbereich, vor allem wenn man daran denkt, daß wir auch das einzige Bundesland sind, das einen Altlastenkataster hat. Jetzt kommt dieser Gesetzesantrag. Was beabsichtigt das Bundesland Wien, was beabsichtigen Sie konkret, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, für das Bundesland Wien zu unternehmen?

**Präsident Gertrude Stiehl:** Ich bitte um die Beantwortung der ersten Zusatzfrage.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr:** Ich bitte um Entschuldigung, aber ich habe Sie aufgrund des Versagens des Mikrofons nicht ganz verstanden, Herr Abgeordneter. Wenn Sie bitte das andere Mikrofon benützen.

**Abg. Brix** (vom nächsten Mikrofon aus sprechend): Wien, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, hat eine Vorbildfunktion im Umweltbereich, vor allem wenn ich daran denke, daß wir auch das einzige Bundesland sind, das zum Beispiel einen Altlastenkataster hat. Und jetzt soll dieser Gesetzesantrag kommen. Was haben Sie konkret vor, für das Bundesland Wien zu unternehmen? (Abg. Dr. Goller: Altlastenkataster ist ja noch nichts!)

**Präsident Gertrude Stiehl:** Ich bitte um die Beantwortung.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr:** Ich darf die Frage zunächst einmal damit beantworten, daß die Feststellung, daß Wien eine Vorbildfunktion hat, im vollen Ausmaß zutrifft. Wien ist das einzige Bundesland in Österreich, das über eine Sondermüllverbrennung verfügt. Es ist bezeichnend, daß die Frau Bundesminister die Absicht hat - bitte schön, ich hätte es sonst nicht gesagt, Herr Klubobmann, aber Sie zwingen mich dazu (Heiterkeit bei der ÖVP.) - als die, uns im Wege der Förderung zu zwingen, für ganz Österreich die Sondermüllverbrennung bis zur Ausnützung der vollen Kapazität der EBS zu übernehmen. Ich habe dagegen energischen Protest eingelegt, daß wir für ganz Österreich die Sondermüllentsorgung durchzuführen haben, ohne eine Gegenleistung von den anderen Bundesländern zu erhalten. Es bleibt nämlich bei der Verbrennung des Sondermülls auch noch eine erhebliche Menge von Rückständen und Filterkuchen über, aber es gibt keine Bereitschaft derjenigen, die herliefern wollen, dann für die Deponie Sorge zu tragen. Ich muß sagen, ich halte eine solche Politik wirklich nicht für akzeptabel, daß man der Stadt, die bisher die größten Anstrengungen unternommen hat, die als einziges von neun Bundesländern in der Lage ist, für die ordnungsgemäße Entsorgung des Sondermülls Sorge zu tragen, dann auch noch Auflagen hinsichtlich der Entsorgung anderer Bundesländer erteilt. Ich kann eine solche Politik nicht mitvollziehen.

Welche Absicht wir haben, ist klar. Es ist sicher, daß die Beseitigung der Altlasten, wie ich Ihnen anhand einiger Beispiele zeigen konnte, hohe Beträge verursacht. Ich könnte mir vorstellen, daß wir steuerliche Maßnahmen im eigenen Bereich bei der Müllgebühr setzen und damit sicherstellen, daß die Entsorgung in Wien selbstverständlich unter Anrechnung der vorher erbrachten Leistungen von Wien für Wien durchgeführt wird.

**Präsident Gertrude Stiehl:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Danke schön, das ist nicht der Fall.

Die 3. Anfrage des Herrn Abg. Anton Gaal richtet sich ebenfalls an den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik. Ich bitte um Beantwortung.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr:** Herr Abgeordneter! Ihre Frage lautet: "In den letzten beiden Jahren hat das Land Wien Entschädigungsbeträge als eine, über die vom Bund zur Verfügung

gestellte Entschädigung, nach dem Strahlenschutzgesetz hinausgehende zusätzliche Unterstützung des Landes aus Mitteln des Katastrophenfonds für verschiedene Gruppen von Geschädigten nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl zur Verfügung gestellt. Wird es auch im Jahre 1988, zwei Jahre nach der Reaktorkatastrophe, derartige Unterstützungen des Landes geben?"

Ich darf die Frage folgendermaßen beantworten:

Die Wiener Landesregierung hat mit Beschuß vom 5. Juli 1988 beschlossen, Entschädigungen in der Höhe von insgesamt maximal 15 Millionen Schilling an die Betriebe des Wiener Handels auszubezahlen. Das Land Wien hat in Zusammenarbeit und auf Ersuchen der Wiener Handelskammer, Sektion Handel, die im Bereich des Handels aufgetretenen Vermögensnachteile ermittelt. Der Großteil der ermittelten Vermögensnachteile ist auf sogenannte indirekte, das heißt, durch Umsatzrückgänge aufgrund von verändertem Käuferverhalten entstandene Schäden zurückzuführen. In der vom Bundesministerium für Finanzen herausgegebenen Verordnung zur Entschädigung des Bereiches Handel sind derartige Schäden nicht erfaßt. Von der Entschädigungsleistung sind zirka 1.450 Handelsbetriebe in Wien betroffen. Für die Ermittlung der Höhe des an die einzelnen antragstellenden Betriebe entfallenden Entschädigungsbetrages wurden Standort, Verkaufsfläche, das Sortiment und die Betriebsgröße berücksichtigt. Wir glauben, daß wir mit diesem Betrag von 15 Millionen Schilling für die Durchführung das Auslangen finden werden.

Präsident Gertrude **Stiehl**: Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte.

Abg. **Gaal**: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, kann man Ihren Ausführungen entnehmen, daß diese Entschädigungsleistungen an den Handel bislang nicht zur Auszahlung gelangt sind?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mayr**: Die Entschädigungsanträge der einzelnen Betriebe, die von der Wiener Handelskammer gesammelt wurden, wurden, da bei der Wiener Handelskammer erst ein geringer Teil der Anträge eingelangt ist, bis dato noch nicht dem Magistrat übermittelt. Für insgesamt sechs existenzgefährdete Betriebe wurde jedoch bereits im August 1988 die Auszahlung des Entschädigungsbetrages veranlaßt. Die übrigen sind noch nicht im Bereich des Magistrats, wir erwarten deren Übermittlung.

Präsident Gertrude **Stiehl**: Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich danke für die Beantwortung.

Die 4. Anfrage wurde von Frau Abg. Dkfm. Hilde Schilling gestellt und richtet sich an den Herrn Landeshauptmann. Ich bitte den Herrn Landeshauptmann um die Beantwortung der 4. Anfrage.

Landeshauptmann Dr. **Zilk**: Frau Abgeordnete! Sie erlauben mir, daß ich vorher einige grundsätzliche Ausführungen mache, einfach um des Prinzipes willen in diesem Zusammenhang.

Gemäß § 14 des Sozialhilfegesetzes kann die Gewährung von Unterkunft auch durch die Aufnahme von Hilfesuchenden in eine Obdachlosenherberge des Sozialhilfeträgers sichergestellt werden. Sozialhilfeträger ist in Wien das Land. Zuständiges Organ der Wiener Landesregierung für die Wahrnehmung dieser Aufgabe ist Frau Landeshauptmann-Stellvertreter Ingrid Smejkal und nicht der Bürgermeister. Sie hat mir von ihren Gesprächen mit den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung Mitteilung gemacht und auch berichtet, daß Kontakte sowohl zu Herrn Bundesminister Dallinger als auch zu Herrn Minister Graf bestehen. Ich führe deshalb keine persönlichen Gespräche mit den Ministerien und den Dienststellenleitern in dieser Angelegenheit, da sie die zuständige Frau Stadtrat derzeit führt. Ich möchte Ihnen aber mitteilen, daß sie mir mitgeteilt hat, daß ihr Herr Bundesminister Graf über dieses und auch andere Objekte in Kürze genaue Auskünfte erteilen wird, sich jedoch noch eine kurze Zeit erbeten hat.

Gleichzeitig muß ich Ihnen leider aber auch mitteilen, daß Herr Justizminister Foregger das Landesgericht II in absehbarer Zeit nicht freizugeben bereit ist. Ich erlaube mich hierzu die persönliche Bemerkung, daß dies eine besondere Abart der Strafrechtsreform darstellt. Man entläßt nämlich seit dem 1. März durch den im neuen Gesetz vorgesehenen Bonus zusätzlich Häftlinge - genau genommen sind es 2.000 Häftlinge weniger, was international ein durchaus erfreulicher Fortschritt ist -, man kümmert sich aber nicht, wohin die Häftlinge gehen. Ein Teil der Häftlinge kehrt in Familien und in die frühere Lebenswelt zurück, aber es gibt einen nicht unerheblichen Teil, den man einfach ohne Geld und ohne

Quartier entläßt. Es ist nachgewiesen, daß diese ehemaligen Häftlinge in erster Linie nach Wien ziehen, und so können wir davon ausgehen, daß wir in diesem Zeitraum einige hundert solcher Entlassenen haben.

Ich möchte hier wirklich kritisch feststellen, daß es ein einfacher Weg des Justizministeriums ist, zunächst die Tore zu öffnen, sich nicht zu kümmern, dann aber, wenn eine Chance besteht, hier mitzuhelpen, uns die kalte Schulter zu zeigen und mitzuteilen, daß das Landesgericht II in absehbarer Zeit nicht zur Verfügung steht. Wir werden uns aber selbstverständlich weiterhin darum bemühen.

**Präsident Gertrude Stiehl:** Die erste Zusatzfrage, bitte.

**Abg. Dkfm. Hilde Schilling:** Ich habe mich deswegen auch an Sie gewendet, weil es Verhandlungen zwischen dem Land Wien und dem Bund geben muß! Meinen Informationen zufolge wird spätestens im April das Landesgericht II geräumt. Wo Sie die Information her haben, daß es nicht freigegeben wird, weiß ich nicht! Die Absiedlung der Häftlinge ist bereits im Gange!

Dieses Problem mit den Obdachlosen ist so brennend! Der Winter steht wieder vor der Tür!

**Herr Landeshauptmann!** Wo wollen Sie die vielen Obdachlosen unterbringen, die Tausenden, die in den U-Bahn-Stationen sind, in den Kellern der Spitäler, überall, wo sie Unterschlupf finden?

**Präsident Gertrude Stiehl:** Herr Landeshauptmann, bitte.

**Landeshauptmann Dr. Zilk:** Frau Abgeordnete! Die tausenden Obdachlosen, die in den U-Bahn-Stationen sind, kenne ich nicht. Ich bin U-Bahn-Fahrer, auch in der späten Nacht und meist auch zu Betriebsschluß. Ich kenne keine tausenden Obdachlosen, die in den Wiener U-Bahnen Unterschlupf finden. Ich kenne das sehr wohl aus Paris, aus London und aus Los Angeles und wir alle kennen das aus New York. Dort sind es derzeit 50.000, die versuchen, in den U-Bahnen unterzukommen.

Es ist aber unsere gemeinsame Sorge und nicht die Frage eines Parteidisputs, wie wir unseren Obdachlosen helfen. Wir tun das, auch unter schwierigen Voraussetzungen, wo wir selten Unterstützung finden. Beispielsweise ist für dieses Winterhalbjahr die Gerhardusgasse adaptiert worden und wird auch besiedelt. (Abg. Prochaska: Daneben ist eine Volksschule!) Selbstverständlich ist das auch eine durchaus pädagogische Aufgabe für Eltern, den Kindern mitzuteilen, daß es Obdachlose gibt, Herr Abgeordneter. Ihrer Gesinnung entspricht das, von Ihnen habe ich mir keinen anderen Zwischenruf erwartet. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist die Hinterwäldlergesinnung. Es ist eine Schande, eine solche Gesinnung zu haben. (Abg. Prochaska: Das ist abenteuerlich, was Sie da sagen!) Sie sollten mich eher unterstützen, daß die Kinder nicht für einen Kinderkreuzzug mißbraucht werden. Aber das ist ja Ihr Kinderkreuzzug. Und Sie, Frau Abgeordnete, Sie sollten zu einer Nachhilfestunde zu Ihrem Kollegen gehen, zum Thema Mitgefühl und Menschlichkeit mit Obdachlosen, und nicht mich fragen. Ihnen sollten Sie bei Gelegenheit eine Nachhilfestunde in der Brigittenau geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben das durchgeführt, wir werden das durchführen und, ob es Sie freut oder nicht, seit gestern ist eine ganze Anzahl von Obdachlosen untergebracht. (Abg. Prochaska: Das ist doch ein Unsinn!) Unsinn haben Sie gesagt! Wissen Sie... (Abg. Prochaska: Als Lehrer müssen Sie das besser wissen!) Hören Sie (Abg. Prochaska: Als Lehrer müssen Sie das wissen!), hören Sie, Herr Prochaska. Sie sind ja immer heiter, wenn Sie sich aufregen. Seien Sie weiterhin heiter, Sie haben schon lange keinen lustigen Beitrag mehr zu einem ernsten Thema geliefert. Ihre Beiträge kenne ich schon zur Genüge. Seit neun Jahren fadisieren Sie mich mit Ihren Zwischenrufen. (Abg. Prochaska: Sie sind aber auch traurig! Sie wissen gar nichts mehr davon! Das müssen Freistunden gewesen sein! So einfach ist das!) Tun Sie das weiterhin. Das kennt eh schon jeder. Liebe Frau Abgeordnete, wenn Sie es Ihren Kollegen sagen können. Ich würde gerne Ihnen antworten. Vielleicht können Sie helfen. (Abg. Prochaska: Vielleicht können Sie einmal antworten und nicht polemisieren!)

Hören Sie einmal zu! Wenn Sie Zwischenrufe machen, polemisiere ich. (Abg. Prochaska: Ich mache Zwischenrufe wann ich will!) Das habe ich Ihnen schon seit vielen Jahren gesagt, seit ich hier bin. Lassen Sie mich in Ruhe antworten, dann werde ich Sie nicht ansprechen. Aber Sie erregen halt meine Heiterkeit, ich kann ja nichts dafür, Herr Prochaska! Sie sind halt ein Naturtalent in Heiterkeit, was soll ich denn tun. Jetzt kenne ich Sie neun Jahre lang. Immer derselbe Prochaska: Springt auf, regt sich auf, die Brillen

fallen runter, es ist furchtbar mit Ihnen. Legen Sie sich einmal einen neuen Stil zu, das wäre viel gescheiter, Herr Prochaska. (Abg. Prochaska: Sind Sie schon ausgeschlafen, oder träumen Sie noch? Sie hätten früher schlafengehen sollen!)

**Präsident Gertrude Stiehl:** Bitte...

**Landeshauptmann Dr. Zilk:** Liebe Frau Abgeordnete! Wir werden uns nach Kräften bemühen und wir werden die Obdachlosen unterbringen. Wir tun das, wie Sie wissen, in einer sehr engen Zusammenarbeit auch mit der Caritas. Wir haben zu diesem Zweck für heuer eine Unterkunft vorbereitet und wir haben gesagt, wir werden im nächsten Jahr dafür sorgen, daß es eine ständige Bleibe gibt. Zu diesen Überlegungen gehört auch das von Ihnen angesprochene Landesgericht II. Sie haben mich in Ihrer zweiten Zusatzfrage (Abg. Prochaska: In der ersten! Sie sollten aufpassen!), in Ihrer ersten Zusatzfrage gefragt... (Zwischenrufe.)

**Präsident Gertrude Stiehl:** Ich bitte sehr, den Herrn Landeshauptmann...

**Landeshauptmann Dr. Zilk:** Sie machen es einem wirklich sehr schwer, Sie in der Öffentlichkeit nicht als das zu bezeichnen, was Sie sind. Und das weiß jetzt jeder! Das glaube ich. Sie lachen wenigstens über sich selbst. Sie sind ein Mensch, der über sich selbst lachen kann.

**Frau Abgeordnete,** Sie haben nicht zuhören können, dank der intellektuellen Zwischenrufe Ihrer Mitkommilitonen. (Abg. Prochaska: Sie hat nichts versäumt!) Sie können vielleicht den Herrn Minister Graf heute fragen, woher er das hat. Jedenfalls hat mir Frau Smejkal mitgeteilt, die die Gespräche mit Herrn Graf geführt hat, daß er ihr das mitgeteilt hat. Aber Sie können sicher sein, daß wir die erste Gelegenheit wahrnehmen werden, zuzugreifen, so wie Sie das erwarten und wie wir das auch wollen, weil wir ja eine ständige Unterkunft suchen. Wir werden das selbstverständlich tun.

**Präsident Gertrude Stiehl:** Frau Abgeordnete, eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

**Abg. Dkfm. Hilde Schilling:** Herr Landeshauptmann, Sie haben leider über weite Teile Ihrer Antwort so geschrieben, daß ich es kaum mitbekommen habe. (Lhptm. Dr. Zilk: Ich habe nicht geschrien, Frau Abgeordnete, aber ich mußte mich verständlich machen, weil ich nicht reden durfte!)

**Präsident Gertrude Stiehl:** Die Frau Abgeordnete ist am Wort.

**Abg. Dkfm. Hilde Schilling:** Herr Landeshauptmann, Sie wissen ja genau um das Problem vom Karlsplatz, wo Obdachlose und Randtypen aller Art, vor allem aber auch Drogensüchtige und Betrunkenen, herumliegen. Sie kennen die Probleme der Schulkinder der evangelischen Hauptschule, die ihren täglichen Schulweg dahingehend absolvieren, daß sie zwischen ein paar total Betrunkenen durchmüssen und über die gebrauchten Einwegspritzen hinwegsteigen. Herr Bürgermeister, ich habe hier einen Brief von Ihnen. Den haben Sie am 26. Juli an die Schule geschrieben und haben mit eigener Hand daruntergeschrieben, Sie werden im Herbst entsprechende Beschlüsse anregen.

Was werden Sie konkret machen, um den Schulkindern vom Karlsplatz zu ermöglichen, wieder sicher in ihre Schule zu kommen? (LhptmSt. Ingrid Smejkal: Schon wieder die Kinder! - LhptmSt. Mayr: Wie alt sind denn die Kinder?)

**Präsident Gertrude Stiehl:** Herr Landeshauptmann, bitte.

**Landeshauptmann Dr. Zilk:** Ich stelle zunächst einmal fest, daß Sie davon gesprochen haben, daß tausende Obdachlose - ich bitte das im Protokoll nachzulesen und wieder festzuhalten - in Wien in den U-Bahnen Schutz suchen müssen. Ich habe darauf geantwortet, ich kenne die tausenden Obdachlosen in den Wiener U-Bahnen nicht. Ich halte diese Antwort aufrecht. Sie haben dann sofort von anderen Problemen gesprochen. Sie haben dann in der Terminologie gewechselt, von Obdachlosen zu Randgruppen, zu Drogensüchtigen, zu sozial gefährdeten Schichten, et cetera. Das heißt, der Karlsplatz ist kein Problem der Obdachlosen in Wien. Der Karlsplatz hat zwar auch das Problem der Obdachlosen, aber de facto sind, wie Sie selbst gesagt haben, ja ganz andere Leute mit dabei. Da sind viele Drogensüchtige, die immer wieder aufgegriffen werden, die durchaus Obdach haben, die sich dort aber zusammenfinden und ähnliches mehr. Das Problem ist also ein vielgestaltig anderes, es ist kein primäres Problem der Obdachlosigkeit.

Die Frau Vizebürgermeister hat in einer Pressekonferenz vor 14 Tagen von dem neuen Projekt in

Favoriten gesprochen, das in erster Linie für jene jungen Leute gedacht ist, die uns aus welchen Gründen immer am Karlsplatz Sorgen machen. Wir sind gerade dabei, dieses Projekt zu verwirklichen. Ich hoffe, daß es uns gemeinsam mit verstärkten Bemühungen der Sozialarbeit gelingen wird, das Problem zu reduzieren. Es ist im Moment auch nicht so akut, wie es im vergangenen Jahr war. Aber ich gebe ohne weiteres zu, daß es uns Sorgen macht. Es gibt keine Millionenstadt der Welt, in der nicht immer wieder solche Probleme auftauchen, die allen Sorgen machen. Das wissen Sie doch als eine Dame, die in der Welt herumreist. Sogar wenn Sie sich in Zürich, der reichsten Stadt Europas, umschauen... (Abg. Dkfm. Hilde Schilling: Herr Landeshauptmann, bei der Schule!) Erlauben Sie mir dennoch, daß ich meinen Satz zu Ende spreche. Ich habe Sie ja auch aussprechen lassen. Wir verkehren doch sonst höflich miteinander, Frau Abgeordnete.

Sogar in Zürich, wenn Sie sich die Mühe machen, vom Bellevue den Utoquai entlangzugehen, dann werden Sie sehen, daß dort dutzende, ja hunderte junge Leute stehen, die der Öffentlichkeit weit ärgere Sorgen bereiten, weil sie vor den kleinen Kindern spritzen et cetera. Das kann sich jeder anschauen, wenn er Lust hat, er braucht ja nur hinzufahren. Von Amsterdam und anderen Städten rede ich erst gar nicht.

Ich will damit nicht das Problem verkleinern, im Gegenteil. Sie haben einen Brief zitiert und dafür bin ich Ihnen dankbar. Der Brief beweist ja, daß ich mir den Kopf zerbreche, daß ich mir dieselben Sorgen mache wie Sie. Wir haben versprochen, wir werden alles, was in unserer Kraft steht, tun und das tun wir derzeit, die Frau Vizebürgermeister, ich, alle unsere Sozialarbeiter. Wir werden dieses Problem auch sicher einer einigermaßen befriedigenden Lösung zuführen. Eine Lösung, daß es keine Probleme mit Randgruppen in einer Millionenstadt gibt, Frau Abgeordnete, das ist doch eine Fata Morgana. Wo Millionen von Menschen beisammen sind, gibt es Randgruppenprobleme. Wir haben immer die Aufgabe, dort wo sie auftreten, unser Bestes zu tun.

**Präsident Gertrude Stiehl:** Ich danke für die Beantwortung.

Sie haben sicher alle gemerkt, daß während der Fragestunde die Lautsprecheranlage im Saal ausgestanden ist. Ich soll Ihnen sagen, daß an der Behebung des Schadens gearbeitet wird. Ich bitte Sie sehr herzlich, besonders bei der Stellung der Zusatzfragen für Ruhe im Saal zu sorgen, damit die Fortführung der Fragestunde gewährleistet ist. Ich danke herzlich.

Wir kommen nun zur 5. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg. Prochaska an den Herrn Landeshauptmann gestellt. Ich bitte um Beantwortung.

**Landeshauptmann Dr. Zilk:** Herr Abgeordneter! Ich muß Ihnen zunächst einige rechtliche Ausführungen vorhalten. Der Katastrophenschutz für Wien obliegt nach dem Wiener Katastrophenhilfegesetz der Gemeinde, die gemäß § 3 Abs. 3 dieses Gesetzes auch Übungen durchführen kann. Das ist Ihnen sicherlich gut bekannt. Sie werden sicher mitverfolgt haben, daß zum Beispiel erst gestern eine solche Übung stattgefunden hat, und zwar im großen Stil stattgefunden hat.

Die Anordnung der Durchführung von Einsatzübungen gemäß § 3 Abs. 3 des Katastrophenhilfegesetzes fällt in den Aufgabenbereich des Magistratsdirektors. Einsatzstelle ist dabei die Magistratsdirektion - Verwaltungsorganisation. Die Bezirksvorsteher haben bei Katastropheneinsätzen aller Art insoweit ein Mitwirkungsrecht, als sie den Bürgermeister beraten, wobei sie sich ihrerseits einer Bezirkskommission als Beratungsorgan bedienen können oder vielleicht sogar sollen.

Nach diesen rechtlichen Ausführungen kann ich Ihnen in Beantwortung Ihrer Anfrage nur mitteilen, daß in Währing von der zuständigen Stelle nie eine Katastrophenebung angesetzt worden ist und eine Absage daher begrifflich nicht möglich ist. Der Herr Bezirksvorsteher hat darüber hinaus bis heute keinen entsprechenden Vorschlag an die Magistratsdirektion gerichtet. Wie Einsatzübungen, die vom Bezirk gewünscht werden, vorzubereiten sind, ist anderen Bezirken bekannt, wie die gestern stattgefunden Übung zeigt. Der Herr Bezirksvorsteher des 18. Bezirkes verfügt ebenfalls über das Organisationshandbuch "Dezentralisierung", in dem seine Mitwirkungszuständigkeiten bei Katastropheneinsätzen dargestellt sind. Der Herr Bezirksvorsteher kann daraus entnehmen, daß er, was die Durchführung von Katastropheneinsatzübungen betrifft, ein Mitwirkungsrecht hat. Eine seiner Aufgaben hingegen ist es, einen Katastrophenschutzplan für seinen Bezirk auszuarbeiten. Ein solcher Katastrophenschutzplan für den

18. Bezirk ist der Magistratsdirektion bisher aber nicht zugänglich gemacht worden.

Präsident Gertrude **Stiehl**: Die erste Zusatzfrage, bitte.

Abg. **Prochaska**: Sie haben mir eine rechtliche Belehrung gegeben. Ich, Herr Landeshauptmann, muß Ihnen jetzt eine sachliche Richtigstellung geben. Die Katastrophenschutzübung für den 18. Bezirk, der als einer der wenigen Bezirke einen fertigen Katastrophenschutzplan hat, wurde seinerzeit mit Stadtrat Braun, später auch noch mit Stadtrat Häupl abgesprochen. Der Plan eines simulierten Tankwagenunfalles am Bischof-Faber-Platz war fertig. Es waren die Feuerwehr, die Rettung, die Magistratsabteilung 30, der Zivilschutzverband, die betroffene Schule wegen der geplanten Evakuierung sehr wohl informiert, die Johanniter Krankenbeförderung, der Zivilschutzverband, sogar das Generalsekretariat. Es hat die Zusage der Feuerwehr gegeben. Da zu der Zeit ein Wechsel des Branddirektors war, ist der erste Termin gefallen, es sind also zwei Termine an sich nicht zustande gekommen. Der neue Branddirektor hat ebenfalls zugesagt. Erst als es um die konkrete Terminvereinbarung ging, nachdem der Plan vollständig vorliegen ist, mit allen Stellen besprochen war, wurde von Seiten der Magistratsdirektion lakonisch mitgeteilt, daß diese Übung nicht stattfinden werde. Wir haben recherchiert warum, da keine Begründung gegeben wurde.

Es wurde in verschiedenen hier angezogenen Dienststellen der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Herr Landeshauptmann beziehungsweise Bürgermeister andere Bezirke bevorzugen würde und großen Übungen, wo er selbst auftreten könnte, den Vorzug geben würde. Stimmt dies oder müssen Sie dieser hierorts geäußerten Meinung entgegentreten?

Präsident Gertrude **Stiehl**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Landeshauptmann Dr. **Zilk**: Ich muß Ihnen zunächst mitteilen, daß ein Katastrophenschutzplan für den 18. Bezirk der Magistratsdirektion nicht vorliegt und daß er die Grundlage einer solchen Übung gewesen wäre. Welche anderen Gespräche der Herr Bezirkvorsteher mit anderen Persönlichkeiten geführt hat, ist eine andere Angelegenheit. Wir haben ja Verfahrensweisen, die wir gemeinsam einzuhalten haben.

Und was das Auftreten des Bürgermeisters und des Landeshauptmannes betrifft: Gestern hat eine Katastrophenschutzübung im großen Stil stattgefunden, über die berichtet worden ist. Der Herr Landeshauptmann und Bürgermeister ist nicht dort aufgetreten, sondern er war dort, wo er im Einsatzfall sein muß, nämlich in der Einsatzzentrale, von der es weder einen Bericht noch ein Fernsehbild noch sonst etwas gegeben hat. Daher gehören Ihre Vermutungen in den Bereich jener Fama, die Sie immer gerne verbreiten. (Abg. Prochaska: Nicht meine!) Sie bringen es hier und ich teile Ihnen mit, daß das gestern war und daß ich nur dort war, wo ich sein mußte, nämlich in der Einsatzzentrale als Verantwortlicher der Einsatzzentrale.

Präsident Gertrude **Stiehl**: Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. **Prochaska**: Im Gegensatz zu Ihrer Aussage, Herr Landeshauptmann, hat Meidling keinen Katastrophenschutzplan und hat trotzdem eine Übung bekommen. Dies nährt den Verdacht, den wir in Währing schon lange haben, daß Sie durch persönliches Auftreten und zum Teil auch durch persönliche Pressionen die für die SPÖ nicht angenehmen Mehrheitsverhältnisse im Bezirk korrigieren wollen. (Bewegung bei der SPÖ.)

Halten Sie das mit einer legitimen demokratischen Vorgangsweise für vereinbar?

Präsident Gertrude **Stiehl**: Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. **Zilk**: Herr Abgeordneter! Wer mich kennt weiß, daß die Unsinnigkeit dieser Frage nicht überbietbar ist. Auf unsinnige Fragen verweigere ich jede Antwort. (Abg. Prochaska: Das werde ich in der Öffentlichkeit gerne sagen!) Es ist doch lächerlich, mir so etwas zu unterstellen. Herr Bezirkvorsteher Traindl ist ein persönlicher Freund von mir, mit ihm habe ich vier Jahre lang die Schulbank gedrückt. Ich habe überhaupt keinen Grund, dem Herrn Bezirkvorsteher Traindl etwas anzutun oder sonstiges zu tun. Ich habe zu ihm ein bedeutend besseres Verhältnis, weil ich ihn intellektuell erheblich höher einschätze als Sie. (Abg. Prochaska: Sie haben ein Benehmen! Sie sind am Karlsplatz aufgewachsen! Arm!)

**Präsident Gertrude Stiehl:** Ich danke für die Beantwortung.

Die 6. Anfrage wurde von Herrn Abg. Werner Jank an den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadtneuernung gerichtet. Ich bitte um Beantwortung.

**Amtsführender Stadtrat Edlinger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie fragen mich, welche Schwerpunkte das künftige Landesförderungsrecht im Zusammenhang mit Wohnbau und Stadtneuernung erhalten soll. Ich möchte vorweg zunächst einmal sagen, daß das Begutachtungsverfahren am 22. Oktober abgelaufen ist und daß die Stellungnahmen, die zu diesem Gesetzesentwurf eingelangt sind, nicht nur quantitativ außerordentlich sind, sondern auch qualitativ. Ich hatte inzwischen die Gelegenheit, einen Teil der Stellungnahmen zu lesen und habe tiefen Respekt vor der Qualität der Stellungnahmen zu diesem Gesetz. Ich habe die Absicht, dem nächsten Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadtneuerung eine Auflistung all jener Überlegungen, die ich in meiner subjektiven Einschätzung für besonders relevant halte und wo ich auch die Absicht habe, Veränderungen am ursprünglichen Gesetzesentwurf anbringen zu wollen, vorzulegen, einen Unterausschuß mit dem dringenden Ersuchen einzusetzen, innerhalb von drei bis vier Wochen diese Stellungnahmen gemeinsam durchzuarbeiten und letztendlich zu versuchen, im Dezember den Gesetzesentwurf dem Landtag vorlegen zu können.

Diese Vorgangsweise ist vielleicht ein wenig unüblich, entspricht aber durchaus dem Geiste, in dem dieses Gesetz entstanden ist. Ich möchte in Erinnerung bringen, daß wir ja unmittelbar nach der Kompetenzveränderung, nämlich daß Fragen der Wohnbauförderung künftig in Ländersache sein sollen, eine Punktation und in weiterer Folge dann einen rein rechtlichen Entwurf an eine große Zahl von Interessenvertretungen aber auch Persönlichkeiten versendet haben und in einem sogenannten Vorberatungsverfahren Meinungen eingeholt haben, die dann dazu geführt haben, daß bis Mitte des Sommers breitestgehende Konsensbestimmungen, durchaus bei Wahrung jener gesellschaftlichen Position, die ich natürlich auch selbst vertrete - das wird ja auch jeder erwarten - , in diesen Gesetzesentwurf eingeflossen sind.

Ich möchte aber sagen, daß ich die künftigen Schwerpunkte des Landesförderungsrechtes so sehe, daß durch entsprechende Gestaltung des Förderungsinstrumentariums sicherzustellen ist, daß trotz der Verringerung der dem Land zugehenden Bundesmittel ein Förderungsvolumen erzielt werden kann, das sowohl auf dem Neubausektor als auch im Bereich der Wohnhaussanierung einerseits eine kontinuierliche Fortführung des Baugeschehens sicherstellt, aber andererseits auch der Deckung des Bedürfnisses der Menschen nach neuen oder nach sanierten Wohnungen Rechnung getragen wird.

Konkret ist geplant - das ist natürlich nicht Gegenstand des Gesetzes, sondern der dazugehörigen Verordnungen und des Finanzspielraumes - , in den nächsten Jahren jährlich etwa 4.000 neue Wohnungen zu fördern beziehungsweise im Sanierungsbereich durch gezielte und sehr differenzierte Förderung ein Investitionsvolumen von etwa drei Milliarden Schilling per anno auszulösen. Dieses Volumen war 1987 noch nicht erreicht. Damals hatten wir etwa 2,3 Milliarden an Förderungszusicherungen getätigt. Im heurigen Jahr werden wir diesen Betrag deshalb übersteigen - das im Detail auszuführen, würde jetzt zu weit gehen - , da wir heuer nicht 4.000, sondern nur 3.000 Wohneinheiten neu fördern werden. Weil die technische Vorbereitung keine größere Quantität erlaubt - und zwar die technische Vorbereitung nicht seitens der Behörde oder der Stadt, sondern seitens der Bauträger und der Privaten - , ist es uns möglich, einen zusätzlichen Betrag von etwa 500 Millionen Schilling in die Stadtneuerung zu pumpen, was bedeutet, daß heuer bis Ende Dezember 1988 die Wohnhaussanierung und die große und kleine Wohnungsverbesserung zusammen ein Investitionsvolumen von etwa 3,7 Milliarden Schilling erreichen werden. Das ist aber ein Betrag - und das möchte ich auch mit aller Deutlichkeit sagen - , den wir im nächsten Jahr nicht anpeilen, weil ja das Annuitätenzuschußsystem, das durch dieses Gesetz natürlich weiterhin gedeckt bleibt, die fatale Situation nach sich zieht, daß es Budgetbelastungen auf neun oder auf zehn Jahre im Vorgriff bedeutet, das heißt, das Landesbudget eigentlich noch viele Jahre durch Maßnahmen der Finanzierung belastet ist, obwohl das Objekt schon lange fertiggestellt sein wird. Das ist eine Situation, die ich kenne. Das ist eine Situation, die wir schrittweise verändern sollten. Daher ist es auch eine Notwendigkeit, im Sanierungsbereich andere Förderungs-

systeme als das Annuitätensystem zu schaffen.

Die entsprechenden wirtschaftlichen Gegebenheiten der Vollbeschäftigung, des sogenannten Preisauftriebes, des Zinsniveaus sind ja alles Kriterien, die eine Rolle spielen. Wir haben das künftig so geregelt, daß wir bei Veränderung dieser sehr wichtigen Aspekte der volkswirtschaftlichen Situation dann nicht jeweils eine legistische Veränderung im Hinblick auf eine Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz benötigen. Bei gutem Willen benötigt die Gesetzwerdungsprozedur mindestens ein dreiviertel Jahr oder ein Jahr, auch wenn es eine minimale Änderung ist und selbst vorausgesetzt, daß es einen Konsens gibt, so daß ich meine, daß jene Regelung, die wir im Wohnbauförderungsgesetz festgeschrieben haben, auf dem Verordnungswege relativ viel und dann sehr exakt zu regeln, uns in eine Situation bringt, die es uns gestattet, auf Entwicklungen, die sich oft sehr rasch verändern können, eingehen zu können.

Ich möchte daher sagen, daß zu den bisherigen klassischen Förderungsformen auch ein neues Zuschußmodell treten soll, das auch die Erschließung zusätzlicher finanzieller Ressourcen ermöglichen soll, zum Beispiel durch den Einsatz von Kapital, das irgendwo im wahrsten Sinne des Wortes gebunden herumliegt, das man hier zum Zweck der wirtschaftlichen Aktivität und letztendlich im Interesse der Stadtentwicklung einsetzen kann, und zwar auch im Sinne - und das sage ich ganz deutlich - einer bescheidenen, aber durchaus nicht uninteressanten Rendite, die sich für diese Kapitalgeber entwickeln müßte.

Ich möchte noch auf etwas ganz Besonderes hinweisen, sehr geehrter Herr Abgeordneter. Wir werden die Ausstattungserfordernisse, die im Wohnbauförderungsgesetz bisher bis zur letzten Türbreite exakt definiert waren, ziemlich herausnehmen. Das heißt, wir werden die zusätzlichen Kriterien nur dort aufrechterhalten, wo wir glauben, daß es notwendig ist, daß sich der Wohnbau auch inhaltlich von der baulichen Struktur anders darstellen muß als ein anderes Gebäude.

Aber wir werden eines neu aufnehmen, nämlich daß behindertenfreundliche Maßnahmen, etwa die rollstuhlgerechte Erreichbarkeit der Hauszugänge und der Aufzüge, als Mindestausstattung vorgesehen sind, es sei denn, daß die Grundstückskubatur solches nicht zuläßt.

Ich glaube, sehr geehrter Herr Abgeordneter, daß sich dieser Landtag relativ bald sehr im Detail mit diesem Gesetz zu beschäftigen hat, so daß ich jetzt nicht weiter ins Detail gehen möchte, vor allem solange es noch nicht legistisch festgeschrieben ist aufgrund des Begutachtungsverfahrens.

**Präsident Gertrude Stiehl:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte sehr.

**Abg. Jank:** Geschätzter Herr Stadtrat, dem Gesetzesentwurf ist ja zu entnehmen, daß auch eine Änderung bei der Eigenmittelaufbringung vorgesehen ist. Ich möchte Sie daher fragen: Wie stellt man sich denn dieses Aufbringen auf dem Sektor Neubaubereich in Zukunft vor?

**Präsident Gertrude Stiehl:** Herr Stadtrat, bitte.

**Amtsführender Stadtrat Edlinger:** Sehr geschätzter Herr Abgeordneter! Der Eigenmittelanteil wird bei Mietwohnungen mindestens 10 Prozent, bei Eigentumswohnungen künftig mindestens 20 Prozent der Gesamtbaukosten betragen. Die nähere Fixierung wird mit der Durchführungsverordnung, etwa bei Mietwohnungen, so mein Vorschlag, mit 12,5 Prozent der Gesamtbaukosten, festgelegt werden. Ich glaube, daß das sicherlich auch eine der Kernfragen der Diskussion im Hinblick auf die soziale Verträglichkeit der Wohnbauförderung darstellt, weil es natürlich auch andere Überlegungen gibt, etwa die Eigenmittelanteile zu senken, was auf der anderen Seite bedeutet, daß dann natürlich allfällige Annuitätenbelastungen, also die monatlichen Zahlungen, höher werden.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß sehr viele Familien bereit sind, bei der Anschaffung einer neuen Wohnung ein wenig mehr an Eigenleistung beizutragen und dafür eine geringere monatliche Belastung haben als umgekehrt. Das Argument, daß dadurch eine bestimmte Einstiegsbarriere für sozial schwächere Familien vorhanden sein könnte, teile ich, das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen. Ich glaube aber, daß durch eine weitere Maßnahme, die wir neu im Wohnbauförderungsgesetz vorsehen, nämlich daß nicht nur Eigenmittlersatzdarlehen gewährt werden - Darlehen haben ja die unangenehme Eigenschaft, daß sie der Darlehensgeber wieder zurück haben möchte, was natürlich den sozial Schwachen

dann ganz besonders belastet -, sondern daß wir künftig hin das Eigenmittlersatzdarlehen als Bestandteil des Wohnungsaufwandes betrachten und es damit voll wohnbeihilfefähig machen. Das bedeutet, daß wir hier durch diese sehr differenzierte, nach dem Einkommen gestaffelte Zuerkennung einerseits des Darlehens und andererseits mit der Abfederung durch die Wohnbeihilfe die soziale Treffsicherheit dieser Maßnahme in ganz besonderem Maße in der Hand haben.

**Präsident Gertrude Stiehl:** Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? - Dann danke ich für die Beantwortung.

Die 7. Anfrage wurde von Herrn Abg. Mag. Kabas an den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt, Freizeit und Sport gerichtet. Ich bitte um Beantwortung.

**Amtsführender Stadtrat Dr. Häupl:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf zunächst in Erinnerung rufen, daß die Mitglieder der ASVA, der Bund in Form von drei Bundesministerien - wenn ich es in Abkürzung sagen kann, Umwelt-, Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium -, die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, die Arbeiterkammer, der Gemeindebund und der Städtebund, die Vereinigung österreichischer Entsorgungsbetriebe, die Vereinigung österreichischer Industrieller sowie das Bundesland Burgenland und Salzburg sind. Dies ist das eine Element.

Das zweite Element ist eine Frage des Statuts. In dem Statut ist unter dem Punkt der Auflösung des Vereins eine höchst interessante Passage, nämlich: "Jedenfalls ist vom Vorstand zum Zweck der Auflösung des Vereins eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, wenn der Bund schriftlich seinen Austritt aus der ASVA bekanntgibt." Das heißt, daß der Bund, nachdem er 90 Prozent der Kosten getragen hat, mit seinem Austritt de facto auch den Verein auflösen kann.

Diese Vorbemerkungen im Hinblick auf Ihre Frage halte ich deshalb für wesentlich, weil das gleichzeitig auch meine Handlungsmöglichkeiten einschränkt.

Erstens bedauere ich inhaltlich sehr - und ich wiederhole das, was ich anlässlich der Eröffnung des zweiten Recyclingkongresses auch gesagt habe -, daß wir hier ein Instrumentarium verlieren, das uns angesichts der verschiedensten Umweltfragen insbesondere im Abfallbereich und auch bei der Altlastensanierung doch zur Hand gegangen ist, das einiges bringen konnte und einiges an Know-how liefern konnte.

Zweitens - auch hier kann ich nur das wiederholen, was ich dort gesagt habe - appelliere ich daran, daß man diesen Schritt noch einmal überdenkt, und ich plädiere dafür, daß man mit den anderen Mitgliedern und Mitgliedsorganisationen über die Nichtauflösung der ASVA neuerlich verhandelt. Ich habe keine anderen Möglichkeiten als diese inhaltliche Äußerung und Diskussion, die Appellation, dieses Instrument nicht zu zerschlagen.

**Präsident Gertrude Stiehl:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte sehr.

**Abg. Mag. Kabas:** Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sie haben jetzt wiederholt, was Sie bei dieser Veranstaltung vergangene Woche gesagt haben, daß Sie es bedauern, sollte die ASVA aufgelöst werden. Sie haben aber auch gesagt, Sie appellieren an die Frau Bundesminister für Umweltschutz, daß sie diesen Schritt nicht tut. Nun ist in den Zeitungen auch darüber geschrieben worden, warum die Frau Bundesminister diesen Schritt setzen will. Ich glaube, daran sollte man sich deshalb orientieren, um den Bund vielleicht doch noch zu gewinnen, diese Überlegungen rückgängig zu machen. Das wäre nämlich wirklich schockierend, weil das ein parteipolitischer Grund wäre: Die "Salzburger Nachrichten" schreiben: "Vielleicht wäre die Situation auch eine andere, hätte einer der beiden Geschäftsführer das richtige Parteibuch." Wie immer das jetzt ausgelegt werden kann, es wäre jedenfalls schockierend und für die Weiterentwicklung des Umweltschutzes in Österreich äußerst bedauerlich, wenn so etwas im Raum stehen bliebe und der Bund tatsächlich diesen Schritt setzt.

Daher möchte ich Sie fragen, ob Sie nicht doch bereit sind - immerhin sind Sie ja ein gewichtiger Umweltstadtrat, nämlich von den Kompetenzen her, Sie sind Wiener Umweltstadtrat, Sie sind Vorsitzender des Umweltausschusses des Österreichischen Städtebundes -, Gespräche mit dem zuständigen Umweltminister darüber zu führen, daß die ASVA nicht aufgelöst wird.

**Präsident Gertrude Stiehl:** Herr Stadtrat, bitte.

**Amtsführender Stadtrat Dr. Häupl:** Herr Abgeordneter, ich kann den Kommentar, den Sie zitiert haben - er stammt aus dem Kommentar zu einem Artikel in den "Salzburger Nachrichten" -, jetzt nicht weiter kommentieren und interpretieren. Er steht im Raum. Was diese mit Sicherheit der Sozialistischen Partei nicht nahestehende Zeitung hier geschrieben hat, unterliegt der breiten Interpretation, nachdem im selben Artikel diese ASVA auch als Kind der rot-blauen Regierungskoalition bezeichnet wurde.

Ich wiederhole nochmals: Ich bin persönlich gerne dazu bereit. Ich habe angeboten, mich dafür einzusetzen, daß die Auflösung der ASVA verhindert wird. Ich verweise aber noch einmal darauf, daß die statutarischen Bestimmungen vorsehen, daß, wenn der Bund austritt, de facto die Auflösung dieses Vereins gegeben ist. Ich bin bereit, diese Gespräche zu führen. Ich habe es vor eineinhalb, zwei Wochen schon angeboten, als die Ankündigung dieses Schritts des Bundes hinausgegangen ist. Das sind meine Möglichkeiten, die ich bereit bin zu setzen.

**Präsident Gertrude Stiehl:** Eine zweite Zusatzfrage, Herr Abgeordneter? - Bitte.

**Abg. Mag. Kabas:** Herr Stadtrat, Sie haben gesagt, daß die ASVA in den vier Jahren ihres Bestehens durchaus wertvolle Arbeit geleistet hat, auch in der Bewußtseinsbildung der Bevölkerung. Ich meine, daß man vielleicht doch größere Anstrengungen unternehmen könnte, als nur Gespräche anzubieten. Vielleicht könnten Sie das Gespräch aktiv suchen, weil ich mir eigentlich wirklich nicht vorstellen will, daß das, was in dem Kommentar der "Salzburger Nachrichten" steht, tatsächlich stimmt, daß nämlich ein Umweltminister in Österreich aus parteipolitischen Gründen ein Instrumentarium zerschlägt, das sich immerhin seit vier Jahren bewährt hat. Aber vielleicht ist der Kommentar in den "Salzburger Nachrichten" gar nicht so falsch, weil ja die Umweltministerin auch den Umweltfonds sehr stiefmütterlich behandelt und dieses auch sehr wertvolle Instrumentarium eher eintrocknen läßt. (Abg. Otolny: Das ist bezeichnend, daß der Dr. Hawlik jetzt nicht im Saal ist bei dieser Frage!) Na ja, wenn es um Umweltfragen geht, die nicht von ihm kommen, interessiert es ihn wahrscheinlich nicht so. (Abg. Dr. Hawlik: Sie dürfen nicht glauben, daß es soweit kommt!)

Ich möchte aber trotzdem noch einmal dahingehend die Frage an Sie richten, Herr Stadtrat, ob Sie, falls der Bund bei seiner unerklärlichen Haltung bleibt, jetzt sowohl in Ihrer Eigenschaft als Stadtrat als auch als Umweltvorsitzender des Städtebundes Überlegungen anstellen, wie man, egal jetzt in welcher Form, dieses Instrumentarium, das vor vier Jahren eingeführt wurde, erhalten könnte, damit es zu einer bundesweiten, einheitlichen Vorgangsweise bei der Frage der Abfallbewirtschaftung kommt.

**Präsident Gertrude Stiehl:** Herr Stadtrat, bitte.

**Amtsführender Stadtrat Dr. Häupl:** Ich glaube, diese Frage ist ebenso wichtig zu überlegen wie das aktive Gespräch anbieten. Wenn ich hier formuliert habe, ich stehe für diese Gespräche zur Verfügung, ich biete sie an, so inkludiert es für mich das aktive Element dieses Gesprächstus und nicht nur, sie passiv anzubieten.

Aber es gibt einen interessanten Vorschlag aus dem Umweltministerium über die künftige Deponierung des Know-hows, das in der ASVA angesammelt wurde. Ich entnehme das einer apa-Aussendung vom 24. Oktober. Ich nehme an, Herr Abgeordneter, es wird auch Sie interessieren. Das Umweltministerium ist nämlich der Auffassung, daß die ASVA keine gute Arbeit geleistet hat und lediglich 28 Millionen Schilling verbraucht hat. Das bedeutet, wenn man es auf die vier Jahre ihres Lebens umlegt, daß dort pro Jahr sieben Millionen Schilling zum Einsatz gekommen sind, was ich bei einer derartigen Institution, auch bei dem Leistungsniveau, das sie durchaus erreicht hat, nun nicht für so rasend viel halte. Aber es ist interessant. In den vier Jahren ihres Lebens verbrauchte die ASVA insgesamt 28 Millionen Schilling, die zu 90 Prozent der Bund finanzierte. Mit der geleisteten Arbeit ist man im Umweltministerium nicht zufrieden. Die von der Ausgliederung aus dem Ministerium erhoffte Schlagkraft und Effizienz habe sich nicht eingestellt. Ausgliederung aus dem Ministerium, mehr privat! Nun erhofft man sich in Verhandlungen mit Interessenvertretungen und Ländern eine stärkere Durchschlagskraft dadurch, daß wieder Beamte das Ruder in die Hand nehmen. Mehr Staat! Ich halte das für eine sehr interessante Absichtserklärung, welche Positionen man hier in Hinkunft einzunehmen hat und wo das Know-how der ASVA depo niert wird. Ich lehne das nicht a priori ab, aber die Abteilung für Abfallwirtschaft, die im Bundesministe

rium eingerichtet wurde, besteht aus drei Leuten. Ich hoffe, daß sie zumindest mit den Deponierungsarbeiten dieses Know-hows zu Rande kommen. Wie hier Weiterentwicklungen im Hinblick auf eine bundesweit geordnete Abfallwirtschaftskonzeption und auch deren Umsetzung durchgeführt werden sollen, darauf bin ich im Prinzip sehr gespannt.

Nichtsdestotrotz bin ich der Auffassung, daß wir uns sowohl auf Länderebene als auch im Bereich des Umweltausschusses des Österreichischen Städtebundes Gedanken darüber zu machen haben, welche Vorschläge wir im Hinblick auf einen, so hoffe ich, möglichst fundierten Diskussionsbeitrag zu unterbreiten haben, um hier nicht Nachhilfeunterricht, aber doch einen Beitrag zu liefern, wie wir das gewünschte Ziel einer gemeinsamen und bundesweit ordentlichen Abfallwirtschaftskonzeption und deren Durchsetzung tatsächlich auch anbieten können.

Präsident Gertrude **Stiehl**: Ich danke für die Beantwortung. Damit ist die Fragestunde beendet.

Die Abgen. Dkfm. Hilde Schilling und Karl Daller haben einen Antrag, betreffend Änderung der Dienstordnung - volle Anrechnung des Karenzurlaubs zur Betreuung eines Kindes auf die Dienstzeit, eingebracht. Ich weise ihn dem Amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal zu.

Von der Bezirksvertretung Landstraße wurde gemäß § 104 der Wiener Stadtverfassung ein Antrag an den Landtag gerichtet, der die Streichung der Sonderstellung des Bundes im Bauverfahren zum Ziel hat. Diesen Antrag weise ich dem Landeshauptmann und dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal zu.

Noch zur Fragestunde: Der Herr Landeshauptmann hat sich zu einer Mitteilung gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmann Dr. **Zilk**: Meine Damen und Herren! Ich fühle mich verpflichtet, die falschen Behauptungen richtigzustellen und die Tatsachen festzuhalten, soweit sie in wenigen Minuten für mich eruierbar waren.

Herr Amtsführender Stadtrat Häupl legt Wert auf die Feststellung, daß mit ihm kein Mensch gesprochen hat, daß auch der Herr Bezirksvorsteher nicht mit ihm gesprochen hat. Was mit Herrn Braun war, kann ich nicht sagen, den kann ich nicht fragen. Der Herr Branddirektor hat mir eben mitgeteilt, daß er dem Herrn Bezirksvorsteher schon vor dem Sommer gesagt hat, daß eine Übung in Währing solange nicht stattfinden kann, solange nicht die erste große Katastrophenschutzübung vorgenommen wird. Die ist gestern vorgenommen worden. Es findet... (Abg. Dr. Neubert: Expreß! - Zwei Tage vorher ist die Einladung erfolgt! - Amtsf. StR. Dr. Häupl zu Abg. Dr. Neubert: Das stimmt nicht! - LhptmSt. Mayr: Die Einladung zu Katastrophenübungen hat bis zu acht Tage vorher zu erfolgen!) Warten Sie, ich werde Ihnen gleich eine Antwort geben. (Abg. Dr. Neubert: Wir haben es zwei Tage vorher erfahren! Das ist zu kurz! - Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Sie wollen als Abgeordneter eine Katastrophenschutzübung drei Monate vorher wissen, damit Sie Zeit haben, sich auf den Katastrophenfall vorzubereiten. So machen wir es nicht, ganz bestimmt nicht. (Abg. Dr. Neubert: Nein, nur die Einladung kann schon früher erfolgen, denn das war eine Übung! - Amtsf. StR. Dr. Häupl: Das darf nicht wahr sein!) Ich freue mich jedenfalls, daß von der FPÖ Herr Abg. Kabas trotzdem dort war. Von Ihrer Fraktion war bei der großen Katastrophenschutzübung kein einziger Mandatar. Und Sie können mir nicht sagen, wenn so großes Interesse besteht, daß man nicht auch in 48 Stunden zu einer Katastrophenschutzübung gehen kann, wenn man will. (Abg. Dr. Neubert: Sie haben es früher gewußt und wir nicht! Wir haben es erst zwei Tage vorher erfahren!) Also die FPÖ war dort, Sie nicht. Sie wissen nie etwas, darum reden Sie auch so viel. Menschen, die so viel reden, die wissen meist nichts. Das ist eine alte Geschichte. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber abgesehen davon, die nächste Feststellung: Der Herr Branddirektor hat ausdrücklich festgestellt, daß er das mitgeteilt hat. Die Feuerwehr hat nicht zugestimmt, war auch nicht einbezogen in diesen Vorschlag, weil die Feuerwehr im Bezirk gar nicht das Recht dazu hatte, weil sie mit dem Branddirektor koordiniert sein muß. Also das war auch nicht der Fall.

Und zum Schluß teile ich Ihnen mit, daß auch keine Übung in Meidling vorgesehen ist, damit auch diese Geschichte erledigt ist. Gestern war unter den zahlreichen Mandataren Wiens, die sich dafür inter-

essiert haben, auch der Bezirksvorsteher Neiger dort und hat gesagt, es wäre wichtig, daß die nächste große Katastrophenschutzübung nicht im Freigelände im Zuge eines Zugsunglücks, sondern im dichtbebauten Gebiet stattfindet. Das war seine einzige Anregung. Er hat nicht einmal gesagt, daß es bei ihm sein soll. Davon kann auch gar keine Rede sein. Die nächste große Katastrophenschutzübung wird in dichtbebautem Gebiet sein.

Ich wollte das nur sagen, damit Sie sehen, wie wenig übrigbleibt, wenn man der Sache dann im Detail auf den Grund geht. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Gertrude Stiehl:** Ich danke dem Herrn Landeshauptmann für seine Mitteilung, die die Fragestunde ergänzt und fahre nun fort in der Tagesordnung.

Abg. Ingrid Kariotis hat eine an den Landeshauptmann gerichtete Anfrage, betreffend die nachteiligen Folgen des Verbots der Ladenöffnung am ersten Adventsamstag auf die Wiener Wirtschaft, eingebracht und gemäß § 39 Abs. 4 der Geschäftsordnung beantragt, daß die Anfrage vom Fragesteller mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde. Die Begründung dieses Antrages und die Abstimmung werden vor Schluß der öffentlichen Sitzung erfolgen.

Die Abgen. Nettig und Mag. Eva Petrik haben einen Antrag, betreffend Öffnung der Wiener Geschäfte auch am ersten Adventsamstag 1988 bis 18.00 Uhr, eingebracht und gemäß § 44 Abs. 1 der Geschäftsordnung die dringliche Behandlung dieses Antrages verlangt. Weiters wurde von der im § 44 Abs. 3 der Geschäftsordnung festgesetzten Anzahl von Abgeordneten die Verlesung des Antrages verlangt. Die Verlesung des Antrages wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung erfolgen, ebenso die Begründung des Verlangens auf dringliche Behandlung und die Abstimmung.

Wir kommen nun zur Postnummer 1. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage des Gesetzes, mit dem das Wiener Kulturschillinggesetz 1972 geändert wird. Berichterstatter hiezu ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr. Ich bitte ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

**Berichterstatter Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr:** Frau Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtages! Die Post 1 der heutigen Tagesordnung umfaßt einen Antrag auf Änderung des Kulturschillinggesetzes 1972. Der § 3 Abs. 2 des Wiener Kulturschillinggesetzes sieht vor, daß die Kulturschillingabgabe monatlich 15 von 100 der vom Bewilligungs-inhaber für jede Hauptbewilligung zu leistenden Zahlung beträgt. Die Novelle zu diesem Gesetz sieht nunmehr vor, daß dieser Prozentsatz von 15 auf 20 Prozent angehoben werden soll. Laut § 6 des Kulturschillinggesetzes 1972 sind die Erträge der Abgabe für kulturelle Zwecke, insbesondere für Altstadterhaltung gewidmet. Da in den letzten Jahren ein anhaltender Mehrbedarf an Mitteln für die Altstadterhaltung sowie auch für sonstige kulturelle Aktivitäten zu verzeichnen war, ist, um der Nachfrage zumindest weitgehend Rechnung tragen zu können, die Schaffung von Mehreinnahmen notwendig.

Ich darf bei dieser Gelegenheit bemerken, daß es eine Aufteilung zwischen Kulturschilling und Altstadterhaltung gibt, die man beibehalten sollte, daß ich mir aber vorstellen könnte, daß man die Vorgriffsmöglichkeit in der Altstadterhaltung weiter ausweitet, da die praktische Erfahrung zeigt, daß ein Vorgriff auf zwei Jahre Cash ohne weiteres bewältigt werden kann, weil die Inanspruchnahme von zugesicherten Beträgen längere Zeit in Anspruch nimmt.

Ich darf mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Feststellung ersparen, daß es selbstverständlich ein Begutachtungsverfahren gegeben hat, daß die Einwendungen, die gemacht worden sind, soweit sie notwendig waren auch berücksichtigt wurden. Sie sind zum Teil allerdings auch unberücksichtigt geblieben, weil sie entweder von nicht zutreffenden Voraussetzungen ausgingen oder nicht mit der politischen Absicht übereinstimmten.

Ich darf schon schließen, mit dem Antrag: "Der Wiener Landtag wolle beschließen: Der Entwurf des Gesetzes, betreffend Abänderung des Wiener Kulturschillinggesetzes, Landesgesetzblatt Nummer 5/72 in der Fassung der Landesgesetzblätter für Wien 3/73 und 32/81, wird zum Beschuß erhoben."

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

**Präsident Gertrude Stiehl:** Ich danke schön. Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen diese Zusammenlegung ein Ein-

wand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gintersdorfer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Gintersdorfer:** Frau Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Meine Damen und Herren! Die freiheitliche Fraktion wird das Gesetz betreffend Abänderung des Wiener Kulturschillinggesetzes 1972 ablehnen. Es handelt sich um eine Erhöhung des Prozentsatzes von 15 auf 20 Prozent, das heißt, die Abgabe wird um ein Drittel erhöht. Drei Gründe möchte ich anführen, warum wir dieses Gesetz ablehnen.

Erstens, meine Damen und Herren, muß man diese Erhöhung auch im Zusammenhang mit den massiven Belastungen sehen, die seit Beginn der großen Koalition auf die österreichische Bevölkerung niedergegangen sind. Ich darf nur auszugsweise - und man glaubt ja nicht, was hier alles an Erhöhungen bereits passiert ist - an die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage, an die Erhöhung der Telefongebühren um 15 Prozent, an die Erhöhung der Versicherungssteuer um 18 Prozent, an die Abschaffung der Heiratsbeihilfe, an die Erhöhung der Mineralölsteuer, an Tariferhöhungen bei den ÖBB, an die Einführung der Sparbuchsteuer von 10 Prozent und vieles andere mehr erinnern. Wir sehen, daß diese Erhöhung ein Mosaikstein in diesen Gesamtbelastungen ist.

Zweitens, meine Damen und Herren - das ist besonders wichtig -, ist diese Abgabe auch im Zusammenhang mit den geplanten ORF-Gebührenerhöhungen zu sehen. Sie wissen, daß der ORF vorhat, die Gebühren um 11,5 Prozent zu erhöhen. Wir wissen noch nicht, was dabei tatsächlich herauskommt, aber am 4. November wird im Kuratorium entschieden. Es ist aber sicher, daß es eine ORF-Gebühren erhöhung geben wird. Das heißt, daß in Wien durch diese Koppelung an die ORF-Gebühren auch der Kulturschilling erhöht wird und wir es hier mit einer doppelten Belastung des Steuerzahlers zu tun haben. Man hat dies in einem Schritt gemacht, im Hinblick auch auf eine gewisse Schmerzminimierung, und diese Belastungen gemeinsam auf den Bürger abgewälzt.

Drittens, meine Damen und Herren, fehlen uns auch die sachlichen Begründungen. Es heißt in der Beschreibung des Problems, daß die verstärkte Inanspruchnahme der Förderungsmittel für die Altstadterhaltung zu Vorgriffen geführt hat, daß überdies ein steigendes Interesse der Hauseigentümer festzu stellen ist und daher auch aus diesem Grunde diese Erhöhung notwendig ist.

Meine Damen und Herren, ich habe schon anläßlich der Rechnungsabschlußdebatte im Juni gesagt, daß ich diese sachliche Begründung nicht teilen kann. Wir stellen fest, daß die Rücklagen des Altstadterhaltungsfonds von Ende 1984 von 27 Millionen bis Ende 1987 auf 84 Millionen angestiegen sind und fast ein gesamtes Jahresbudget des Altstadterhaltungsfonds ausmachen. Es heißt dann in den Erläuterungen immer, daß diese Zuführungen deshalb zu Buche schlagen, da zwar der im Voranschlagsansatz vorgeschriebene Betrag zur Gänze vergeben worden ist, die tatsächliche Auszahlung aber vom Baufortschritt und den Abrechnungen abhängt.

Meine Damen und Herren, wenn dem so ist, wenn also durch verstärkte Inanspruchnahme Vorgriffe auf künftige Erträge getätigt werden mußten, so müßten ja irgendwann auch wieder verstärkte Abrechnungen zu Buche schlagen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß innerhalb von vier Jahren keinerlei verstärkte Abrechnung aufgrund der Vorgriffe getätigt worden ist.

Als weitere Begründung wird auch angeführt, daß wegen der Knappheit der Mittel andere kulturelle Aktivitäten nicht im gewünschten Ausmaß gefördert werden könnten. Man schlägt als Alternative vor, wenn nicht erhöht wird, daß hier Förderungen gekürzt werden müßten. Meine Damen und Herren, die einzige wirklich annehmbare Alternative dazu fehlt mir eigentlich, und zwar die sorgfältige und sparsame Verwendung der Steuergelder. Die wird hier nicht angegeben.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen und möchte nochmals betonen, daß wir diese Abgabenerhöhung ablehnen, weil sie ein Teil der Gesamtbelastung der großen Koalition ist, weil durch die Erhöhung der ORF-Gebühren ohnehin auch der Kulturschilling erhöht wird und weil wir auch keine sachliche Begründung für diese Erhöhung erkennen können. (Beifall bei der FPÖ.)

**Präsident Gertrude Stiehl:** Als nächster Redner ist Herr Abg. Strangl gemeldet. Ich erteile ihm das

Wort.

**Abg. Strangl:** Frau Präsident! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann in ganz kurzen Worten feststellen, daß der Altstadterhaltungsfonds in den letzten Jahren wesentlich mehr Förderungen ausgesetzt hat, als wir am Einnahmensektor haben. Ich möchte eine Ziffer aus dem heurigen Jahr nennen. Der Altstadterhaltungsfonds hat zirka 54 Millionen Schilling im Jahr zu vergeben. Wir haben heuer bis zum Sommer bereits 49,641 Millionen Schilling ausgegeben. In der nächsten Sitzung im November werden wir das heurige Budget bereits wesentlich überschreiten.

Wir haben auch in den vergangenen Jahren bereits einen Vorgriff gemacht. Wir haben im Jahr 1987 einen Zinsendienst von 441.000 Schilling getätigt, weil es uns wichtig ist, daß jene Anträge, die hereinkommen, auch erledigt werden können. Diese Wichtigkeit dokumentiert sich auch darin, daß wir seit Bestehen des Kulturschillings in Wien rund 950 Millionen Schilling aufgewendet haben. Wenn man durch unsere Stadt geht, dann sieht man das auch überall.

Wenn wir die Möglichkeit schaffen, einem der Hausbesitzer die Fassade in Ordnung zu bringen, viele Dinge gestaltungsmäßig zu machen, die er üblicherweise nicht machen würde, würden wir aus diesem Fonds nicht Mittel zur Verfügung stellen können, dann werden auch die Nachbarn und alle anderen animiert, hier mitzuziehen. Wir haben mit diesen Beträgen in den letzten Jahren sehr, sehr viel bewegt.

Ich möchte auch einmal darauf hinweisen, daß wir mit dieser Erhöhung kaum die Bauindexsteigerung seit dem Jahr 1980 auffangen können. Das heißt, wir haben uns vorgenommen, daß wir für die Stadtbildgestaltung mehr aufwenden, und wir müssen damit auch die Erhöhungen, die auf dem Bausektor laufend stattfinden, auffangen. Ich glaube, gerade aus diesem Grund ist das, was im Motivenbericht zum Gesetz steht, richtig. Ich bin der Meinung, daß wir das Gesetz in dieser Form annehmen sollten. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Gertrude Stiehl:** Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlungen für geschlossen und erteile dem Berichterstatter das Schlußwort. Ich bitte sehr, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

**Berichterstatter Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr:** Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann der Argumentationslinie des Abg. Gintersdorfer nicht folgen, wenn wir wissen, daß diese große Koalition gleichzeitig eine Steuerreform vorgenommen hat, die einen Steuerausfall in der Größenordnung von 22 Milliarden Schilling verursacht und wenn wir feststellen, daß sich die Steuereinnahmen des Jahres 1989 nicht sehr wesentlich gegenüber 1988 ändern werden. Herr Abgeordneter, hier sprechen die Fakten eine andere Sprache als eine Belastungswelle oder eine massive Belastung, wie Sie gesagt haben. Das paßt ganz einfach nicht mit den Fakten zusammen. Es hat auch - und hier überschätzen Sie zweifellos die Kontaktmöglichkeiten zwischen einer Landesregierung und dem ORF - keine Absprachen mit dem ORF gegeben, um den Schmerz zu minimieren, sondern es gibt schlicht und einfach die Notwendigkeit, sowohl auf dem Gebiet der Altstadterhaltung als auch auf kulturellem Gebiet mehr zu machen.

Erlauben Sie mir noch ein Wort zur sorgfältigen und sparsamen Verwaltung. Es ist in erster Linie das Interesse und die Aufgabe des Finanzreferenten, den Rotstift überall dort anzusetzen, wo er glaubt und vermutet, daß man mit weniger Mitteln einen ähnlichen oder gleichen Effekt erzielen könnte. Das geschieht gerade in Wien - und es gibt einen Grund dafür, daß sich die Wiener Finanzen deutlich von den Finanzen anderer Gebietskörperschaften in positiver Weise unterscheiden - in wirklich hartem und enormem Ausmaß. Das heißt aber nicht, daß bei einer so großen Verwaltung nicht da oder dort noch ein Schilling eingespart werden könnte. Selbstverständlich gibt es das. Aber das Bemühen und die tatsächlichen Erfolge in Frage zu stellen, geht an den Fakten vorbei. Ich darf Sie daher auch im Hinblick auf die Argumentation des Herrn Abg. Strangl noch einmal bitten, diesem Gesetz Ihre Zustimmung zu geben.

**Präsident Gertrude Stiehl:** Danke schön. Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Danke schön, das Gesetz ist somit in erster Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke schön, das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung beschlossen.

Es ist mir mitgeteilt worden, daß Herr Landtagsabgeordneter Prochaska eine Berichtigung zur Mitteilung des Herrn Bürgermeisters wünscht. Laut Gesetzeslage ist dies nicht möglich, da sich zu einer Mitteilung nur der Bürgermeister melden kann und eine Berichtigung der Mitteilung... (StR. Neusser: Das ist nicht wahr! Eine tatsächliche Berichtigung kann jederzeit erfolgen! Jeder Abgeordnete hat das Recht! - Abg. Ing. Svoboda, zur ÖVP: Ja, aber nur eine Tatsächliche! - Abg. Dr. Goller und StR. Neusser: Das hat er ja auch - eine tatsächliche Berichtigung!) Ich habe mich informieren lassen. Sie haben gesehen, daß ich mich informieren habe lassen und ich bitte, das jetzt so zur Kenntnis zu nehmen.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Wir kommen zur Post 2. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage des Gesetzes, mit dem das Hundeabgabegesetz geändert wird. Berichterstatter hiezu ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr. Ich bitte ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Landeshauptmann-Stellvertreter **Mayr**: Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Veränderung des Hundeabgabegesetzes ist in Wien regelmäßig von einer sehr lebhaften Diskussion begleitet. In dieser Diskussion kommen alle Standpunkte zur Geltung, die man sich über die Frage der Tierhaltung in einer Großstadt nur denken kann. Vom Freund der Familie, dem Freund von einsamen jungen oder alten Menschen bis zur Verschmutzung von Straßen, öffentlichen Flächen und Parkanlagen, Hilfe gegenüber kriminellen Elementen, Belästigung von Kindern und Verunreinigung von Kinderspielplätzen reicht die Palette einer solchen Argumentation.

Ich habe heute eine Novelle zum Hundeabgabegesetz zu vertreten, die zunächst einmal keine Erhöhung der Hundesteuer direkt zum Inhalt hat. In rechtlicher Hinsicht ist die Hundeabgabe vom Gemeinderat mit Verordnung festzusetzen, der Landtag hat einen entsprechenden Rahmen zu beschließen. Heute steht die Beschlusfassung über den Rahmen zur Diskussion. Der gegenwärtige Rahmen ist gemäß § 3 des Hundeabgabegesetzes mit 500 Schilling festgesetzt und darf nicht überschritten werden. Für jeden zweiten und weiteren Hund ist der Rahmen derzeit mit 750 Schilling festgesetzt. Das Gesetz sieht vor, daß diese Rahmen angehoben werden, und zwar auf 1.000 und 1.500 Schilling.

Ich möchte gleich dazusagen, meine Damen und Herren, daß ich nicht die Absicht habe, dem Gemeinderat vorzuschlagen, eine Verordnung zu erlassen, die diesen Rahmen voll ausschöpft. Ich darf ankündigen, daß ich die Absicht habe, dem Gemeinderat vorzuschlagen, die bisherigen Beträge um 50 Prozent von 400 auf 600 Schilling anzuheben. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dafür ist eine Reihe von begleitenden Maßnahmen vorgesehen, von der Fürsorge bis zur Besserung der Stützung des Tierschutzvereins.

Ich darf Sie daher bitten, in einem wohlverstandenen Interessenausgleich zwischen jenen Wienerinnen und Wienern, die an ihrem Hund hängen und ihn oft als einen Teil der Familie betrachten und jenen, die die gegenteilige Haltung haben, dieses Gesetz zu beschließen. Wir werden in einer großen Stadt mit 1,5 Millionen Menschen immer wieder auf Interessengegensätze stoßen. Hier haben wir einen solchen in eklatanter Weise vorliegen. Aufgabe der Gemeindeverwaltung ist es, mit großem Fingerspitzengefühl und Einfühlungsvermögen hier einen Mittelweg zu suchen. Die von mir vorgeschlagenen Maßnahmen stellen einen solchen dar. Ich bitte Sie daher, Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident Univ.-Prof. Dr. **Welan**: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen diese Zusammenlegung eine Einwendung erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde also so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Kariotis. Ich erteile es ihr.

Abg. Ingrid Kariotis: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den heute hier vorgelegten Gesetzesentwurf zur Erhöhung der Hundesteuer beziehungsweise der Rahmenanhebung verstehe ich als Antwort auf die Proble-

matik der Hundehaltung, die ich im Frühjahr heurigen Jahres aufgezeigt habe.

Vorweg möchte ich feststellen, daß wir einer Erhöhung nicht zustimmen werden, da damit keine Problemlösung abzusehen ist. Ich fordere, daß die Hundesteuer zweckgebunden für die Lösung all jener Probleme verwendet wird, die durch die Haltung von Hunden in Wien entstehen. Erst wenn die aufgebrachten Mittel nicht mehr ausreichen, wäre eine allfällige Hundesteuererhöhung gerechtfertigt und unterstützenswürdig. Solange jedoch neben den zirka 60.000 registrierten Hunden nach geschätzten Ziffern zirka genauso viele Hunde, ohne daß für sie Steuer gezahlt wird, herumlaufen, ist eine Steuererhöhung nicht notwendig. Man muß sich vielmehr überlegen, wie man dieser "Steuerflüchtlinge" habhaft wird.

Im Moment jedoch gewinnt man den Eindruck, daß Herr Finanzstadtrat Mayr, ganz in der sozialistischen Art Politik zu machen, einfach froh ist, eine zusätzliche Steuerquelle entdeckt zu haben. Die Tatsache, daß Finanzstadtrat Mayr die Hundesteuer zuerst auf 1.000 Schilling erhöhen wollte und sich nun schon mit 600 Schilling zufriedenzugeben hat, ist ein klarer Hinweis, daß Vizebürgermeister Mayr lediglich an mehr Geld für das Budget, nicht jedoch an eine Finanzierungsmaßnahme zur Lösung der durch die Hundehaltung in Wien verursachten Probleme dachte.

Leider muß ich neuerlich feststellen, daß zielführende Konzepte dahingehend noch immer fehlen, und ich bedauere sehr, daß sich Frau Stadtrat Schirmer trotz einer Reihe von stattgefundenen Debatten rund um die Hundesteuer nie für eine Zweckbindung für Reinigungsmaßnahmen ausgesprochen hat. Obwohl man nicht auf die große Erfindung warten muß, sondern nur in anderen Städten erprobte Methoden und Maßnahmen zur Befreiung der öffentlichen Flächen von Hundeverunreinigung auf ihre Wien-tauglichkeit zu untersuchen hätte, beschränkten sich die von der Stadtverwaltung bis jetzt ergriffenen Maßnahmen hauptsächlich auf Information und Aufklärung. Es zeigen die Beispiele von Paris, New York oder Berlin, daß die Haltung von Hunden in der Großstadt nicht automatisch mit einer steigenden Verschmutzung von Parks und anderen Freiflächen einhergehen muß. Die Aufstellung der Hundesetautomaten allerdings hat gezeigt, daß die Nachfrage der Hundebesitzer danach kläglich gering ist. Vorträge in der Volkshochschule zu organisieren und eine Enquete "Mensch und Tier" einzuberufen, ist sehr lobenswert, aber nicht problemlösend.

Ich fordere Sie auf, Herr Finanzstadtrat, die Hundesteuererhöhung nochmals zu überdenken und sich dessen bewußt zu sein, daß vielleicht auch eine nicht zweckgebundene Erhöhung in dieser Form das Gegenteil vom Angestrebten erreichen würde. (Beifall bei der FPÖ.)

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Welan:** Als nächster Redner ist Landtagsabgeordneter Mag. Karl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Mag. Karl:** Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtages! Mit der heute zu beschließenden Gesetzesnovellierung sind wir zwar noch nicht ganz auf den Hund gekommen - das wird erst der Wiener Gemeinderat durch den Beschuß einer entsprechenden Verordnung -, trotzdem ist die vorliegende Änderung der Auftakt zu einer Abgabenerhöhung, die vor allem unsere älteren und einsamen Mitbürger hart treffen wird.

Sie, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, werden sagen, die letzte Erhöhung liegt ohnehin neun Jahre zurück. Nun, vorher hat es 28 Jahre gedauert, bis erhöht wurde. Wenn Sie diese Geschwindigkeitsänderung beibehalten, dann dauert es bis zum nächsten Mal nur mehr knapp drei Jahre, oder vielleicht doch etwas über vier Jahre, denn so knapp vor den Wahlen werden Sie es ja nicht machen wollen.

Meine Damen und Herren, aus meiner langjährigen Tätigkeit als Bezirksvorsteher-Stellvertreter von Meidling kann ich berichten, daß ich von den Bürgern immer wieder mit zwei Hunde-problemen konfrontiert wurde, mit der Geldproblematik und mit der Hundstrümmerproblematik.

Zuerst zum Geld: Da kamen immer wieder ältere Mitbürger, insbesondere ältere Frauen, die klagten, sie könnten sich allmählich ihr Liebstes, nämlich ihren Hund, nicht mehr leisten. Ich weiß schon, daß bei den ganz Armen das Sozialamt einspringen kann, aber vielfach sind gerade diese Personen zu stolz, sich etwas schenken zu lassen und schränken sich daher eher in ihrem Lebensstandard ein. Wenn man

hier eine soziale Staffelung oder eine Befreiung einführt, einen Rechtsanspruch und nicht ein Almosen, dann sähe die Sache schon ganz anders aus. Aber Sie, meine Damen und Herren von der Mehrheit, haben ja einen diesbezüglichen Antrag von uns schon im Jahr 1979 abgelehnt.

In den Erläuterungen zur Vorlage kann man auch lesen, in 15 ausländischen Großstädten sei die Hundesteuer wesentlich höher. Aber dort geschieht auch mehr. In Paris bin ich nie in ein Hauferl getreten, von Auslauf- und Übungsplätzen in diversen Städten möchte ich gar nicht erst reden. Doch von dieser Problematik etwas später.

Am höchsten, gemessen am Durchschnittseinkommen, sind die Hundeabgaben in den Ostblockstaaten. Ich gehe hier nicht so weit wie der Kynologenverband, der einen Zusammenhang zwischen Gegnerschaft zur Heimtierhaltung durch hohe Abgaben auf der einen Seite und Gesellschaftsordnung auf der anderen Seite herstellt, aber interessant ist die Tatsache schon.

Vergleichen wir lieber mit den österreichischen Landeshauptstädten: Der erste Hund kostet in Graz 240 Schilling, in Linz und Klagenfurt 300 Schilling, in Bregenz 330 Schilling, in Eisenstadt 360 Schilling und in St. Pölten und Salzburg 400 Schilling. Nur Innsbruck ist derzeit mit 440 Schilling geringfügig teurer als Wien, hat aber eine Ermäßigung für Mindestrentner, wie übrigens auch Linz und Klagenfurt. In Klagenfurt sind die Mindestrentner und die Ausgleichszulagenempfänger sogar überhaupt befreit. (StR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: In Hongkong sind es 6.600 Schilling und da gibt es keine Ermäßigung dafür!) Sie wollen eine so hohe... (StR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Nein, ich habe es nur informativ mitgeteilt!) Ich glaubte, Sie wollen eine so hohe Steuer für Wien. Das nehme ich nicht an.

Ich komme damit, meine Damen und Herren, zum zweiten Teil meiner Ausführungen. Ich möchte Sie die Hundstrümmerleiegen nennen. Vor allem Mütter mit Kindern gehören hier zu den Beschwerdeführern. Aber ich frage Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, wie oft Sie schon selbst ins Gold getreten sind. Ein Problem, das scheint's unlösbar ist. Die Hundesetautomaten haben nicht eingeschlagen und das "Gassi" habe ich außer bei Frau Stadtrat Schirmer auch nirgends gesehen. Auch bei meinen Freunden, die Hunde haben, habe ich das nur ganz selten gesehen.

Meine Damen und Herren! Die Frau Stadtrat nimmt mit ihrer Enquête am 16. November "Mensch und Tier in der Großstadt" einen verdienstvollen neuen Anlauf. Hoffentlich bringt er etwas, denn trotz der Abnahme der Hundezahl ist das Problem seit vielen Jahren unverändert vorhanden. Es gab in Wien 1930 noch 79.640 Hunde, 1979 waren es nur mehr 59.446, 1986... (Zwischenrufe bei der SPÖ: Zahlende! Zahlende Hunde!) Zahlende Hunde, natürlich! Die Dunkelziffern sind immer eine schwierige Frage. Es ist auch bei der Abtreibung schwierig, etwas über die Dunkelziffern zu sagen. (Abg. Jank: Na geh! - Abg. Mag. Zima: Das ist kein Problem!) 1986 waren es 55.836 Hunde und jetzt werden wir ungefähr in der Gegend von 54.000 zahlenden Hunden sein.

Schon 1974 haben die Abgeordneten Härtel und Flemming einen Antrag, betreffend die strenge Einhaltung von Vorschriften für Hunde in Parkanlagen und auf Kinderspielplätzen, eingebracht. Dieser Antrag wurde zwar zustimmend zur Kenntnis genommen, geschehen ist aber kaum etwas. Erst jetzt besinnt man sich wieder langsam auf die sogenannten hundefreien Zonen bei Kleinkinderspielplätzen.

1977 wurde das Thema "Verunreinigung der Stadt durch die Hunde" wieder aufgenommen. Der Sprecher der Mehrheitspartei meinte damals bei seinen Ausführungen: "Selbst wenn jemand sagen würde, Herr Gemeinderat, treten Sie zurück, so muß das Problem Hund in der Stadt einer Lösung zugeführt werden." Er ist nicht zurückgetreten. Er hat wahrscheinlich Angst gehabt, sonst in ein Hauferl zu treten. So wurde 1977 eine Kommission für die Hunde gegründet, die aber mit Ablauf der Legislaturperiode dann wieder sanft entschlafen ist.

1979 wurde die Hundesteuer das erste Mal erhöht und unser damaliger Abänderungsantrag abgelehnt. Da dieser Antrag aber auch heute noch aktuell ist, darf ich zusammen mit Frau Abg. Rosemarie Wallner diesen Antrag als Beschußantrag einbringen. Er lautet:

"Der Wiener Landtag wolle beschließen: Das Hundeabgabegesetz ist wie folgt zu ändern:

1) § 1 ist folgender Satz anzufügen: 'Ausgenommen von einer Abgabe sind Blindenführhunde.'

2) Nach § 2 wird folgender § 2a eingefügt: § 2a: 'Die Hälfte der Erträge der Abgabe ist für ver-

schiedenste Maßnahmen, die die Probleme der Hundehaltung im Stadtgebiet verbessern helfen, zu verwenden.'

3) Nach § 3 wird folgender § 3a eingefügt: § 3a: 'Bei Ausgleichszulagenempfängern, Sozialhilfeempfängern gemäß dem Wiener Sozialhilfegesetz, Körperbehinderten im Sinne des Wiener Behinderten gesetzes sowie Pensionisten kann eine Ermäßigung der Abgabe auf die Hälfte gewährt werden. Die Festsetzung der Ermäßigung erfolgt durch Beschuß des Gemeinderates.'" Ich darf den Beschußantrag überreichen.

Ich weiß, der Herr Finanzstadtrat wird zur Zweckbindung sagen: "Mit welchen Mitteln sollen das Land und die Stadt die Aufgaben, die es darüber hinaus gibt, erfüllen?" Und andere werden vielleicht sagen: "Wenn es eine Zweckbindung gibt, dann werden die Hundehalter noch hemmungsloser ihre Hunde überall, pardon, hinscheißen lassen." (Abg. Ing. Riedler: Pfui!) Na ja, also das ist durchaus literarisch, nicht wahr. (Zwischenrufe bei der SPÖ: Welche Literatur meinen Sie?) Na ja, die der Peymann halt macht.

Ich glaube, daß eine Zweckbindung vor allem auch zu einer Bewußtseinsänderung führen würde, was die Hundehalter betrifft, denn vor allem sie sind es, die an der Hundstrümmerlmisere schuld sind, und nicht die Hunde. Die Stadt hat hier versucht, aufklärend zu wirken. Auch Frau Stadtrat Schirmer und ihre Vorgängerin, Frau Stadtrat Seidl, haben hier versucht, aufklärend zu wirken. Aber wie es scheint, doch mit relativ geringem Erfolg. Schon in Goethes Faust 1 sagt Wagner: "Dem Hunde, wenn er gut erzogen, wird selbst ein weiser Mann gewogen." Aber viele Hundehalter lassen halt jegliche Erziehungsarbeit völlig vermissen. (Abg. Elisabeth Dittrich: Das ist des Pudels Kern!) Vielleicht sollte man doch das eine oder andere Mal die Hundebesitzer strafen, damit das Häuferl wieder ins Unrechtsbewußtsein der Bevölkerung kommt. Man muß ja nicht unbedingt gleich den Rechtsrahmen ausschöpfen, denn der sieht nach der Straßenverkehrsordnung und der Gartenschutzkundmachung Strafen bis zu 1.000 Schilling und nach der Reinhalteverordnung 1982 gar Strafen bis zu 3.000 Schilling vor.

Ich stehe aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht alleine mit meinen Überlegungen. Schließlich sprach sich da Ihr Kollege Holub in der "Kronen-Zeitung" am 2. September 1988 dafür aus, statt der generellen Abgabe ein Strafsystem für die unbelehrbaren Hundehalter einzuführen, das Einkünfte für die Gemeinde in gleicher Höhe erbringen könnte. Und sogar Herr Bürgermeister Zilk - er ist nicht da - sagte im "Kurier" am 8. April 1987: "Ab dem nächsten Jahr wird knallhart durchgegriffen." Also ich habe nichts davon bemerkt, aber das ist wahrscheinlich mit vielen Ankündigungen des Herrn Bürgermeisters so. Und mit "knallhart durchgreifen" wird man auch nicht günstig in die Medien kommen, daher ist da nichts geschehen. (Abg. Ing. Mandahus: Er hat ja gesagt: "Die, die viel reden, haben keine Ahnung!")

Nochmals zurück zu den seit 1979 probierten Möglichkeiten. Die Hundesautomaten wurden nicht angenommen. Die verstärkte Information inklusive der Broschüren wurde offensichtlich ignoriert. "Gassi" und andere Dinge sind weitgehend unbekannt. Zur Pariser Lösung mit dem Motorradstaubsauger konnte man sich bisher nicht entschließen. Frau Stadtrat Schirmer ist übrigens die am 24. März 1988 im Ausschuß versprochene Information, wie andere internationale Großstädte das Problem lösen, noch schuldig. Die New Yorker Lösung mit der strengen Bestrafung wird in Wien wahrscheinlich nicht gangbar sein. Es wird ja nicht einmal der durch das neue Tierschutz- und Tierhaltegesetz in Erinnerung gerufene Beißkorb- und Leinenzwang wirklich eingehalten, kontrolliert und beim Nichteinhalten sanktioniert. Trotzdem bin ich gegen den von Kollegin Kariotis vorgeschlagenen Zulassungsschein für Hundebesitzer. In einer liberalen, offenen Gesellschaft ist eine derartige Beschränkung, meiner Ansicht nach, nicht zielführend.

Da halte ich es schon eher mit Konrad Lorenz, dem Tierforscher und Nobelpreisträger, der sagt: "Gerade in der Großstadt ist der Hund für viele Menschen eine der letzten Brücken zur Natur. Er leistet unschätzbare Dienste als Spielkamerad für Kinder und als Gefährte für ältere, alleinlebende Menschen." Lorenz verlangt übrigens auch eine Zweckbindung der Hundesteuer. Wir haben somit einen prominenten Unterstützer unseres Antrages.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden dieser Gesetzesänderung nicht zustimmen, weil Wien zur teuersten Hundestadt wird, weil diese Erhöhung unsere Alten und Einsamen am härtesten trifft und weil schließlich nicht gesichert ist, daß das Geld dazu verwendet wird, die Hundehaltungsproblematik in der Großstadt endlich in den Griff zu bekommen. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Univ.- Prof. Dr. Welan:** Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Sramek. Ich erteile es ihm.

**Abg. Sramek:** Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Landtages! Ich kann mit keinen Faust-Zitaten aufwarten, das heißt, ich könnte vielleicht schon, aber ich möchte mich doch auf das konzentrieren, worum es heute eigentlich geht. Es geht um die landesgesetzliche Ermächtigung an den Gemeinderat. Es geht um jene Hunde, die nicht dem Finanzausgleichsgesetz 1985 unterliegen.

Für Hunde, die in Ausübung eines Berufs oder Erwerbs oder als Wachhunde gehalten werden, soll durch die gegenständliche Novelle das zulässige Höchstausmaß neu bestimmt werden. Für diese soeben genannten Hunde wird der Gemeinderat gemäß § 1 des Hundeabgabegesetzes ermächtigt, eine Abgabe auszuschreiben. Diese Abgabe darf gemäß § 3 des Hundeabgabegesetzes zur Zeit nicht höher als 500 Schilling pro Kalenderjahr für einen Hund sein. Für den zweiten und jeden weiteren Hund soll sie nicht höher als 750 Schilling pro Kalenderjahr sein. Dieser landesgesetzliche Rahmen - und wir sprechen heute zunächst einmal nur von diesem Rahmen - soll auf 1.000 Schilling für den ersten Hund und auf 1.500 Schilling für den zweiten und jeden weiteren Hund festgesetzt werden. Das soll auch eine längerefristige Gültigkeit haben.

Was das Ausmaß der Erhöhung anlangt, so wurde bisher ja nie der volle landesgesetzliche Rahmen ausgeschöpft. Es obliegt dem Gemeinderat, die konkrete Abgabenhöhe in diesem Rahmen zu bestimmen. Durch diesen Rahmen ergibt sich ein größerer Spielraum für eine einheitliche Festsetzung der Abgabe für alle Hunde. Die letzte Erhöhung der Hundeabgabe ist ja im Jahr 1981 in Kraft getreten, liegt also schon acht Jahre zurück. 1984 wurde ja lediglich der landesgesetzliche Rahmen für das Höchstausmaß erhöht, ohne daß eine Ausschöpfung dieses gegebenen Rahmens erfolgte. Ich darf Ihnen auch heute wieder versichern, daß nicht daran gedacht wird, in Zukunft die volle Ausschöpfung dieses Rahmens auszunützen. Die Erhöhung von 400 Schilling auf 600 Schilling soll mit 1. Jänner 1989 wirksam werden, was nach acht Jahren sicherlich gerechtfertigt ist. Wie ich schon erwähnt habe, soll Sie auch für einen längeren Zeitraum gelten.

Bezüglich der Zweckbindung möchte ich zu bedenken geben, ob es denn sinnvoll ist, wenn alle Steuern zweckgebunden sind. Es hat ja auch bisher für bedürftige Hundebesitzer Unterstützungen gegeben, der Wiener Tierschutzverein, die Tierrettung, das Tierschutzhause, die Tierpension haben 1988 zirka 400.000 Schilling bekommen. Das soll auf 600.000 Schilling erhöht werden, was eine Erhöhung für das Tierschutzhause, für den Tierschutzverein um 50 Prozent bedeutet. Das muß man bei der Gelegenheit auch sagen.

Was mir bei meinem Vorrredner nicht gefällt, ist, daß er so eine Gelegenheit benutzt, um diesen Stehsatz der ÖVP in den Raum zu stellen: "Das wird die älteren und einsamen Menschen hart treffen!" (Abg. Dr. Neubert: Das sind Tatsachen! Das ist eine Tatsache!) Ich darf Ihnen versichern - und hier gibt es zahlreiche Beweise dafür - daß die Stadt Wien durch die Sozialreferate auf bedürftige und ältere Menschen in den letzten Jahren nie vergessen hat und auch in dieser Sache auf die älteren Menschen, die Sie angesprochen haben, die sich das nicht leisten können, nicht vergessen wird. Wenn sie bisher 200 Schilling als Zuschuß bekommen haben, so soll das um 50 Prozent auf 300 Schilling erhöht werden. Damit leistet das Sozialreferat sicher auch für diese Menschen einen wesentlichen Beitrag. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gemeinde sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, die Erhöhung der Hundeabgabe auch rückwirkend mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 1989 auszuschreiben. Dazu bedarf es aber einer ausdrücklichen Ermächtigung im Hundeabgabegesetz. Ich darf daher folgenden Abänderungsantrag der Abgen. Sramek, Oblässer und Genossen zum Entwurf eines Gesetzes, mit

dem das Hundeabgabegesetz geändert wird, vorbringen. Ich darf Ihnen diesen Abänderungsantrag vorlesen:

"Der vorliegende Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Hundeabgabegesetz geändert wird, sieht vor, daß das Höchstausmaß für die von der Gemeinde auszuschreibende Hundeabgabe - soweit es sich um die landesgesetzlich geregelte Abgabe für Hunde handelt, die in Ausübung eines Berufes oder Erwerbes beziehungsweise die als Wachhunde gehalten werden - mit 1. Jänner 1989 in Kraft tritt. Zielsetzung der Gesetzesänderung ist es somit, der Gemeinde die Erhebung einer Abgabe über das derzeit geltende Höchstausmaß hinaus ab dem 1. Jänner 1989 zu ermöglichen. Hiezu ist aber außer der vorliegenden Gesetzesänderung ein weiterer Rechtssetzungsakt in Form einer Verordnung des Gemeinderates und deren gehörige Kundmachung im Publikationsorgan noch vor dem 1. Jänner 1989 im Hinblick auf das - ohne ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung bestehende - Rückwirkungsverbot von Durchführungsverordnungen notwendig.

Dieses Erfordernis kann aber wegen der achtwöchigen Einspruchsfrist der Bundesregierung nach der aktuellen Termintsituation nicht erfüllt werden.

Der Gemeinde sollte daher die Möglichkeit eingeräumt werden, die Erhöhung der Hundeabgabe auch im Jahre 1989 rückwirkend mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 1989 auszuschreiben. Dazu bedarf es aber einer ausdrücklichen Ermächtigung im Hundeabgabegesetz.

Damit wäre nicht nur der Zielsetzung der vorliegenden Gesetzesänderung entsprochen, sondern auch ein Gleichklang mit der Abgabe für das Halten anderer als 'Wachhunde' und 'Erwerbshunde', deren Ausschreibung auf der bundesgesetzlichen Ermächtigung des Finanzausgleichsgesetzes beruht, hergestellt.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher gemäß § 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden Abänderungsantrag:

Der Entwurf des Gesetzes, betreffend die Änderung des Hundeabgabegesetzes, LGBI. für Wien Nr. 38/1984, in der Fassung des Landesgesetzes, LGBI. für Wien Nr. 31/1985, wird mit nachstehender Änderung zum Beschuß erhoben:

Dem Artikel II ist folgender Absatz 3 anzufügen: 'Verordnungen aufgrund dieses Gesetzes dürfen auch rückwirkend mit 1. Jänner 1989 in Kraft gesetzt werden.'

Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Landtages, ich bitte um Zustimmung zur vorliegenden Änderung des Hundeabgabegesetzes und zum vorliegenden Abänderungsantrag.

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Welan:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlungen für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

**Berichterstatter Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe in der Geschwindigkeit beim "Faust" nicht das zutreffende Zitat gefunden. Ich darf daher bei Schiller eine Anleihe nehmen und sagen: "Man merkt die Absicht und ist verstimmt." Die Absicht nämlich, jedem alles... (StR. Dr. Busek: Beim "Faust" kommt doch beim Hund vor: Der hat keine Abgabe bezahlt!) Ja, das kommt vor. Er hat keine Abgabe bezahlt, er entpuppt sich dann aber auch als der personifizierte Teufel, dieser schwarze Pudel. Wir sollten da also sehr vorsichtig in der Beurteilung sein. Aber, meine Damen und Herren, ich möchte sagen, man merkt wirklich die Absicht und ist verstimmt. Man will jedem alles versprechen und glaubt, das auch unter einen Hut zu bringen. (StR. Dr. Busek: Das ist des Mayr's Kern!)

Frau Kariotis, seien Sie mir bitte nicht böse, aber die Zweckbindung von Steuern ist eine Sache, die man sehr, sehr schwer mit wirklicher Zweckerfüllung verbinden kann. Wann immer man eine Zweckbindung von Steuern durchführt, wird man kaum jemals die Möglichkeit finden, die Steuer so zu bemessen, daß sie genau das Erfordernis bei sparsamer und wirtschaftlicher Verwendung erfüllt. Hat man aber zuviel, dann wird der Verwaltung immer etwas einfallen, um die Beträge aufzubrauchen. Hat man zuwenig, dann wird man das Problem nicht lösen können. Ich bin also vom Grundsatz her ein Gegner der Zweckbindung.

Herr Abg. Karl, bitte seien Sie mir nicht böse, aber wenn Sie nicht ganz auf den Hund gekommen

sind und wenn Sie in Paris in kein Hauferl getreten sind, dann, glaube ich, habe ich Ihrer Darstellung eigentlich nicht die Stoßrichtung entnehmen können. (Abg. Karl: Zweckbindung!) Es ist nämlich sehr einfach, von jemand anderem zu verlangen, daß er sich etwas einfalten läßt, um ein Problem zu lösen, aber selber keinen Beitrag dazu zu leisten. (Zwischenruf von Abg. Dr. Neubert.) Ich habe eigentlich keinen Beitrag dazu gefunden. Ich gebe zu, daß die fiskalische Belastung auch nur eine Teillösung darstellt. Daß die Zweckbindung für die Straßenräumung nicht sinnvoll ist, geht aus einem Vergleich mit dem Budget der Magistratsabteilung 48 hervor. Wir würden das Tausendfache brauchen, um die Straßenreinigung durchzuführen. Das Bedürfnis vieler Menschen, ein Tier zu halten, stößt in einer großen Stadt auf Probleme, die man nicht lösen kann, wenn man die Menschen nicht erzieht. Vielleicht ist eine gewisse Besteuerung auch ein Beitrag zur Erziehung. Nur, ernst (Abg. Dr. Neubert: Richtig!), Herr Landtagsabgeordneter, ernst sollte man sich selber nehmen.

Wenn Herr Karl einen Antrag stellt, wobei im letzten Satz der Begründung - ich kann die Unterschrift nicht lesen (Abg. Dr. Neubert: Unbekannt!), ich weiß nicht, ob Sie es auch unterschrieben haben - steht, daß Blindenführerhunde gesetzlich von der Entrichtung der Abgabe ausgenommen werden sollten, dann, meine Damen und Herren, nehmen Sie sich selber nicht ernst. Es ist ein bedenkliches Zeichen für einen Abgeordneten eines Landtages in Österreich, wenn er Anträge stellt, die ohnedies erfüllt sind. (Abg. Karl: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Auch im Gesetz, nicht nur in der Verordnung!) Die sind auch im Gesetz von der Hundesteuer ausgenommen. Bereits im Begleitschreiben des Magistrats steht wörtlich: "Für das Halten von Hunden, die durch die Gemeinde nicht als Wachhunde oder Blindenführerhunde ausgeschrieben werden. Also wenigstens diese eine Seite hätten Sie lesen können. Es wäre dann einfacher gewesen in der Diskussion und hätte weniger deutlich gezeigt, daß es Ihnen nicht auf die Lösung von Problemen ankommt, sondern nur auf die Demagogie. (Abg. Fürst: Das ist eine Unterstellung!) Ich höre das so oft. Dann tun Sie es nicht, dann ist das sehr einfach zu lösen.

Ich darf Sie also bitten, meine Damen und Herren, den Beschuß- und Resolutionsantrag der Abgen. Karl und Rosemarie Wallner abzulehnen und dem Abänderungsantrag der Abgen. Sramek, Oblässer und Genossen die Zustimmung zu erteilen.

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Welan:** Wir kommen nun zur Abstimmung betreffend den Zusatzantrag der Abgen. Sramek, Oblässer und Genossen. Der Berichterstatter empfiehlt die Zustimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die ihre Zustimmung erteilen wollen, die Hand zu erheben. - Das ist die Mehrheit.

Ich komme zur Abstimmung über den Gesetzesantrag. Ich darf nun die Damen und Herren, die dem Gesetz in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Das ist die Mehrheit. Das Gesetz ist somit in erster Lesung angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Beschuß- und Resolutionsantrag der Abgen. Mag. Franz Karl und Rosemarie Wallner. Der Berichterstatter hat die Ablehnung empfohlen. Ich darf auch hier die Damen und Herren um die Handerhebung im Sinne des Antrags des Berichterstatters ersuchen. - Das ist auch die Mehrheit.

Damit, meine Damen und Herren, darf ich, wenn kein Widerspruch erfolgt, sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung beschlossen.

Wir kommen nun zu dem Antrag der Abg. Ingrid Kariotis, daß ihre an den Landeshauptmann gerichtete Anfrage, betreffend die nachteiligen Folgen des Verbots der Ladenöffnung am ersten Adventsamtstag auf die Wiener Wirtschaft, mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde.

Zur Begründung dieses Antrages erteile ich Frau Abg. Ingrid Kariotis das Wort. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß ihre Redezeit gemäß § 39 Abs. 4 der Geschäftsordnung mit 5 Minuten begrenzt ist.

**Abg. Ingrid Kariotis:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bedrängt durch die Entscheidung des Wiener Landeshauptmannes,

daß es denjenigen Wiener Handelsbetrieben, die am ersten Samstag im November bereits den ganzen Tag geöffnet haben, verwehrt werden soll, am ersten Adventsamstag den ganzen Tag den Rollbalken oben zu lassen, zeichnet sich nicht nur für die Wiener Wirtschaft, sondern in weiterer Folge auch für die öffentliche Hand eine Schädigung ab, die es gilt, mit allen möglichen demokratischen Mitteln zu verhindern.

Durch die Entscheidung in ihrer bisherigen Form ist zu befürchten, daß hunderte Millionen Schilling an Kaufkraft aus Wien abfließen. Dies kann nicht im Interesse des Landes Wien gelegen sein. Leider hat auch die Interessenvertretung, die Wiener Handelskammer, allen voran Handelskammerpräsident Dittrich, glücklos agiert, so daß man die Angelegenheit nicht mehr weiter auf Sozialpartnerebene belassen kann, sondern es dem Wiener Landtag ein Anliegen sein müßte, Entscheidungen, die der überwiegenden Mehrheit der Wienerinnen und Wiener zum direkten oder indirekten Nachteil gereichen, abzuwenden.

Da nicht angenommen werden kann, daß dem Wiener Landeshauptmann die wirtschaftspolitischen Fakten unbekannt sind, stellt sich für meine Fraktion die dringende Notwendigkeit, vom Herrn Landeshauptmann darüber Auskunft zu bekommen, ob er sich über die Tragweite seiner Entscheidung im Klaren ist, welche maßgeblichen Gründe den Herrn Landeshauptmann dazu bewogen haben, das Wiener Wirtschaftsleben dermaßen zu beeinträchtigen und zu bevormunden und wie der Herr Landeshauptmann dazu steht, daß der Wiener Wirtschaftsfonds Werbe- und Förderungsmaßnahmen setzt, um das Wirtschaftsleben anzukurbeln, kostenintensive Werbeaktionen wie zum Beispiel "Einkauf in Wien" unterhält, um dann von einer mutwillig erscheinenden Zusperrverordnung blockiert zu werden. Weiters hätten wir auch gerne gewußt, ob diese Vorgangsweise mit Wissen und Einverständnis des Herrn Finanzstadtrates erfolgte und ob Sie, Herr Landeshauptmann, den für die Wiener Wirtschaft zu erwartenden Verlust und die darüber hinaus zu erwartenden Einnahmenausfälle für die Stadt Wien verantworten können. (Beifall bei der FPÖ.)

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Welan:** Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Abgeordneten des Landtages, die für die dringliche Behandlung der Anfrage sind, die Hand zu erheben. - Das ist die Mehrheit. Danke. (StR. Neusser: Einstimmig, Herr Präsident!) Ich darf noch einmal um das Handerheben ersuchen. - Danke, das ist einstimmig.

Es folgt daher die mündliche Begründung der Anfrage durch den Fragesteller, in dem Fall die Fragestellerin. Anschließend daran folgt die Debatte über den Gegenstand. Gemäß § 39 Abs. 8 der Geschäftsordnung wird bestimmt, daß bei dieser Begründung und der Debatte kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf. Bitte, Frau Abgeordnete.

**Abg. Ingrid Kariotis:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wien plant eine Weltausstellung. Am Tag der offenen Tür im Rathaus hatte die Wiener Bevölkerung Gelegenheit, den Tag der offenen Grenzen zu feiern. Allen voran propagierte Landeshauptmann Zilk die Völkerverständigung und die Brücke Budapest-Wien, weltmäßig offen für alles Neue, auch auf internationaler Ebene. Vorsichtige Anfragen zur Finanzierung dieses Spektakels in Wien wurden von Herrn Landeshauptmann Zilk jedoch sehr deutlich beantwortet: "Wir werden private Sponsoren finden." Also kein Geld der Steuerzahler. So weit, so gut.

Es klang auch an, daß Bürger, die der Weltausstellung skeptisch gegenüberstehen, eine kleinkarierte Einstellung besitzen und, wie man es manchmal hörte, kein Auge über die Landesgrenzen hinaus riskieren wollen. Ellenlange Artikel über das Thema Weltausstellung füllten in den letzten Wochen die Tageszeitungen und Landeshauptmann Zilk gab dazu nicht nur ein Interview. Unser Herr Landeshauptmann, der wirtschaftlich nicht sehr zweckmäßig und in dieser Sache fragwürdig, was die Sinnhaftigkeit betrifft, eine Müllverbrennungsanlage in der Spittelau für Zigmillionen bemalen läßt, weil er selbst Gefallen an Hundertwassers Malerei findet und eine Müllverbrennungsanlage außerdem etwas Schönes sein kann, wie er uns lehrt. Unser Herr Landeshauptmann, der sich manchmal nicht darum kümmert oder nicht wahrnimmt, was sich die Bürgerinnen und Bürger wünschen oder nicht wünschen, wenn es um Denkmalaufstellungen oder die Errichtung von Kunstwerken geht. Wer dagegen ist, ist ein Kunst- und Kulturbauhaus, und demokratiepolitisches Verständnis hört dann oft hier auf.

Derselbe Herr Landeshauptmann hat vor fast genau einem Jahr in solch einer Vorgangsweise zur Ladenöffnungsproblematik Stellung genommen. Dafür möchte ich Ihnen, Herr Landeshauptmann, nachträglich meine Anerkennung aussprechen. Damals noch nicht zum Landeshauptmann von Wien gewählt und allen SPÖ-internen Schwierigkeiten, die ja ein offenes Geheimnis waren, zum Trotz. Ein progressiver Förderer der liberalen Öffnungszeiten waren Sie ja nie. Auf zahlreiche, jahrelange Versuche meiner Fraktion, liberalere Öffnungszeiten durchzusetzen, haben Sie, wie sich in den Protokollen nachlesen lässt, jahrelang sehr zurückhaltend reagiert, obwohl Sie um die Popularität Bescheid wußten. Aber Sie haben voriges Jahr die wirtschaftliche Notwendigkeit vor allem für den Lebensmitteleinzelhandel klar erkannt und die für die Wiener Wirtschaft richtigen Maßnahmen gesetzt, obwohl Sie sich bei manchen Ihrer Fraktionskollegen größeren Unmut und Ärger einhandelten.

Umso mehr überrascht und enttäuscht mich, daß Sie vor einer kleinen Gruppe militanter Gewerkschafter in die Knie gegangen sind. Das, Herr Landeshauptmann, kann nicht Ihre echte, damals zum Ausdruck gebrachte Überzeugung sein und nicht Ihre wahre Meinung darstellen. Derselbe Landeshauptmann, der voriges Jahr wirtschaftlich so klug entschieden hat, hat sich jetzt in einer unverantwortlich überheblichen Handlungsweise über wirtschaftliche Probleme hinweggesetzt und verordnet, daß die Geschäfte am 26. November nicht aufsperren dürfen. (Lhptm. Dr. Zilk: Das ist völlig falsch!) Landeshauptmann Zilk, der, wann immer es ihm möglich ist, von Wien als Weltstadt spricht und gerne mit internationalen Maßstäbe mißt! Ich hätte mir den 26. November betreffend auch eine internationale Handlungsweise gewünscht und kein kleinkariertes Dorfdenken. Wenn schon solche Entscheidungen von Ihnen vielerlei Rückfragen bei Gewerkschaftsorganisationen erfordern, dann fürchte ich um die Organisation der Weltausstellung während Ihrer Amtszeit. Und das Geplaudere von einer Annäherung an die EG wäre dann auch überflüssig und wir könnten dann ans Zusperren denken.

Herr Landeshauptmann, Sie haben nicht nur verordnet, sondern darüber hinaus festgestellt, daß der Gesetzgeber Schuld an diesem, um bei Ihren Worten zu bleiben, Kasperltheater sei, da es ihm nicht gelungen sei, das Verhandlungsergebnis der Sozialpartner in den Gesetzestext zu übernehmen. Damit war für Sie die Sache erledigt, nicht aber für die Wiener Wirtschaftstreibenden und die Konsumenten dieser Stadt. Der wahre Grund jedoch ist, daß Sie damit Abbitte an die Gewerkschaft leisten mußten, da Sie sich genau vor einem Jahr so unpopulär für Gewerkschaftsdenker verhalten haben. Es hat Ihnen sichtlich auch weh getan, daß Sie die Sozialistische Jugend Wiens voriges Jahr im Dezember zu einer Rückziehung der damals von Ihnen gegebenen Verordnung aufgefordert hat. Oder aber Sie haben noch den Sprechchor der Betriebsräte, die Sie vor einem Jahr hier besuchten, allerdings uneingeladen, im Ohr, der da lautete: "Der Bürgermeister hat sein Wort gebrochen, er ist dem Kadits zu Kreuz gekrochen." Sollte Ihnen in Erinnerung gekommen sein, daß Ende der 60er Jahre sozialistische Zeitungen eingestellt wurden, weil Redakteure es wagten, das heiße Thema Ladenschluß aufzugreifen? Was auch immer, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Sie zu dieser illiberalen, wirtschaftsfeindlichen Haltung veranlaßt hat, überdenken Sie sie bitte noch einmal.

Ich lege Ihnen auch nahe, Ihre Aussage zu überdenken, die besagt, daß die Wiener Wirtschaft schuld sei, da sie von den Handelsangestellten europäische Flexibilität und Leistung verlange, aber keine Europalöhne bezahle. Zu dieser Aussage gestatten Sie mir als Unternehmerin auch eine Aussage. Man merkt, daß Sie vom Kollegen Freitag eine Statistik seiner Mitglieder und die dazupassenden Kollektivverträge vorgelegt bekommen haben. Es ist richtig, daß die Kollektivverträge der Handelsangestellten niedrig sind und keine Europareife ausstrahlen. Es wäre, wie ich Ihrem Kollegen Freitag schon des öfteren ans Herz gelegt habe, eine ehrenvolle Aufgabe für ihn, sich für eine bessere Lohnpolitik einzusetzen. (Beifall bei der FPÖ.)

Jedoch, Herr Landeshauptmann, zeigen Sie mir (Abg. Hufnagl: Das ist ein Treppenwitzl) die Massen von Unternehmern, die nach dem Kollektivvertrag zahlen. Ausgenommen sind vielleicht diejenigen Unternehmergruppen, bei denen die Mitglieder des Gewerkschafters Freitag angestellt sind, wie zum Beispiel der Konsum, wo aber Ihr Einfluß von Bedeutung sein könnte. (LhptmSt. Mayr: 15 Prozent über dem Kollektivvertrag!) Die Politik der Gewerkschaft der Handelsangestellten, allen voran Ihr Kollege,

scheint doch nicht so zufriedenstellend zu sein, wenn man sich die schrumpfenden Mitgliederzahlen anschaut. Fast nur mehr 20 Prozent der Handelsangestellten sind gewerkschaftlich organisiert. Und trotzdem müssen sich seit Jahren Millionen Bürger und Touristen gängeln lassen, und die Europareife konnte keinen Einzug in heimische Betriebe halten, da die Unternehmer hinter die Rollbalken zurückgedrängt wurden.

Es scheint so, wenn man die sinkende Mitgliederzahl betrachtet, daß solche Ungereimtheiten für das zunehmend schwindende Vertrauen in Gewerkschaftsparolen ausschlaggebend sind, denn, wie ich schon einmal hier sagte, die Handelsangestellten sind nur deshalb in einem so geringen Maß gewerkschaftlich organisiert, weil sie die Sorgen und Nöte der Unternehmer besser verstehen als die Gewerkschafter, weil sie meist intensiv mit den Unternehmern zusammenarbeiten, und nicht weil sie sonst Repressalien ihrer Arbeitgeber ausgesetzt wären. Wie sollen sie sich auch von einer Gewerkschaft vertreten fühlen, die Plakate mit dem Text druckt - Sie kennen ihn, das war vor einiger Zeit: "Mutti soll abends bei mir zu Hause sein" (Abg. Jank: Das ist wohl klar!), anstatt die Probleme beim Schopf zu packen und unkonventionelle Lösungen anzustreben, die dem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber etwas bringen. Teilzeitbeschäftigung gäbe gerade den Müttern die Chance, mehr für ihre Kinder dazusein. Die Gewerkschaft muß zuerst entstaubt und entmottet werden, Herr Kollege Freitag (Beifall bei der FPÖ.), und vor allem vom Alles-oder-nichts-Prinzip Abstand nehmen. Sie muß einsehen, daß heutzutage, wo so viele Frauen arbeiten müssen und wollen, aus Familiengründen andere Arbeitszeiten notwendig sind als früher. (Abg. Jank: Tag und Nacht?) Nein, das ist nicht notwendig. Beispiele gibt es in Wien und österreichweit genügend, und ein Dazuverdienen zum Familieneinkommen, Herr Kollege Jank, ist oft überlebenswichtig. Das zeigt eine Studie der Arbeiterkammer, die ich Ihnen wärmstens ans Herz gelegt hätte. (Abg. Jank: Zahlen Sie mehr!) Solange es Gewerkschaften gibt, die nicht kapieren können, daß es Menschen gibt, die mehr arbeiten und verdienen wollen, werden die Mitgliederzahlen weiter sinken.

Oder aber haben die Handelsangestellten noch in Erinnerung, wie Ende 1986 gegen die Aufhebung der Mittagssperre protestiert wurde? Schon 1988 hatte man die Meinung wieder geändert. Oder ist vielen bewußt geworden, daß das 1958 beschlossene Ladenschlußgesetz noch von Zeiten geprägt war, in denen der Handel nicht mit Wettbewerbsproblemen konfrontiert war, sondern mit dem Einlösen von Lebensmittelmarken? (Abg. Oblässer: 1958 nicht mehr!) Oder spüren ganz einfach besonders die direkt mit dem Verkauf verbundenen Angestellten, daß der Konsument andere Öffnungszeiten wünscht und will?

Herr Landeshauptmann, Sie haben mit Ihrer Verordnung gezeigt, daß Ihnen die Wiener Wirtschaftstreibenden, die von vielen kleinen und mittleren Betrieben repräsentiert werden, die jeden Zehnten des Monats brav ihre Steuern und Abgaben zahlen, vollkommen gleichgültig sind. Ich werfe Ihnen vor, daß Sie sich anscheinend, ohne über die Folgen im klaren zu sein, ein Lob der Gewerkschaft einstecken, zu diesem Entschluß entschieden haben. Ich erinnere Sie daran, daß Ihnen als Landeshauptmann dieser Stadt das Wohl aller Bürger am Herzen liegen muß, auch das der Wirtschaftstreibenden und letztendlich der Konsumenten.

Acht österreichische Bundesländer werden offenhalten und der Konsument wird dort einkaufen gehen. Die Einkaufszentren rund um Wien werden es auch werbemäßig vermarkten, die ersten Slogans sind schon in Druck. Eine Aussendung der Niederösterreichischen Landesregierung vom 27. Oktober hat es genüßlich, lapidar und eindeutig festgestellt, ich zitiere: "Die Niederösterreichische Landesregierung beschloß in ihrer diesjährigen Sitzung, daß die vier Samstage vor Weihnachten dieses Jahr wie bereits in den vergangenen Jahren als verlängerte Einkaufstage zu führen sind." Das heißt, daß die Geschäfte im Gegensatz zu Wien auch bereits am Samstag, den 26. November, nachmittags geöffnet sind, ganz zu schweigen von den Einkaufsfahrten nach Ungarn, die schon seit längerer Zeit ein Sorgenkind der Wiener Wirtschaft darstellen. Der 26. November bietet sich dann dazu an, und wenn man schon einmal dort ist, gibt man womöglich gleich sein gesamtes gerade erhaltenes Weihnachtsgeld aus, damit man das Einkaufen hinter sich hat. (Abg. Jank: In Ungarn?)

Herr Landeshauptmann, ist Ihnen eigentlich bewußt, daß die meisten Branchen im Weihnachtsge-

schäft 30 bis 40 Prozent - eine wichtige Zahl (Abg. Jank: Im vierten Quartal!) - ihres Gesamtjahresumsatzes tätigen. Man muß sich vorstellen, daß der Wiener Einzelhandel voriges Jahr - und das sind jetzt Zahlen, die schon eine Statistik ergeben hat - sieben Milliarden Schilling in den letzten fünf Wochen vor Weihnachten umgesetzt hat. (Abg. Jank: Im vierten Quartal!) Das ist kein Quartal. Der Konsument orientiert sich ja nicht am Gewerkschaftsgedanken. Das ist Zahlenmaterial, das Ihnen kein Genosse Freitag geben wird, Herr Landeshauptmann.

Als Bürgermeister dieser Stadt können Ihnen allerdings auch fehlende Einkünfte für diese Stadt nicht gleichgültig sein, und die Folgen dieses gleichsam vorprogrammierten Kaufkraftabflusses bis hin zu Arbeitsplatzverlusten werden Sie zu verantworten haben. Zwei Seelen wohnen in Ihrer Brust: Der Wunsch nach potennten privaten Sponsoren für die Weltausstellung und ein Kniefall vor einer schlecht organisierten Gewerkschaft.

Wer mir allerdings durch seine vornehme Zurückhaltung auffällt, ist unser Herr Finanzstadtrat und Wirtschaftsexperte Mayr, zuständig für jegliche Reprivatisierungsmaßnahmen in unserer Stadt, erst kürzlich wieder einmal populär geworden als ganz herziger Verfechter der Privatisierung, als es darum ging, die Wiener Holding an ein Bankenkonsortium zu verscheppern und eine elegante Reprivatisierung darzustellen. (Abg. Hufnagl: Das war nie privat!) Wo ist der Aufschrei, Herr Vizebürgermeister, der immer laut zu hören war, wenn es darum ging, den Kaufkraftabfluß aus Wien zu verhindern? Jetzt hätten Sie die Chance, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, konkret zu handeln und sich tatsächlich Lorbeeren zu verdienen.

Ich habe Ihre Aussage und Stellungnahme zur Verordnung für den 26. November vermißt. Oder treten Sie nur dann für Privatunternehmen ein, wenn Sie als Bankenkonsortium auftreten und Sie persönlich Ihre Einflußnahme im zuständigen Aufsichtsrat geltend machen können? Macht kann doch für Sie nicht mehr Bedeutung als Markt haben. Verhindern doch Sie als Finanz- und Wirtschaftsstadtrat, daß sich Sturheit und Justamentstandpunkte durchsetzen können und keinen Raum mehr für eine gut funktionierende freie Marktwirtschaft lassen. Ihr Schweigen kann doch nicht Parteigehorsam oder Freundschaft zu Handelskammerpräsident Dittrich sein.

Es gibt gewisse Phänomene in Wien. Um die Obdachlosen kümmert man sich erst, wenn sie schon unter der Brücke schlafen. Um das Schneeräumen kümmert man sich erst nach einem Chaos beim ersten Wintereinbruch, als ob der Schnee nicht jedes Jahr wieder zum ersten Mal kommt. Unser Wiener Handelskammerpräsident Dittrich kümmert sich um Verhandlungen auch erst dann, wenn das Malheur schon passiert ist, und dann kommt beim Verhandeln außer Dubioses nichts heraus. Voriges Jahr behauptete Handelskammerpräsident Dittrich in mehreren Interviews und zahlreichen Presseaussendungen, daß er sich im Interesse der Wiener Wirtschaft dafür einsetzen werde, daß die Geschäfte in Wien am 8. Dezember offenhalten dürfen. Es könne nur eine vernünftige Lösung geben, nämlich das Offenhalten der Geschäfte, sagte Handelskammerpräsident Dittrich wortwörtlich.

Haben Sie heuer etwas davon gehört, meine sehr geehrten Damen und Herren? Hat der Handelskammerpräsident vielleicht heimlich etwas mit dem Herrn Finanzstadtrat ausgemacht, was die Wiener Wirtschaft noch nicht weiß? Ich glaube jedoch, daß es nur eine starke Ankündigung war und es dabei bleibt.

Was Präsident Dittrich momentan für seine Mitglieder tut, zeigt seine Presseaussendung vom 25. Oktober. Ich zitiere: "Trotzdem werde die Wiener Handelskammer selbstverständlich diese Verordnung respektieren, da ihre fragwürdige rechtliche Basis erst im nachhinein bei einem Verfahren aufgerollt werden könnte, erklärte Dittrich." Also wieder einmal nichts. (Abg. Jank: Er hält sich an das Gesetz!)

Abschließend sei Ihnen, Herr Landeshauptmann, folgendes gesagt: Es ist noch nicht zu spät. Der 26. November liegt noch vor uns. Ich ersuche Sie im Namen der Wiener Wirtschaftstreibenden diese rigorose Vorgangsweise, den 26. November betreffend, noch einmal zu überdenken. Bedenken Sie, daß ohne ein funktionierendes Wirtschaftsleben nichts geht, gar nichts. Keine Zukunftswerkstätten sind dann notwendig, keine Kunsträume werden wahr und es gibt dann auch keine Stadt Wien, wirtschaftlich, modern, weltoffen und mit internationalem Flair. Mögen Sie auch als Landeshauptmann dieser unserer

Stadt künftig mit ruhigem Gewissen sagen können: "Wien ist anders". (Beifall bei der FPÖ.)

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Welan:** Als nächste Rednerin ist Frau Abg. Eleonora Hostasch gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Eleonora Hostasch:** Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn die Frage des Offenhalts am ersten Adventsamstag zu einem Thema gemacht wird, wie dies heute der Fall ist, dann geht es eigentlich um ein Wiederauflebenlassen der Ladenschlußdiskussion. Ich bedauere, daß dieses Thema, das zum Teil sehr emotional besetzt ist, nun erneut Unruhe, Verunsicherung und Verärgerung bei allen Betroffenen erzeugt, vom Konsumenten über den betroffenen Arbeitnehmer bis hin zum politisch Verantwortlichen.

Als unverbesserlicher Optimist hatte ich geglaubt, daß mit dem Abschluß des Kollektivvertrages eine Phase der Beruhigung und Beobachtung eintreten wird und zukünftige Entscheidungen entemotionalisiert, basierend auf sachlichen Erhebungen getroffen werden können. Aber bei den Ausführungen meiner Vorednerin hatte ich den Eindruck, daß sie eine von denen ist, die dies gar nicht wünschen.

Lassen Sie mich nun versuchen, ohne zu große Emotion, obwohl dies nicht ganz leicht ist, nach dem, was wir zuvor gehört haben, einige Fakten festzuhalten.

Das Ladenschlußgesetz hat vorgesehen, daß die Läden grundsätzlich am Donnerstag nachmittag zu sperren sind, der Landeshauptmann jedoch Mittwoch oder Samstag nachmittag als Sperrhalbtag festlegen kann. Der Verfassungsgerichtshof hat mit Wirkung 1. Dezember 1988 diese Bestimmung für verfassungswidrig erklärt (Amtsf. StR. Christine Schirmer: 1. Dezember 1988?), mit Wirkung 1. Dezember 1988 aufgehoben und damit allen Verordnungen die Rechtsgrundlage entzogen. Am 25. April dieses Jahres einigten sich die Sozialpartner nach harten, schwierigen, aber doch fair geführten Verhandlungen hinsichtlich einer Novelle zum Ladenschlußgesetz, die mit 6. Juli im Nationalrat beschlossen wurde.

Konsequenz dieser Neuregelung ist, daß ab Dezember 1988 die Öffnung von Verkaufsstellen am Samstag nachmittag nach 13.00 Uhr nur mehr in bestimmten Fällen möglich ist. Das sind Gründe des Fremdenverkehrs und drei Weihnachtssamstage. Dazu kommen jedoch noch jene Vereinbarungen, die wir als befristete, zusätzliche Ladenöffnungsmöglichkeiten im Rahmen der Sozialpartnergespräche abgeschlossen haben und die, wie gesagt, auch durch den Nationalratsbeschuß gesetzlich gedeckt sind. Quintessenz dieser befristeten Vereinbarung ist, daß Verkaufsstellen entweder einmal in der Woche - ausgenommen ist der Samstag - bis 20.00 Uhr oder einmal im Monat am Samstag bis 17.00 Uhr offenhalten können. An den letzten drei Samstagen vor dem 24. Dezember gilt der Ladenschluß erst ab 18.00 Uhr. Lebensmittelgeschäfte und der vierte Samstag vor dem 24. Dezember können durch Verordnung des Landeshauptmannes in die verlängerte Öffnungszeit einbezogen werden. Soweit zu den Fakten.

Nun ergibt sich jedoch die Situation, daß die Rechtslage unterschiedlich interpretiert wird. Die Arbeiterkammer und die Gewerkschaft - Frau Abgeordnete, es sind nicht radikale Minderheiten, es sind nicht wildgewordene Funktionäre einer Gewerkschaft, es sind demokratisch gewählte Interessenvertretungen, die gesetzliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer in diesem Land (Beifall bei der SPÖ.) - vertreten den Standpunkt, daß die Betriebe aufgrund der befristeten Ladenöffnungszeitenmöglichkeit ohnehin die Möglichkeit der langen Öffnung am 26. November hätten, jedoch nicht zusätzlich zu dem langen Tag pro Woche. Die Handelskammer ist der Ansicht, daß eine zusätzliche lange Öffnung an einem Samstag im November rechtlich gedeckt wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin überzeugt davon, daß es viele gibt, und einige davon werden auch in diesem Saal sitzen, die der Meinung sind, wozu die Diskussion, wozu der Aufwand, wozu diese mühsame Beratung und Behandlung des Themas, wo es doch nur um ein paar Stunden Mehrarbeit an einem Samstag im Advent geht. Daher habe ich am Beginn meiner Ausführungen auch ganz bewußt gesagt, daß es nicht nur um diese Frage geht, sondern daß es um das grundsätzliche Verhalten von uns allen gegenüber einer Gruppe von Arbeitnehmern in unserem Land geht, die sicherlich zu den Benachteiligten gehören. (Beifall bei der SPÖ.) Einer Gruppe von Arbeitnehmern, die einen ganz wesentlichen Beitrag zu unserer aller Versorgung leisten.

Die im Handel Beschäftigten, ob es nun die Angestellten oder die Arbeiter sind, gehören nach wie

vor zu jenen Arbeitnehmern, deren Arbeitsbedingungen, Entlohnungsbedingungen und Arbeitszeitfestlegung als schlecht einzustufen sind. Niedrige Bezüge, keine Europareife, wie Sie sie angeben, ungünstige Arbeitszeit wie zeitiger Beginn, lange Mittagspause, spätes Arbeitsende und Samstagdienst, einseitige Belastungen, Lärm, Zugluft, Stress, aber auch Arbeitsverhältnisse, wie wir sie uns nicht wünschen, viele befristete Dienstverhältnisse, Teilzeitarbeitsverhältnisse, Arbeitszeitformen, die unter dem Titel "Kapovaz" gehandelt werden können, sind die Merkmale der Arbeitswelt der im Handel Beschäftigten. Und wenn die Gewerkschaft, wie gerade jetzt, Forderungen zur Verbesserung der Situation der im Handel Beschäftigten erhebt, was passiert? Ein Aufschrei der Wirtschaft, daß unzumutbare Forderungen gestellt werden, daß die Forderungen der Gewerkschaft unmäßig sind und die Wirtschaft ruinieren. Ich frage jetzt Sie, Frau Abgeordnete Kariotis, was tragen Sie dazu bei, daß die Unternehmer initiativ werden, um für die Beschäftigten im Handel Europareife zu erreichen, um deren Bedingungen zu verbessern? (Beifall bei der SPÖ.)

Ich gebe Ihnen recht, daß ohne eine funktionierende Wirtschaft eine Volkswirtschaft nicht funktionieren kann. Aber zu einer funktionierenden Wirtschaft gehören auch Arbeitnehmer, die täglich ihren Beitrag dazu leisten, daß wir es in unserem Land so gut haben, wie wir es haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Diskussion um den langen Samstag im November erscheint mir aus mehreren Gründen auch noch unverständlich. Seit Jahren behauptet die Wirtschaft, daß der erste lange Samstag überhaupt kein Geschäft ist. Nun auf einmal wird aber argumentiert, daß gerade an diesem Tag die Kaufkraft abfließt. Ich frage mich: Wo ist da die Logik und wo ist da die Konsequenz? Nach meiner Überzeugung, meine Damen und Herren, sind nicht die Öffnungszeiten die wichtigste Voraussetzung für geschäftliche Erfolge, es sind gute Angebote, bessere Angebote, attraktive Preise, eine profunde Beratung durch gut geschulte Mitarbeiter, ein gutes Service, freundliche Mitarbeiter, die qualifiziert sind, zufriedene Mitarbeiter, nicht überforderte Mitarbeiter, die täglich mit ihren Arbeitsbedingungen hadern müssen. Sehen wir uns konkret die Situation der im Handel Beschäftigten an. Frau Abgeordnete, mir als Frau tut es weh, daß gerade Frauen mit den im Handel beschäftigten Arbeitnehmern so wenig Solidarität zeigen. (Beifall bei der SPÖ.) Wie sieht deren Situation jetzt vor Weihnachten aus? Zusätzlich zu der Arbeitszeit, die sie bisher schon hatten, kommt in der ersten Adventwoche, das heißt also in der letzten Novemberwoche, ein langer Tag dazu. In der nächsten Woche ein langer Tag plus Samstag bis 18.00 Uhr, genauso in den Wochen bis zum 24. Dezember, wobei sogar am 24. Dezember die Läden bis 18.00 Uhr offen gehalten werden. (Abg. Dr. Hirnschall: Am 24. nicht!) Können, können! 13.00 Uhr am Samstag. (Abg. Dr. Hirnschall: Nicht einmal ein Kaffeehaus hat offen!)

Aber eines möchte ich schon noch sagen, daß nämlich die Öffnungszeiten nicht ident mit der tatsächlichen Arbeitszeit sind und daß zu diesen Eckzeiten ja erschwerend noch die tatsächlich notwendige Anwesenheit für die Beschäftigten kommt. Sie müssen schon früher anwesend sein, weil ja alles hergerichtet werden muß und sie haben darüber hinaus auch noch viele nachgelagerte Arbeiten zu bewältigen, weil ja für den nächsten Tag wieder aufbereitet werden muß. Und da ist gerade der Lebensmittelhandel in einer extrem schwierigen Situation. (Abg. Ingrid Kariotis: Da bekommen sie Überstunden!)

Da Sie die Überstunden ansprechen, Frau Abgeordnete: Wissen Sie, wie die Arbeitswelt bei der Bezahlung der Überstunden ausschaut? Wissen Sie, wie viele Anfragen wir in der Arbeiterkammer und in der Gewerkschaft haben, wie viele Rechtsfälle behandelt werden müssen, weil die Unternehmer ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, Überstunden abzugelten. Wissen Sie auch, daß jene Regelung, die wir abgeschlossen haben, daß in dieser Zeit durch das befristete Öffnungszeitenmodell die Mehrstunden durch Freizeit abgegolten werden können, für die Handelsbeschäftigte Illusion ist, weil im November und im Dezember davon ganz einfach nicht Gebrauch gemacht werden kann. Das Ergebnis ist, sie haben weder Freizeit noch Geld. Wenn es gut geht, können sie dann im Jänner oder Februar einen Teil dieser Mehrstunden in Anspruch nehmen. Das ist die Arbeitswelt der Angestellten und Beschäftigten im Handel, nicht jene, die sie illusionär hinstellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich möchte noch etwas bemerken. Auch die Handelsbeschäftigte haben ein Recht auf ein bißchen Familienleben in der sogenannten stillsten Zeit des Jahres, im Advent. Ich frage mich, wo diese

Zeit für sie bleibt. Sie reduziert sich auf einen Sonntag, wo sie sich wirklich nur ganz wenig von den Strapazen der vergangenen Woche erholen können und wieder Kraft für die Strapazen der nächsten Woche schöpfen müssen. Das, was für die meisten in unserem Land Gott sei Dank zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist, eineinhalb oder sogar zwei freie Tage pro Woche, ist für die im Handel Beschäftigten eine reine Illusion. Trotz dieser Situation werden sie auch im Advent ihr Bestes geben, um unseren Bedürfnissen und unseren Ansprüchen gerecht zu werden.

Umso unverständlicher und empörender finde ich die Ankündigung mancher Unternehmer, sich nicht an bestehende Gesetze und Verordnungen halten zu wollen. Es ist mir ein Fernschreiben zugekommen, das am 26. Oktober vom Sportfachhandel über die "apa" hinausgegangen ist. Ich darf daraus zitieren: "Die Sportfachhändler werden sowohl im Rahmen des im September gestarteten Ladenschlußmodells jeden ersten Samstag im Monat, also auch am 5. November offenhalten und wollen dennoch die seit Jahren eingeführten vier Adventsamstage mit ganztägiger Öffnungszeit beibehalten." Da wird ein angekündigter Rechtsbruch vermeldet. (Abg. Ingrid Kariotis: Wenn der Sportfachhandel da nicht aufsperrt, braucht er gar nicht mehr aufsperren, weil er keinen Umsatz macht!) Haben wir in unserem Land Gesetze, denen wir uns alle verpflichtet fühlen? Welches Rechtsverständnis ist in diesem Land, in dieser Stadt eingerissen, daß auf die angekündigte Verletzung von Bestimmungen nicht mit Empörung reagiert wird? (Abg. Dr. Hirnschall: Das Gesetz wird sicher wieder vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben, wenn die Beschwerden oben sind! Es wird noch eine Zeit dauern!) Herr Abgeordneter, nichtsdestotrotz ist es die Verletzung eines Gesetzes. Wie würden Sie reagieren, wenn Arbeitnehmer ganz einfach sagen: "Bestimmungen meines Dienstvertrages behagen mir nicht. Ich finde sie nicht attraktiv genug. Ich bin nicht einverstanden damit. Ich halte mich ganz einfach nicht daran." Was passiert? Eine fristlose Entlassung ist auf dem Tisch. Das ist die Reaktion der Unternehmerseite. Und die andere Seite soll sich Rechte herausnehmen, die kein anderer in diesem Land hat? Ich verstehe diese Moral nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Erlauben Sie mir zum Abschluß noch ein paar Bemerkungen. Ich bin stolz darauf, meine Damen und Herren, in einer Stadt zu leben, zu arbeiten und auch politische Verantwortung mittragen zu dürfen, in der die politisch Verantwortlichen die Lebensqualität vorrangig vor vorgeschobenen ökonomischen Interessen sehen. Ich bin stolz darauf, daß sich die in Wien politisch Verantwortlichen im Zweifelsfall, wenn es zum Beispiel darum geht, eine Gesetzeslage zu interpretieren, auf die Seite der Schwächeren stellen. Ich bin stolz darauf, daß wir unseren Slogan "Wien ist anders" nicht als Schlagwort, sondern als Realität betrachten. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Welan:** Als nächster Redner ist Herr Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stimme in einigen Punkten mit meiner Vorrednerin überein, etwa daß es wahrscheinlich durchaus Unternehmer gibt, die weder Freizeit ablösen noch Überstunden bezahlen wollen. Es ist mir schon klar, daß es solche Mißstände gibt. Ich würde mir aber von einer funktionierenden Gewerkschaft erwarten, daß sie Mißstände abstellt und das vermisste ich. Daher meine ich, daß die Handelsangestellten bisher leider nicht die gewerkschaftliche Vertretung, die sie eigentlich verdienen, haben. Meine Damen und Herren, eine ordentliche gewerkschaftliche Vertretung würde diese Mißstände, die es da gibt, schlicht und einfach ausschalten. Das zur Einleitung. (Beifall bei der FPÖ. - LhptmSt. Mayr: Wenn es nicht gewisse Abgeordnete gibt, die das unterstützen! Man muß sehen, daß es auch Gegenkräfte gibt!) Ich sehe tatsächlich, daß es Gewerkschafter gibt, die Abgeordnete sind und jetzt mittlerweile wahrscheinlich wenig Verständnis für die Problematik haben, die tatsächlich an Ort und Stelle gegeben ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, daß Geschäfte im wesentlichen dann geöffnet sein sollen, wenn eine Nachfrage besteht und daß sie dann geschlossen sein sollen, wenn die Nachfrage nicht besteht. Es ist ja in vielen Bereichen unseres Lebens und auch in vielen Bereichen unserer Stadt so. Schauen wir uns etwa die Straßenbahn an. Es ist ja so, daß die Straßenbahn auch am Samstag nachmittag fährt (Abg. Ing. Svoboda: Am Sonntag auch!) und auch am Sonntag, ganz richtig, schlicht und einfach deswegen, weil am Samstag nachmittag und auch am Sonntag ein Bedarf besteht. Natürlich

(Abg. Freitag: Sollen wir die Straßenbahn nicht privatisieren?) - und das darf ich schon auch sagen, Kollege Freitag - gibt es viele Straßenbahner, die natürlich am Samstag nachmittag oder am Sonntag lieber im Kreise ihrer Familie wären. Na selbstverständlich. Aber trotzdem ist dieser Dienstleistungsbetrieb so, daß Dienst versehen wird, weil eben die Nachfrage gegeben ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine durchaus vergleichbare und ähnliche Situation haben wir hier im Handel.

Meine Damen und Herren (Abg. Ing. Svoboda: Der Pawkowicz war schon besser!), ich komme zu einem weiteren Punkt. Tatsächlich ist es so, daß die Handelsangestellten relativ schlecht bezahlt sind. Die gewerkschaftliche Vertretung, die das eigentlich auch wissen sollte, agiert seit vielen Jahren ganz konsequent an den Interessen der Handelsangestellten vorbei. Sie will den Handelsangestellten immer zusätzliche Freizeit vermitteln und schaut nicht darauf, daß dort europagerechte Löhne hinkommen, daß die Leute ordentlich verdienen, so wie sie in Europa verdienen. Ich meine, daß die Richtung, die die Gewerkschaft hier eingeschlagen hat, falsch ist, und ich gebe hier den guten Tip, daß man das vielleicht überdenkt und vielleicht doch in die richtige Richtung bringen kann. (StR. Neusser: Was nehmen Sie dafür? Für den guten Tip!) Ich weiß, daß mir natürlich die Handelsangestellten dafür dankbar sein werden, wenn sie es erfahren. Ich werde dann auch noch ganz kurz darauf eingehen, weil ich in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Gesprächen mit Handelsangestellten in diese Richtung geführt habe. (Amtsf. StR. Christine Schirmer: Herr Kollege! Geben Sie den guten Tip an die Unternehmer weiter!)

Selbstverständlich, denn da kommen wir jetzt gleich zu den europagerechten Löhnen. Hier können wir feststellen, daß diese Unternehmer, die Sie ansprechen, die europagerechten Löhne gerne bezahlen. Aber das können sie nur dann machen, wenn die Geschäfte offen sind. Wenn die Geschäfte zu sind und er kein Geschäft macht, kann der Unternehmer auch keine europagerechten Löhne zahlen. (Abg. Lustig: Sie sind ein Illusionist!) Das ist doch an sich völlig klar. (Beifall bei der FPÖ.) Daher meine ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß geschlossene Geschäfte in der Haupteinkaufszeit des Jahres, also um Weihnachten herum, zwar den Handelsangestellten durchaus mehr Freizeit vermitteln können (Amtsf. StR. Christine Schirmer: Sogar wenn Sie offenhalten könnten, haben manche geschlossen!), aber nicht die Überstundenzuschläge, die diese Angestellten zur Aufbesserung ihres Weihnachtseinkaufsbudgets vor den Weihnachtsfeiertagen auch dringend brauchen. Wer bessert sich nicht sehr gerne ein bißchen sein Weihnachtsbudget auf? Das ist die Situation, die die Handelsangestellten nun tatsächlich vorfinden. Daher meine ich, daß wir nicht zusperren, sondern aufsperren sollten, auch am 26. November 1988. (Abg. Ing. Svoboda: Sieben Tage in der Woche?) Nein... (Abg. Jank: 24 Stunden!)

Noch einmal, damit es hier kein Mißverständnis gibt. Ich bin nicht dafür, daß die Arbeitszeit der Handelsangestellten verlängert wird, sondern ich meine, daß es hier schlicht und einfach eine flexible Einteilung geben müßte. Und wenn es tatsächlich Überstunden gibt, so wie überall anders, müssen diese Überstunden natürlich abgegolten werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe gestern wieder eine ganze Reihe von Betriebsbesuchen gemacht und habe unter anderem ein großes Einkaufszentrum in Wien besucht. Ganz konkret, ich war beim HUMA-Markt in Simmering, bin dort mit der Geschäftsleitung und mit den gewählten Betriebsräten durch das zirka 40.000 Quadratmeter große Areal gegangen und habe dort die wirkliche Verbitterung über das Zusperren aus erster Hand zur Kenntnis gebracht bekommen, und zwar von den gewählten Betriebsräten. (Abg. Jank: Ich habe geglaubt von den Ungarn, die dort einkaufen!) Ich darf sagen, daß ich wenige Ungarn getroffen habe. Ich habe mich mit den Betriebsräten und mit den Angestellten dort unterhalten. (StR. Neusser: Sind die Ungarn schlechtere Zahler?) Herr Kollege Jank, ich will diese Fremdenfeindlichkeit da herinnen wirklich nicht hören! Das geht schlicht und einfach zu weit in dieser sehr ernsten Frage, wo es um die Bezahlung und um die Sorgen unserer Handelsangestellten geht. (Zwischenrufe bei der FPÖ und Gegenrufe bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Handelsangestellten dort haben mir ihre Sorgen vorgetragen und mir unter anderem schlicht und einfach auch gesagt, daß sie jetzt vor Weihnachten wirklich gerne an diesem Samstag gearbeitet hätten und wirklich gern ihre Überstunden gehabt hätten. Sie hätten wirklich gerne einmal mit Gewerkschaftsfunktionären direkt geredet und denen ihr Unbehagen

kundgetan. Ich empfehle daher den Funktionären der Gewerkschaft, wirklich hinzugehen und sich nicht wieder nur mit anderen Gewerkschaftsfunktionären zu unterhalten, sondern mit den Handelsangestellten, die sie ja vertreten sollen, um dort zu erfahren, was die Handelsangestellten darüber denken, daß sie hier schlicht und einfach um diese Überstundenzuschläge umfallen und jetzt weniger Geld vor Weihnachten haben. Tun Sie das, setzen Sie sich mit diesen Ihren Leuten auseinander, die Sie ja schließlich vertreten wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man Menschen, die wenig verdienen, bei ihrem knappen Einkommen Freizeit anstatt besseres Verdienen verordnet und Ihnen auch noch die heißbegehrten und notwendig gebrauchten Überstundengelder vor den Weihnachtsfeiertagen wegnimmt, gibt es wenig Verständnis dafür. Meine Damen und Herren, ich darf darauf hinweisen, daß die Bruttogehälter dieser Handelsangestellten bei 8.000 Schilling bis 10.000 Schilling liegen. Die bekommen tatsächlich so wenig und jetzt nimmt man ihnen auch noch ihre Überstundengelder weg. Gleichzeitig sehen Sie aber, daß über die Stadtgrenze hinaus, etwa in der SCS, die Handelsangestellten natürlich sehr wohl ihre Überstundengelder bekommen. Das verbittert die Leute. Die Betriebsräte sind verbittert und haben sich wirklich bedankt, daß wir dorthin gekommen sind. Die haben gesagt: "Gott sei Dank sind die Freiheitlichen stärker geworden. Schön wäre es, wenn sie noch stärker wären, damit wir hier zu einer entsprechenden Lösung kommen würden." Gerade dieser Geschäftsbesuch dort hat mich sehr positiv gestimmt und ich meine, daß wir für die Handelsangestellten in nächster Zeit durchaus einiges durchsetzen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es kann nicht nur meine Rolle sein, hier für die Handelsangestellten zu sprechen, sondern wir müssen natürlich die gesamte Wirtschaft sehen. Auch die gesamte Wirtschaft ist durch dieses Zusperren getroffen. Es ist ja auch schon aufgezeigt worden, daß etwa die Niederösterreichische Landesregierung jetzt sehr offensiv versucht, die Kunden aus Wien abzuwerben. Ich mache Sie nur darauf aufmerksam, daß jene Kunden, die von Wien weg einmal in die SCS oder in die umliegenden Gebiete fahren und dort eingekauft haben, dann natürlich auch wiederkommen werden. Das heißt, wir in Wien verlieren die Kunden. Ich meine daher, daß jetzt tatsächlich nicht nur ein einmaliger Kaufkraftabfluß stattfindet, sondern daß hier leider eine längerfristige Wirkung zu verzeichnen sein wird.

Meine Damen und Herren, ich fordere in dieser, wie mir scheint, ernsten Situation den Wiener Finanzstadtrat und Vizebürgermeister Mayr auf, durchaus auch als Obmann der Sozialistischen Partei, über die einzelnen Interessen, die es in einer so großen Partei natürlich auch gibt, darüber zu blicken und das Gesamtwohl unserer Stadt im Auge zu haben. Ich fordere natürlich auch den Herrn Landeshauptmann Zilk auf, gerade in dieser Frage nicht die Partei der Funktionäre zu ergreifen, die für das Zusperren sind, sondern die Partei der Wiener Bürger zu ergreifen, und zwar aller Wiener Bürger. Ich meine, daß der Herr Landeshauptmann auch die Vertretung der Handelsangestellten übernehmen soll, die ja in Wirklichkeit offenhalten wollen. Ich meine, daß der Herr Bürgermeister und Landeshauptmann auch die Geschäftsleute vertreten soll, die in Wirklichkeit natürlich offenhalten wollen, und daß der Herr Landeshauptmann schlußendlich auch an die Konsumenten denkt, denn auch die Konsumenten in Wien wollen, daß die Geschäfte offen sind. Nicht das Zusperren, sondern das Offenhalten der Verkaufslokale ist für ein florierendes Wirtschaftsleben notwendig. Nur offene Geschäfte können à la longue auch Europalöhne sichern. (Beifall bei der FPÖ.)

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Welan:** Als nächster Redner hat sich Landtagsabgeordneter Ing. Rolf Huber zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Rolf Huber:** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gehört schon sehr viel Zynismus dazu, Herr Stadtrat, hier herauszugehen und zu sagen, daß die Gehälter der Handelsangestellten erhöht gehören, ohne daß Sie selbst dazu irgend einen Beitrag leisten können oder wollen, denn... (Abg. Dr. Hirnschall: Wieso? Wir kaufen ein!) Tatsache ist, daß die FPÖ keine besonderen Maßnahmen gesetzt hat, um für die Gehälter und die Situation der Handelsangestellten einzutreten. (StR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Das ist nicht wahr!) Von 2.500 Gewerkschaftern des Handels sind zwei FPÖ-Gewerkschafter. Ich kenne keine spektakulären Aktionen dieser beiden Gewerkschafter, sondern sie haben sich auch mehr oder minder an die schwierige Situation anpassen müssen.

Ich bin froh, daß ich als Gewerkschafter des öffentlichen Dienstes hier stehen und die Frage beantworten darf, warum denn die Straßenbahnen und die Autobusse am Samstag und Sonntag oder in der Nacht fahren, denn als Gewerkschafter des öffentlichen Dienstes könnte ich natürlich leichten Herzens einer Liberalisierung der Ladenschlußzeiten zustimmen, oder als Politiker, der sehr wenig Freizeit hat. Eines verspreche ich Ihnen: Ich werde auch an diesen Samstagen nicht mehr ausgeben, als ich mir sowieso für Weihnachten vorgenommen habe. (Abg. Ingrid Kariotis: Sie!) Das heißt, die Einnahmen des Handels werden aus diesem Titel um keinen Schilling ansteigen. Das ist doch ein Unsinn, denn mehr als mein Geld kann ich ja gar nicht ausgeben! (StR. Neusser: Es ist die Frage wo?) In Wien selbstverständlich, Herr Stadtrat, werde ich das Geld für Weihnachten ausgeben. Das ist ja eh klar! (StR. Neusser: Die Frage ist, wo? - StR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Bei der SCS! Wir werden das genau anschauen!)

Im öffentlichen Dienst, da haben Sie recht, gibt es einige Berufszweige mit Arbeitszeitregelungen außerhalb der Normalarbeitszeit, etwa im kontinuierlichen Schichtbetrieb oder im Wechseldienst. Ich brauche nur die Spitäler, E-Werke, Gaswerke oder Verkehrsbetriebe anführen. Aber da ist schon ein Unterschied zum Handel. Im Unterschied zu den Handelsgewerkschaftern ist es den Gewerkschaftern im öffentlichen Dienst im Laufe der Jahre nach sehr harten, sehr schwerwiegenden und schweren Verhandlungen gelungen, Regelungen vor allem für die Kollegen zu erreichen, die unter außerordentlichen Belastungen zu leiden haben, also vor allem für jene, die im Schichtdienst und Wechseldienst tätig sind. (StR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Die Gewerkschaft im öffentlichen Dienst ist wirklich gut!) Ja, ja, das weiß ich Herr Stadtrat. (StR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: So gut ist sie auch wieder nicht!) Es konnten für diese Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst, die unter solchen außerordentlichen Belastungen zu leiden haben, sehr gute Dienstzeit-, Gehalts- und Freizeitregelungen erreicht werden. (Abg. Kirchner: Helfen Sie auch den anderen!)

Im Bereich des Handels ist das nicht deswegen nicht so gut gelungen, weil etwa dort die Organisationsdichte nicht ausreichend wäre oder weil die Gewerkschaft dort diese Forderungen nicht aufgestellt hätte oder sie nicht mit ausreichender Härte und Hartnäckigkeit verfolgt hätte, sondern ganz sicher deswegen, weil dort eine ganz andere Betriebsstruktur vorliegt, weil eben sehr viele Betriebe Kleinstbetriebe sind, die sehr schwer organisierbar sind. Daß es der Gewerkschaft des Handels trotzdem gelungen ist, die größte Organisationsdichte aller Handelsgewerkschaften zu erreichen, sagt doch einiges über die österreichische Gewerkschaft aus, und zwar über die Wirksamkeit dieser Gewerkschaft. (Beifall bei der SPÖ.) Ich glaube, daß die Begründung, warum die Situation dort so schlecht ist, auf der Arbeitgeberseite zu suchen ist, daß dort nur sehr geringes Verständnis für die Forderung dieser Arbeitnehmergruppe aufgebracht wird. Das ist eine der Ursachen, warum es heute im Handel so schlecht ausschaut. Nicht nur in Österreich, sondern im europäischen Vergleich sind die Handelsangestellten schlechter bezahlt. Nur für uns österreichische Sozialisten ist das halt keine befriedigende Situation, mit der wir uns abfinden müssen.

Wenn den Gewerkschaften vorhin militantes Verhalten wegen der Ladenschlußzeiten vorgeworfen wurde, so möchte ich sagen, daß eines der Probleme der Gewerkschaft des Handels eben jenes ist, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund folgende Parole an die Spalte gestellt hat: "Eine ruhige und friedliche Entwicklung in einem Land, in dem man gerne leben möchte, in dem man sich verwirklichen kann und in dem nach demokratischer Gesinnung gesucht wird."

Daher haben alle jene Gewerkschaften eine leichtere Situation vorgefunden und sich besser mit ihren Forderungen durchsetzen können, die auf einen verständnisvollen Arbeitgeber trafen, wie zum Beispiel im öffentlichen Dienst. Das ist ja ein Problem, das ich hier auch erwähnen möchte. Ein Abkommen, das man im öffentlichen Dienst abschließt, das im öffentlichen Dienst verhandelt wird, wird von der Arbeitgeberseite auch strikt eingehalten. Man kann sich darauf verlassen. Es hat sich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in diesem Bereich ein sehr gutes Vertrauensverhältnis ergeben. Das sind aber alles Probleme, die im Bereich des Handels leider nur unbefriedigend gelöst sind. Sehr viele Verhandlungspunkte werden dann in der Praxis nicht eingehalten und sind kaum kontrollierbar in den kleinen Betrieben.

Das ist die Situation, die für den Handel und für die Gewerkschafter im Handel so problematisch und schwierig ist. Ich meine, daß es daher wichtig gewesen wäre, wenn von den Parteien im Wiener Landtag nicht noch Öl ins Feuer gegossen worden wäre, sondern wenn sie beruhigend gewirkt und geschaut hätten, daß vor allem einmal die unattraktive Situation für die Angestellten im Handel verbessert wird. Wir leiden heute im Handel unter einer sehr unattraktiven Arbeitszeit - die Vorrednerin meiner Fraktion hat das ausgeführt -, häufig unter schlechten Arbeitsbedingungen und unter einer unterdurchschnittlichen Bezahlung. Von Frau Abg. Kariotis wurde auf den niedrigen Lohnanteil in den Supermärkten hingewiesen, zirka vier Prozent vom Umsatz. Die Gehälter im Handel liegen 50 Prozent unter den Industriegehältern. Mir genügt es nicht, daß die Ertragslage im Handel gut ist, unsere Forderung geht dahin, daß auch die Angestellten den entsprechenden Anteil dafür bekommen. Das heißt, die Forderung nach Liberalisierung der Arbeitszeit ohne entsprechendes leistungsgerechtes Gegenangebot lehnen wir ab.

Und die Aufforderung zum Rechtsbruch, die Aufforderung sich nicht an eine gegebene Rechtssituation zu halten, finden wir empörend. Als Gewerkschafter, die wir uns an die Rechte und Pflichten dieses Staates genau gehalten haben und die Spielregeln dieses Staates immer genau eingehalten haben, finden wir das empörend. (Beifall bei der SPÖ.)

In Ihrer Wortmeldung, Frau Abgeordnete und Herr Stadtrat, sind Sie mit keinem einzigen Punkt, mit keinem Nebensatz, mit keiner noch so kurzen Bemerkung auf die Problematik der Handelsangestellten eingegangen, auf ihre persönliche Situation. (Abg. Dr. Hirnschall: Oh, doch! Sie ist ausführlich behandelt worden!) Nein, ich habe sehr genau aufgepaßt. (Abg. Dr. Hirnschall: Ja, ja!) Sie haben gesagt, daß die Gehälter zu niedrig sind. Ich bin gespannt, welches Angebot die Österreichische Volkspartei in der nächsten Anfrage bringen wird, ob Herr Abg. Freitag dann alle seine Wünsche zurücknehmen kann, aufgrund der großzügigen Angebote, die die ÖVP unterbreiten kann. Aber auf die persönliche Situation der Frauen im Handel, um ein Beispiel zu nennen, sind Sie mit keinem Wort eingegangen, weil Sie das nicht interessiert, weil das für Sie keinen Stellenwert hat. (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Ingrid Kariotis: Dann haben Sie mir nicht richtig zugehört! - StR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Sie haben ihr nicht zugehört!) Es ist halt ein Problem für eine Frau, und es sind überwiegend Frauen in diesen schlecht bezahlten und schlechten Positionen im Handel eingesetzt. Und Sie rufen jetzt noch den Handel auf, das Abkommen, das zwischen den Sozialpartnern bereits abgeschlossen war, einseitig zu brechen. (StR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Wir haben mit den Betriebsrättinnen gesprochen!) Das ist eine Praxis, die zwischen den Sozialpartnern bisher nicht üblich war und ich bedauere, wenn wir von diesem Weg abweichen, der Österreich in eine sehr gute und sehr glückliche Situation gebracht hat. (StR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Jetzt denken Sie, ob die Leute in dieser Situation glücklich sind! Mit 8.000 Schilling im Monat werden sie nicht besonders glücklich sein!) Ja, das ist ein Problem. Nur die Familiensituation dieser Frauen, daß sie Kinder zu betreuen haben (Abg. Ingrid Kariotis: Teilzeitarbeitsplätze!), daß in dieser Zeit dann auch Kindergärten zur Verfügung stehen müssen et cetera, all diese Dinge sind durch Freizeitregelungen auch nicht zu lösen, sondern nur unter Bedachtnahme auf diese persönlichen Probleme. (Abg. Ingrid Kariotis: Sie haben die Industrie erwähnt!) Aber ich gebe zu, Sie bekennen sich nicht dazu. Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie die Handelsangestellten hier nicht vertreten wollen. (StR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Wir vertreten sie schon!) Wir Sozialisten werden das mit aller Vehemenz tun. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich nehme daher an, daß der Appell an Solidarität und an gegenseitiges Verstehen keinen Sinn hat. Ich weiß nicht, ob die Österreichische Volkspartei durch das Wort Weihnachtsfrieden zu beeindrucken sein wird. Ich nehme an, daß das hier auch keinen besonderen Stellenwert haben wird. Mir persönlich ist wichtig, daß wir Sozialisten uns nicht entmutigen lassen und das Anliegen der Handelsangestellten weiter mit aller Vehemenz vertreten, vor allem das Anliegen jener Frauen, die schlecht bezahlt sind, die die Doppelbelastung von Beruf und Haushalt zu ertragen haben, deren Rechte nicht immer anerkannt werden und für die die ÖVP und FPÖ Offensichtlich kein Mitgefühl entwickeln können. Dafür fühlen wir uns zuständig, egal ob das populär ist oder nicht. Das ist eine Aufgabe der Sozialisten, die wir erfüllen müssen und die wir erfüllen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Ing. Hofmann: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Der Herr Landeshauptmann hat

sich zur mündlichen Beantwortung zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmann Dr. **Zilk**: Frau Abgeordnete! Zum Punkt eins: Die Stadt Wien hat gemeinsam mit der Handelskammer beginnend im Sommer 1983 eine Aktion "Einkauf in Wien" durchgeführt, die mit 31. Dezember 1987 geendet hat. Für den ganzen Zeitraum sind der Stadt Wien daraus Kosten von 37,3 Millionen Schilling entstanden.

Zum Punkt zwei: Ich nehme nicht an, daß es überhaupt zu einem Geschlossenhalten der Geschäfte am 26. November kommen wird. Ich bin nämlich überzeugt und weiß - ich kenne genügend Kaufleute -, daß sie hier über die entsprechende Flexibilität verfügen werden, um im Sinne der im Ladenschlußgesetz gegebenen Wahlmöglichkeiten am 26. November die Geschäfte offenzuhalten, umso mehr als die bisherigen Erfahrungen mit dem Donnerstagabend-Verkauf und auch mit den ersten Samstagen in den letzten Monaten bekanntlich als außerordentlich fragwürdig und schlecht referiert worden sind. Ich kann mir keinen Geschäftsmann vorstellen, der justament nur deshalb, um Ihnen oder anderen eine Freude zu machen, den ersten Samstag offenhält und den 26. nicht. Im übrigen entnehme ich einer Aussendung der Wiener Handelskammer vom 14. Dezember 1987 - also mitten aus dem Vorweihnachtsgeschäft - die Feststellung: "In der Beurteilung zeigt sich, daß die Einkaufssamstage selbst nicht so gut abschneiden, wie das Weihnachtsgeschäft insgesamt." Das ist nicht von mir, sondern von der Handelskammer.

Zum Punkt drei: Im Hinblick auf meine Ausführungen zum Punkt zwei erwarte ich mir für die Gesamtheit des Weihnachtsgeschäfts daher keine Einnahmenausfälle.

Zum Punkt vier: Der 8. Dezember ist ein gesetzlicher Feiertag. Ich habe nicht die Absicht, an diesem Tag das Offenhalten der Geschäfte in Wien zuzulassen. Ich weiß mich hier eins mit dem Erzbischof von Wien und der Österreichischen Bischofskonferenz.

Zum Punkt fünf: Es versteht sich für mich von selbst, daß ich in allen wichtigen Fragen das Einvernehmen mit den amtsführenden Stadträten pflege - das entspricht meinem Demokratieverständnis -, keine einsamen Entschlüsse fasse und daher selbstverständlich auch und erst recht mit dem amtsführenden Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Ing. Hofmann:** Ich danke. Mit dieser Beantwortung ist die Anfrage erledigt.

Herr Abg. Johannes Prochaska hat einen Antrag eingebracht, der bezweckt, daß die Mitteilung des Landeshauptmannes in der heutigen Sitzung gemäß § 17 Abs. 2 der Geschäftsordnung besprochen werden soll. Ich frage den Landtag, ob er diesem Antrag beitritt und erteile um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist so beschlossen. Wir kommen nun zur Besprechung dieser Mitteilung. (Hinweis von Abg. Dr. Goller, daß die Besprechung erst am Ende der Verhandlung erfolgen kann.) Entschuldigung, die Besprechung kann erst am Ende der Sitzung stattfinden.

Wir kommen daher zum Antrag der Abgen. Nettig und Mag. Eva Petrik auf dringliche Behandlung des Antrages, betreffend die Öffnung der Wiener Geschäfte am ersten Adventsamstag 1988 bis 18 Uhr. Gleichzeitig wurde von der im § 44 Abs. 3 der Geschäftsordnung festgesetzten Anzahl von Abgeordneten die Verlesung dieses Antrages verlangt. Ich bitte daher den Schriftführer, den Antrag zu verlesen.

**Schriftführer Abg. Rosemarie Wallner:** "Dringlicher Antrag der ÖVP-Abgeordneten Walter Nettig und Mag. Eva Petrik, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 28. Oktober 1988, betreffend Öffnung der Wiener Geschäfte auch am ersten Adventsamstag 1988 bis 18 Uhr.

Während im Wiener Umland am ersten Adventsamstag die Geschäfte bis 18 Uhr geöffnet sein werden, wurde dies den Wiener Geschäftsleuten durch eine Verordnung des Landeshauptmannes vom 21. Oktober 1988 untersagt. Diese Regelung beruht auf dem Ladenschlußgesetz, das den Landeshauptmann ermächtigt, das Offenhalten der Geschäfte am ersten Adventsamstag zu ermöglichen, während die restlichen drei Adventsamstage bereits durch dieses Bundesgesetz als lange Einkaufssamstage geregelt sind.

Dieser Alleingang Wiens durch die Verordnung des Landeshauptmannes bedeutet einen großen Nachteil für die Wiener Wirtschaft und die Wiener Konsumenten. Während voraussichtlich in ganz Österreich von der Möglichkeit des Offenhaltens Gebrauch gemacht wird, müssen in Wien am 26. November, dem ersten Adventsamstag, die Geschäfte nachmittags geschlossen halten. Dies bedeutet einen Kauf-

kraftverlust von mehreren 100 Millionen Schilling (Lhptm. Dr. Zilk: Das ist falsch!), da an diesem Samstag viele Käufer in das Wiener Umland, vorwiegend nach Niederösterreich, ausweichen werden. Es entsteht dadurch ein großer finanzieller Schaden für viele Wiener Geschäftsleute, für die das Weihnachtsgeschäft einen wesentlichen Teil des Jahresumsatzes ausmacht. So beträgt zum Beispiel bei Uhren und Schmuck der Umsatz im vierten Quartal 40 Prozent des Jahresumsatzes, bei Spielwaren und Sportartikeln 37,8 Prozent, bei Lederwaren 33 Prozent, bei Elektroartikeln 37,3 Prozent und bei Textilwaren 37,2 Prozent.

Diese 'Rolladenverordnung' von Landeshauptmann Dr. Zilk für den ersten Adventsamstag widerspricht darüber hinaus nicht nur den Wünschen und Zielsetzungen von flexibleren Ladenöffnungszeiten, sondern bricht auch mit einer Tradition der langen Einkaufssamstage vor Weihnachten.

Da diese Angelegenheit im Interesse Wiens und der Wiener Wirtschaft aktuell und dringlich ist, stellen die gefertigten ÖVP-Abgeordneten gemäß § 44 Abs. 1 und 3 der Geschäftsordnung des Wiener Landtages folgenden dringlichen Antrag:

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

1. Der Herr Landeshauptmann möge die Verordnung vom 21. Oktober 1988, mit der die Wiener Geschäfte nur an den letzten drei Samstagen vor Weihnachten offenhalten dürfen, umgehend ersatzlos aufheben.

2. Die bestehende Regelung des § 16 der Wiener Ladenschlußverordnung ist in Geltung zu belassen, wodurch auch am ersten Adventsamstag, dem 26. November 1988, die Möglichkeit für die Wiener Geschäfte besteht, bis 18 Uhr offenzuhalten.

In formeller Hinsicht beantragen wir gemäß § 44 der Geschäftsordnung des Wiener Landtages die Verlesung und die dringliche Behandlung dieses Antrages in der heutigen Landtagssitzung sowie die Zuweisung an den Herrn Landeshauptmann."

**Präsident Ing. Hofmann:** Zur Begründung des Verlangens auf Dringlichkeit erteile ich Herrn Abg. Nettig das Wort, wobei ich bemerke, daß gemäß § 44 Abs. 2 der Geschäftsordnung die Redezeit mit fünf Minuten beschränkt ist.

**Abg. Nettig:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben unseren Antrag gehört, ich muß jetzt ein bißchen ausweiten und ausführen.

Zusammenhang besteht ja auch unmittelbar mit einer schriftlichen Vereinbarung mit den Sozialpartnern vom 25. April 1988. Wie Sie ja wissen, haben wir ja jahrzehntelang um eine Flexibilisierung gerungen. Wir sind dann zu einer Vereinbarung gekommen, die ich in einer wesentlichen Passage zitieren darf: "Das Modell erweiterter Öffnungszeiten soll für einen Zeitraum von 15 Monaten erprobt werden. Der Beobachtungszeitraum soll vom 1. September 1988 bis 31. August 1989 laufen. Aufgrund der Erfahrungen von 12 Monaten - und zwar 12 Monate Laufzeit des Modells - sollen weitere Sozialpartnergespräche in der Maximaldauer von drei Monaten erfolgen, um zu einem endgültigen Abschluß des Versuchszeitmodells zu gelangen, zusätzlich und unbeschadet der derzeit bestehenden Öffnungszeitenregelung." Also von der Vereinbarung her ist es eine eindeutige, wie wir meinen, Angelegenheit. Aufgrund dieser Vereinbarung haben wir auch unsere Vorbereitungen getroffen. Es wurden Weihnachtsplakate wie jedes Jahr gedruckt, mit diesen vier Samstagen, wir haben unsere Mitglieder dahingehend informiert und es wurden auch entsprechende Aktivitäten gesetzt.

Die wirtschaftliche Situation, meine Damen und Herren, ist vielleicht ebenfalls bekannt. Ich darf aber sagen, daß wir im Raum Wien rund 32.000 Betriebe mit 110.000 Mitarbeitern haben. Davon sind zwei Drittel Klein- und Mittelbetriebe. Daß die Bedeutung der Monate November und Dezember für den Wiener Handel eine ganz besondere ist, das, glaube ich, wissen Sie. Wenn nicht, dann darf ich es noch einmal erwähnen. Es ist ja angeklungen, daß einige Branchen zwischen 30 und 40 Prozent ihres Umsatzes in diesen beiden Monaten machen. Darüber hinaus geht es bei einigen wenigen Branchen bis zu 70 Prozent. Diese beiden Monate, meine Damen und Herren, sind entscheidend dafür, ob diese Betriebe mit Gewinn oder Verlust arbeiten. (Mikrofonausfall.) Es geht schon wieder, danke. Also bitte noch einmal. (Abg. Zeihsel: Da funktioniert überhaupt nichts in diesem Haus!) Das Thema ist für uns wirklich so ernst,

daß ich es Ihnen mit einer starken Betonung darlegen möchte. (Mikrofonausfall.) Jetzt geht es wieder. Also für die meisten dieser 32.000 Wiener Handelsbetriebe sind die Monate November und Dezember lebenswichtig. (Neuerlicher Mikrofonausfall.) Das muß eine Sabotage sein, Herr Freitag. (Heiterkeit. - Abg. Freitag: Wir haben nichts damit zu tun!)

Ich probiere es noch einmal. Diese Monate November und Dezember sind für den Wiener Handel von erheblicher Bedeutung. Ich kann Ihnen wirklich glaubhaft beweisen, daß es davon abhängt, daß man jede Stunde in diesen beiden Monaten nützt, denn das ist entscheidend, ob ein Betrieb Gewinn oder Verlust macht. Ich habe vorher gehört, daß es ja nicht nur entscheidend ist, daß im Handel entsprechende Gewinne oder ordentliche Erträge gemacht werden. Ich darf Sie beruhigen, obwohl es für mich keine Beruhigung ist. Wir hatten zwar im ersten Halbjahr 1988 eine steigende Tendenz, aber das Betriebsergebnis wurde denkbar verschlechtert.

Zum Samstag selbst darf ich folgendes sagen: Es wurde erwähnt, daß der Samstag keine wesentliche Bedeutung hat, daß es ein schwacher Samstag ist. Was den Umsatz betrifft, so mögen Sie recht haben, aber er ist einer der frequentiertesten Tage im Weihnachtsgeschäft. Die Familien können Informationen einholen, sie können in Ruhe die Ware anschauen, sie können sich beraten lassen. Das Verkaufspersonal wird nicht überfordert und im Anschluß daran wird dann der Verkauf getätig. Bitte sagen Sie nicht, daß es ein Samstag ist, der uns nichts bringt. Ganz im Gegenteil, dieser Samstag hat hohen Informations- und Beratungscharakter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf ja nachher im Detail dazu Stellung nehmen und werde dies auch ausführlich tun, auch zu dem Thema Handelsangestellte. Auch dazu ist ja einiges zu sagen, weil ich der Meinung bin, daß die Handelsangestellten sehr wohl, im Gegensatz zur Meinung der Gewerkschaft, daran interessiert sind, daß wir diesen Samstag offenhalten. (Amtsf. StR. Christine Schirmer: Da werden doch hoffentlich alle offenlassen am 26. November!) Meine Damen und Herren, aufgrund dieser meiner, wie ich meine, zwingenden Argumente erteile ich Sie, unserem dringlichen Antrag die Zustimmung zu geben. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Ing. Hofmann:** Wir kommen zur Abstimmung über die dringliche Behandlung des Antrages. Ich bitte jene Damen und Herren des Landtages, die für die dringliche Behandlung sind, die Hand zu erheben. - Ich danke, das ist so beschlossen.

Nun hat der Landtag ohne Debatte zu entscheiden, ob die dringliche Behandlung in dieser öffentlichen Sitzung, also heute, oder in der nächstfolgenden stattfinden soll. Der Antragsteller schlägt vor, die dringliche Behandlung in der heutigen öffentlichen Sitzung des Landtages durchzuführen. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Landtages, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, die Hand zu erheben. - Danke, das ist auch so beschlossen.

Bei der nun folgenden Besprechung des Antrages beträgt die Redezeit gemäß § 44 Abs. 4 der Geschäftsordnung für jeden Redner höchstens 20 Minuten. Ausgenommen von dieser Beschränkung sind der Herr Landeshauptmann und jenes Mitglied der Landesregierung, dem der Antrag zugewiesen wird.

Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Nettig. Ich erteile es ihm.

**Abg. Nettig:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun darf ich Ihnen meine Meinung zu diesem Thema sagen. Ich erwähne nur, daß ich weiß, wovon ich spreche. Ich war selbst jahrelang Angestellter. Ich feiere nächstes Jahr mein 40jähriges Handelsjubiläum, wenn Sie so wollen. Ich habe von einem Geschäft ausgehend meine Firma aufgebaut und bin, um Mißverständnisse vielleicht von vornherein zu vermeiden, wirtschaftlich zu 95 Prozent in Wien beheimatet.

Zur rechtlichen Situation. Ich habe vorher schon diese Vereinbarung verlesen, darf aber den wesentlichen Satz noch einmal erwähnen: "Zusätzlich und unbeschadet der derzeit bestehenden Öffnungszeitenregelungen." Das ist für uns ein ganz klarer Fall einer Vereinbarung. Diese Vereinbarung wurde von der Sozialpartnervereinigung auf der Gewerkschaftsseite vom leitenden Sekretär Freitag und der Sekretärin Monika Fischer eigenhändig unterschrieben. Also wenn Sie mich fragen: Ich verstehe die ganze Aufregung nicht, denn das ist doch ein ganz klarer Fall. Uns nützt es natürlich nichts, wenn uns

jedes Rechtsgutachten recht gibt, eine Verordnung aber diesen Samstag streicht. Wir werden das Urteil selbstverständlich anfechten, nur bis das zum Tragen kommt, ist natürlich der Monat November längst vorbei und den Schaden haben der Wiener Handel und die Wiener Bevölkerung. Aus diesem Grunde, meine sehr geehrten Damen und Herren, würde ich doch sagen, daß man in Zukunft rechtsverbindlich getroffene Vereinbarungen einhält und diese nicht im nachhinein in einer - wie ich meine - Nacht-und-Nebel-Aktion wieder aufhebt, sehr zum Schaden der Wiener Wirtschaft, denn überall anders wurde diese Vereinbarung ja auch geschlossen.

Wir haben jetzt die Situation, daß in den umliegenden Bundesländern an diesem Samstag sehr wohl geöffnet wird. Jetzt schon werden dort in aller Eile Werbemaßnahmen getroffen, um diesen Umsatz, der auf die Kollegen wartet, quasi umzulenken. Herr Kollege Freitag, ich werde sicherlich keinen Werbefeldzug für Niederösterreich machen. Das brauche ich auch gar nicht, denn die machen sich diesen Werbefeldzug schon selber. Ich darf Sie erinnern, daß, nachdem zu meinem Bedauern diese schöne Gemeinschaftsaktion "Einkauf in Wien" vom Wiener Wirtschaftsförderungsinstitut eingestellt worden ist, die Wiener Kammer und die Sektion Handel sicherlich mit einem knapperen Budget diese Aktion fortgesetzt haben, und zwar unter dem Titel "Kauf lieber in Wien". Wenn Sie die Radiospots verfolgen, dann werden Sie feststellen, daß wir nicht auf Niederösterreich hinhauen oder hinpecken, sondern auf das Ausland. Man soll lieber in Wien kaufen und nicht in Paris, in München oder in London, denn Wien ist eben sympathisch und Wien ist sicherlich von seinem Erscheinungsbild her heute europareif.

Wenn Sie heute ein bißchen über den Handel losgezogen sind, dann schauen Sie sich doch an, was in den letzten Jahren und Jahrzehnten passiert ist. Die Geschäfte sind attraktiver geworden, die Ware ist international geworden (Abg. Schiel: Die Preise auch!), das Personal ist besser geworden. Und die Preise, da sind Sie selber schuld, da müssen wir einmal über die Abgaben reden. Stellen Sie einmal Vergleiche an, sagen Sie nicht ungeprüfte Sachen. Vergleichen Sie einmal Videogeräte; die sind bei uns billiger als in der Bundesrepublik. Ich glaube, bevor Sie so eine Behauptung aufstellen, müßten Sie sich einmal im Detail informieren.

Jetzt kommen wir zu den Einkaufsgewohnheiten. (StR. Dr. Busek: Zum Beispiel einkaufen gehen am ersten Einkaufssamstag!) Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist doch so, daß - ich habe es erwähnt - der erste Einkaufssamstag einen hohen Grad an Informationswert hat, und die Wiener Bevölkerung hat sich daran gewöhnt. Sie sagen jetzt, daß wir ihn natürlich mit dem 5. November austauschen könnten. Entgegen der Meinung einiger Gewerkschaftsfunktionäre ist diesem Modellversuch nach einem holprigen Anlauf aber sehr wohl ein gewisser Erfolg beschieden, und zwar in der Form, daß sich aller Voraussicht nach der erste Samstag als der offene Einkaufssamstag herauskristallisieren wird. Es wäre doch schade, wenn wir jetzt durch diese Verwirrung die Bevölkerung... (Amtsf. StR. Christine Schirmer: Die Konsumenten haben den ersten Samstag schon angenommen!) Frau Stadtrat, Sie haben wahrscheinlich nicht die richtigen Informationen. Ich habe Kontakt zu den einfachen Händlern, Sie nicht. Nein, Sie haben sicher... (Amtsf. StR. Christine Schirmer: So, ja, ich gehe zufälligerweise auch einkaufen!) Glauben Sie mir das, Sie haben ihn sicher nicht (Beifall bei der ÖVP.), denn als ich mir Ihre Aussendung angesehen habe, in der steht, daß dieser Samstag doch für zwischenmenschliche Beziehungen genutzt werden soll, habe ich drei Krokodilstränen vergossen. Das ist kein Argument, Frau Stadtrat, seien Sie mir nicht böse. (Amtsf. StR. Christine Schirmer: Ich habe nicht von diesem Samstag gesprochen; Sie müssen es ein bissel besser auswendig lernen!) Nein, nicht lernen, ich weiß, wovon ich spreche. Es ist schon sehr lange her, daß Sie in einem Betrieb waren (Abg. Dinhof: Ich ja!), Frau Stadtrat. Glauben Sie mir, das, wovon ich spreche, kommt aus der Praxis. (Amtsf. StR. Christine Schirmer: Glauben Sie, ich bin nicht beruflich tätig gewesen? Ich getraue mich zu behaupten, daß ich viel mehr einkaufen gehe als Sie! Nicht nur Fotogeräte, sondern für meine Familie!)

Und dann kommt ja noch etwas dazu. Genauso wie Herr Stadtrat Pawkowicz gehe auch ich in Betriebe. Das in den Betrieben sind organisierte Mitarbeiter, die bedauern, speziell die vom Handel, daß es heuer diesen Samstag nicht gibt, da sie wissen, daß sie eine Verpflichtung gegenüber dem Betrieb dort haben. Außerdem verdienen sie in diesem einen Monat wahrscheinlich mehr, als die Prämien und

die Umsatzbeteiligungen im ganzen halben Jahr davor ausgemacht haben.

Wien bewirbt den Tourismus. Wir haben eine hervorragende Zusammenarbeit mit der Stadt Wien, um den Anteil der Gäste zu steigern. Ich muß ehrlich sagen, weil ich vorher Ungarn gehört habe: Ein ungarischer Tourist ist mir ebenso lieb (Amtsf. StR. Christine Schirmer: Hoffentlich sagen Sie das auch zum Thema Mariahilfer Straße!) und wert wie ein italienischer oder ein amerikanischer, solange er nach Wien kommt und hier sein Geld ausgibt. (Beifall bei der ÖVP.)

Und nun zum Thema Handelsangestellte. Jawohl, ich habe mich erkundigt. Wenn man über den bisherigen Ladenöffnungsversuch geteilter Meinung sein kann, dann gebe ich zu, daß sogar bei uns die Meinung uneinheitlich ist, wiewohl ich nicht verhehlen möchte, daß besonders von einigen sozialistischen Spitzenfunktionären versucht wurde, mich dahingehend zu beeinflussen, mich für diesen Modellversuch zu begeistern und ihn zu unterstützen. Trotz alledem darf ich Ihnen auch meinen Standpunkt dazu sagen: Jawohl, ich bekenne mich zu diesem Modellversuch. Ich bekenne mich aber nicht zu einem überdehnten Versuch, und als der Wirtschaftsminister einmal vorgeschlagen hat, die Geschäfte mögen zwischen 6 und 22 Uhr offenhalten, habe ich mich vehement dagegen ausgesprochen. Für eine überhöhte Ausdehnung habe ich persönlich nichts über, weil ich weiß, was das für uns, für die Geschäfte, für die Mitarbeiter bedeuten würde. Diese Linie habe ich auch immer vertreten. Ich stehe aber zu diesem Modellversuch und dazu, daß wir selbstverständlich auch mit diesem Samstag im November gerechnet haben.

Jetzt zu den Handelsangestellten. Es ist richtig, daß das Gehaltsniveau in Österreich sicherlich niedriger ist als vielleicht in anderen Bereichen. Aber so, wie Sie es darstellen, ist es sicher nicht. Wenn Sie sich das nämlich im Detail anschauen, dann werden Sie draufkommen, daß Kollektivvertragsgehälter hauptsächlich in organisierten Großunternehmen gezahlt werden. Die Überzahlungen, die ja tatsächlich stattfinden, finden Sie nämlich in Klein- und Mittelbetrieben. Dort, wo man die Arbeit der kleinen und mittleren Kollegen beziehungsweise die Zusammenarbeit mit ihren Mitarbeitern besser orten kann, wo leistungsbezogen bezahlt wird, ist die Bezahlung in der Regel weitaus besser als die Kollektivvertragslöhne. Und wenn Sie hier Europalöhne heranziehen, dann dürfen Sie aber auch nicht übersehen, daß wir 14 Gehälter haben, daß wir Sozialleistungen haben, die es in der Bundesrepublik oder der Schweiz nicht gibt. Herr Freitag, Sie wissen das ganz genau. Wenn man das dann alles zusammenlegt, dann kommt man drauf, daß man von den Europaländern nicht so weit entfernt ist. Mir - aber das steht auf einem anderen Blatt - als Unternehmer wäre ja überhaupt angenehmer, ich könnte dem Mitarbeiter sagen: "Da sind die 15.000 Schilling, bezahle dir die Krankenkasse und die Abgaben selber." Dann wäre ein Konkurrenzkampf bei den Versicherungen und bei der Krankenkasse gegeben, was aber leider nicht der Fall ist, und der Mitarbeiter sieht natürlich das Endergebnis, sieht aber nicht, was zwischen dem Bruttogehalt und dem auszuzahlenden Betrag für Leistungen erbracht werden. Also so schlecht, wie Sie für die Handelsangestellten das Ergebnis darstellen, ist es wahrlich nicht.

Ich darf auch eine Umfrage erwähnen, die Sie, Herr Sekretär Freitag, erkennen werden. Was bewegt einen Handelsangestellten heute? Nummer eins ist sicherlich das Gehalt, Nummer zwei ist ein sicherer Arbeitsplatz, Nummer drei ist der berufliche Aufstieg und Nummer vier ist die Arbeitszeit. Ich bin auch der Meinung, Herr Kollege Freitag, daß sie manchmal an den Wünschen der Kollegen vorbeigehen. Wir haben das auch bei den letzten Verhandlungen bezüglich der Öffnungszeiten gesehen. In diesem speziellen Fall, Herr Freitag, bin ich restlos überzeugt, daß die Mehrheit der Mitarbeiter für die Beibehaltung dieses offenen Samstags ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Jetzt komme ich zur Stimmung in der Bevölkerung. Sie sind genausoviel unterwegs wie ich. Für mich war der letzte Feiertag symptomatisch. Egal ob Sie bei einem Spaziergang im Prater sind, ob Sie zu Mittag in ein Gasthaus gehen, ob Sie am Nachmittag am Sportplatz oder am Abend beim Heurigen sind, das ist in Wien das Thema Nummer eins und 80 Prozent der Wiener Bevölkerung verstehen diese Verordnung nicht. Und die Mitteilung des Herrn Landeshauptmannes, mit einem kleinen Augenzwinkern, daß er seinen Kollegen keine Überstunden verordnen wird, um allfällige Bestrafungen durchzuführen, ist sicherlich ein kleiner Hinweis zum Offenhalten. Das ist aber für uns keine Sicherheit und auch keine

Empfehlung in dem Sinn, denn entweder befinden wir uns - da muß ich auch der Kollegin recht geben - in einem Land, wo die Gesetze eingehalten werden, oder nicht. Ich darf auch folgendes betonen, da ich auch heute wieder von der "Arbeiterzeitung" gefragt wurde: Ich werde als Kammerfunktionär und als Unternehmer sicherlich keinerlei Empfehlungen abgeben, diese für mich unverständliche Verordnung zu brechen. Ich kann natürlich nicht ausschließen, daß der eine oder andere Kollege von einer Öffnung Gebrauch machen wird. Von Seiten der Interessenvertretung wird dies in keiner Weise, wie fälschlicherweise in einer Aussendung von Ihnen behauptet wird, empfohlen.

Und nun möchte ich subsumieren. Es ist dies meiner Meinung nach eine sehr, sehr unglückliche Entscheidung. Die Stimmung, wie sie draußen auf der Straße ist, wie sie in den Betrieben ist und wie die Wienerinnen und Wiener empfinden, ist nicht durchgekommen. Das heißt, es wird eine Entscheidung gegen das Interesse der Bevölkerung, sowohl was die Einkaufsgewohnheiten betrifft als auch was den Kaufkraftabfluß ins Ausland betrifft. Eigentlich stellt es auch einen Imageverlust für Wien dar und letztlich - auch das möchte ich sagen - schädigt es die Wiener Wirtschaft, die von den Betriebsergebnissen her derzeit sicherlich nicht sehr viel zu lachen hat. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, würde ich den Herrn Landeshauptmann sehr bitten, diese Entscheidung noch einmal zu überlegen. In meinen Augen hat er überhaupt keinen Gesichtsverlust, wenn er heute sagt, daß er die Verordnung aufgrund neuer Erkenntnisse aufhebt. Er ist leider nicht anwesend, aber ich würde ihm dringend raten, daß er diese Verordnung prompt aufhebt. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Ing. Hofmann:** Als nächster Redner ist Herr Abg. Freitag gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Freitag:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Schon allein aus der Textierung des Antrages geht hervor, daß es die ÖVP mit der Genauigkeit der Feststellung, ob etwas rechtens ist oder nicht, offenbar nicht so genau nimmt. Hier möchte ich das vielleicht speziell auf den Wirtschaftsteil der ÖVP reduzieren. (Abg. Mag. Dipl.-Ing. Regler: Die ÖVP ist eine Einheit! - Abg. Dr. Goller: Im Gegensatz zu Ihnen!) Daß die Verordnung, die hier getroffen wurde, ein Offenhalten am 26. November nicht erlaubt, das wagt nachher hoffentlich niemand mehr zu behaupten. Selbstverständlich ist ein Offenhalten am 26. November möglich. Es ist nur nicht möglich, zwei lange Samstage im November offenzuhalten. Das ist heute auch keine Erstmitteilung, die von unserer Seite gemacht wird, denn wenn Sie die Presseaussendungen der vergangenen Tage und Wochen zur Hand nehmen, können Sie feststellen, daß das schon sehr oft gesagt wurde, insbesondere auch von Frau Stadtrat Schirmer mitgeteilt wurde.

Aber jetzt möchte ich zum allgemeinen Klima etwas sagen, zur Frage der Öffnungszeiten, die uns immer wieder bewegt. Ich habe hier die Feiertagsausgabe des "Kurier" in der Hand. Heute ist schon vom Weihnachtsfrieden gesprochen worden, aber hier gibt es Kriegsberichterstattung. Ich darf vorlesen. Nein, das ist ein anderer Krieg. Da steht, neuer Krieg um Plastik- oder Holzfenster, ich meine den Krieg um den Ladenschluß auf der Rückseite. Das ist also wirklich eine starke Kriegsberichterstattung in diesem Blatt. Ich möchte das allerdings nicht den Medien vorhalten, denn wenn man sich die Äußerungen von Ihrer Seite in den letzten Wochen ansieht, muß man zur Auffassung gelangen, daß hier tatsächlich Kampfhandlungen vorbereitet werden. Wir von der sozialistischen Fraktion, wir von der Gewerkschaft beabsichtigen nicht, dieses Thema, das wir eigentlich schon für die nächsten 15 Monate erledigt geglaubt haben, jetzt wiederum zum Kampfthema zu machen.

Aber wer hat uns in diese Situation gebracht? Was ist eigentlich schuld an dieser unangenehmen Situation, in der wir uns befinden, mit der übrigens Herr Präsident Sallinger, wie er uns in einer Aussprache mitgeteilt hat, selbst keine Freude hat, nämlich mit dem Vorgehen der Bundessektion Handel und insbesondere auch der Wiener Sektion in dieser Frage? Es gibt eine Sozialpartnervereinbarung, eine gemeinsame Erklärung (StR. Neusser: Das erste Mal, daß er den Sallinger liebt!), Sie nennen auch manchmal schwedische Beispiele und all die anderen positiven schwedischen Beispiele haben Sie nicht in Ihrem Repertoire. Ich möchte hier die gemeinsame Erklärung, die Herr Nettig zitiert hat, zum besten geben. Er hat nur teilweise zitiert und das ist falsch. Man muß einen Absatz auch zu Ende lesen können.

Ich habe meinen Fraktionskollegen diese gemeinsame Erklärung im Wortlaut vorgelegt. Ich weiß nicht, ob das bei Ihnen auch der Fall war. Da steht nämlich: "Das Wahlrecht zusätzlich und unbeschadet derzeit bestehender Öffnungszeiten wöchentlich einmal" - das ist heute schon gesagt worden - "oder einmal im Monat an einem Samstag bis 17.00 Uhr offenzuhalten." Dann muß man aber natürlich weiterlesen, denn im selben Absatz steht ja: "Diese Wahlmöglichkeit soll für jene Verkaufsstellen nicht gelten, die bereits derzeit eine Öffnungsmöglichkeit an einem Samstagnachmittag haben." Das wäre zum Beispiel eine solche bei der alten Verordnung. (Abg. Nettig: Für die Bundesländer war das gedacht - das wissen Sie ganz genau!) Auch! Natürlich auch für Vorarlberg, denn Ihre Auslegung würde ja bedeuten, daß es jetzt in Vorarlberg monatlich einen zweiten langen Samstag gäbe. Und das hat nicht einmal Ihr Kollege, Herr Kommerzialrat Österle, verstanden, weil der ist wutentbrannt aufgesprungen und hat Euch gesagt: "Warum lockt ihr mich überhaupt nach Wien, wenn für mich nichts drinnen ist." (Abg. Nettig: Wir sind für Wien zuständig!)

Wenn also eine Verordnung an nur einem Samstag eine Öffnungsmöglichkeit zuläßt, gibt es dann nur eine Möglichkeit, vom Modell Gebrauch zu machen, wenn man statt des Samstagnachmittags eine Wochentag-Abend-Variante wählt, aber niemals einen zusätzlichen Samstag, wie Sie das übrigens ja nicht vom Anfang an behauptet haben. Ich habe hier die sozialpolitischen Mitteilungen der Bundessektion Handel und hier steht ganz genau drinnen - in unserem gemeinsamen Sinn, damals Anfang August war das Erinnerungsvermögen wahrscheinlich noch etwas stärker - , daß das, was vereinbart wurde, auch so zu verstehen ist.

Nur 14 Tage später - vielleicht wollte man einen Trick anbringen oder jemanden austricksen - , am 9. August, gibt es auf einmal ein Schreiben der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien an die Bundeswirtschaftskammer, in dem sich die Herren am Stubenring 8 - 10 Gedanken darüber machen, wie es eigentlich ausschaut und ob man nicht im November einen zweiten Samstag herausschinden könnte, ganz nach dem Motto: "Den kleinen Finger haben sie uns gegeben, jetzt wollen wir die ganze Hand." (StR. Neusser: Das ist bitte nicht drinnengestanden! Solche Ausdrücke gebraucht die Kammer nicht!) Stimmt, richtig, das ist jetzt freie Interpretation. Aber einen zweiten Samstag wollte man bei der Gelegenheit herausinterpretieren, würde ich sagen. (Abg. Nettig: Das steht drinnen! Interpretieren wir halt!)

Die Bundeskammer hat dann sehr gequält gesagt, daß man eigentlich diese Rechtsauffassung vertreten könnte. Und da ist der Fehler passiert, den Präsident Sallinger wirklich scharf kritisiert hat, und die Bundessektion Handel mußte das zur Kenntnis nehmen. In so einer wichtigen Angelegenheit kann man nicht in die Öffentlichkeit gehen, ohne mit seinem Verhandlungspartner eine Auslegung zu besprechen. (Abg. Dr. Goller: Beschäftigen Sie sich einmal mit den Angestellten, dann werden Sie draufkommen, daß sie selber daran interessiert sind!)

Ich glaube, jetzt ist einmal eindeutig festgelegt, wer die Schwierigkeiten gebracht hat und woher diese Interpretation gekommen ist. Da brauchen sich jetzt nicht andere Gremien oder andere Personen dafür verantwortlich machen. Nach dem Motto "Haltet den Dieb" geht bei uns heute keine Argumentation hinein. Das hat, glaube ich, ein jeder festgestellt. Das war ein eigenmächtiges Vorgehen, eine eigenmächtige und vereinbarungswidrige Interpretation, wie ich heute hier beweisen kann. (Abg. Nettig: Das stimmt nicht!)

Die Situation der Beschäftigten im Handel haben Ihnen meine Kollegen heute schon in wirklich eindrucksvoller Weise geschildert. Was ich zynisch bis lustig fand, ist das, was sich die FPÖ-Sprecher heute hier geleistet haben. Wenn Herr Stadtrat Pawkowicz im Raum wäre, würde ich ihn fragen, ob er mit dieser Nummer noch frei ist, denn dann würde ich ihn gerne als Konsulent zu den nächsten Kollektivvertragsverhandlungen mitnehmen. Er kann sich da auch etwas verdienen, denn wenn das in der Nacht stattfindet, bekommt er einen hunderprozentigen Zuschlag von uns bezahlt. (Abg. Ingrid Kariotis: Wir werden auf dieses Angebot zurückkommen!) Wir werden ihn dann als Wunderwaffe gegen die Bundessektion Handel bei den Kollektivvertragsverhandlungen einsetzen.

Und jetzt fängt das alles erst an, interessant zu werden, nachdem Sie sich jetzt für den langen Samstag so einsetzen. (Abg. Nettig: Das sind die Kollegen, die Geschäfte!) So eine exakte Wissenschaft

dürfte das offenbar nicht sein. Der "Kurier", heute schon zitiert (Abg. Nettig: Von wann ist die Zeitung?), der jahrelang geschrieben hat, die Familien wollen am Samstagnachmittag einkaufen... (Abg. Nettig: Von wann?) Ich sage es Ihnen gleich. Der "Kurier", der immer ein Befürworter eines Familieneinkaufssamstagnachmittags war, kommt jetzt, nachdem das Öffnungszeitmodell begonnen hat, am 4. September 1988 (Abg. Nettig: Jetzt haben wir Oktober!) zur Erkenntnis, daß die Familien am Samstagnachmittag gar nicht einkaufen wollen (Amtsf. StR. Christine Schirmer: Die wollen am Freitag einkaufen!), weil sie am Wochenende Zeit für die Familie brauchen und nicht für den Familieneinkauf der Frau Rabl-Stadler, weil soviel Geld gar nicht vorhanden ist; sie wollen eine Freitagabend-Lösung haben. Wir als Gewerkschaft haben bis jetzt überhaupt keine Beurteilung abgegeben, ob wir glauben, daß der Versuch gutgeht oder ein Flop ist, weil wir der Meinung sind, daß man das nach zwei, drei Monaten noch gar nicht sagen kann. Da kann man keine Zusatzumsätze auf Dauer feststellen. Was man aber jetzt schon feststellen kann, ist, daß die guten Standorte durch diese Veränderung der Öffnungszeiten noch besser werden und die schlechten Standorte noch schlechter. Es wird für uns ein kommunales Problem werden, wie sich dann die Nahversorgung entwickeln wird und wie man die Anliegen der Anrainer wird befriedigen müssen. Sie vertreten nur die anderen Öffnungszeiten, zahlen werden die Infrastrukturmittel dann aber alle. Ich möchte Sie aufmerksam machen, auch darauf Rücksicht zu nehmen.

Aber eigentlich wollte ich jetzt schon bei Ihrem Präsidenten Dittrich sein. Präsident Dittrich... (Abg. Dr. Goller: Der sitzt am Stubenring vorne!) Vielleicht gibt es jemanden, der guten Kontakt zu ihm hat und ihm das ausrichtet. (Abg. Dr. Goller: Sie haben gesagt, Sie wollen bei ihm sein, dann müssen Sie hinfahren!) Nachdem die ÖVP ja eine Einheit ist, wird das sicher gehen, wie ich da in einem Zwischenruf gehört habe. (Abg. Dr. Goller: Er ist ja nicht da!)

Präsident Dittrich, der ja schon jahrelang in dieser Frage mit uns im Gespräch ist, der manchmal wirklich sehr gewagte Kombinationen angestellt hat, etwa daß er bei den Lebensmittelsamstagen zustimmt, obwohl Ihre Mitglieder es nicht wollen, dafür aber am 8. Dezember aufgesperrt werden muß, der also eher schon in den skurrilen Bereich hinein Vorschläge gemacht hat, traut sich, dem Landeshauptmann in einer Presseaussendung zu unterstellen, die Interessen der Wiener Wirtschaft geradezu verraten zu haben. Das war in der Presseaussendung vom 25. Oktober.

In einer anderen Pressemitteilung wirft er dem Landeshauptmann gesetzwidriges Handeln vor. Ich warte bis heute - vielleicht ist heute jemand von Ihren Rednern doch dazu in der Lage - auf eine Entschuldigung für diese nicht haltbare Behauptung. Es ist zwischen Juristen der Kammer... (StR. Neusser: Wieso warten Sie auf eine Entschuldigung? Es betrifft den Landeshauptmann! Wieso Sie? Vielleicht hat er sich schon entschuldigt! Haben Sie mit Ihrem Landeshauptmann schon gesprochen?) Nein, der Landeshauptmann ist unser Landeshauptmann, und wenn man den beleidigt... (StR. Neusser: Vielleicht war der Herr Landeshauptmann einverstanden, daß er ihn angerufen hat!) Dann muß er aber in der Öffentlichkeit durch eine Aussendung diese Entschuldigung aussprechen, Ihr Präsident Dittrich. (Abg. Dr. Goller: Daß der Herr Landeshauptmann Sie dazu gebraucht hat! - Abg. Dinhof: Er darf doch feststellen, daß sich das nicht gehört! - Beifall bei der SPÖ.) Es fehlt die Entschuldigung für diese öffentliche Behauptung. Ich wurde nicht dazu aufgefordert, aber mich stört das, wenn jemand einer gesetzwidrigen Handlung bezichtigt wird, und dann stellt sich in einem Juristengespräch heraus, daß diese Behauptungen der Wiener Handelskammer über eine angebliche Gesetzwidrigkeit Luftblasen waren. Aber bitte, wenn das die Entschuldigung war, ziemlich schwach zwar, dann nehme ich sie zur Kenntnis. (Abg. Ing. Svoboda: Keine Entschuldigung war das!)

Den Verrat an der Wiener Wirtschaft möchte ich noch ein bißchen hernehmen. Ich persönlich kenne kein anderes Bundesland, wo die Wirtschaft so gehätschelt wird, wie es bei uns der Fall ist. Ich möchte nicht auf einzelne Punkte eingehen. Aber daß Sie sich sogar den Faschingsumzug der Wiener Handelskammer von uns aus Steuergeldern mitfinanzieren lassen... (Abg. Nettig: Das ist demagogisch bitte! - Abg. Dr. Goller: Der Herr Landeshauptmann wird ja dabei sein!) Nein, aber das sind Beiträge, die an die Wirtschaft gehen. Der Arbeiterkammer und dem ÖGB würde es nie einfallen, sich für solche Dinge eine Subvention oder einen Beitrag finanzieren zu lassen. (Abg. Dr. Goller: Haben Sie dagegen gestimmt?)

Nein, ich habe nicht dagegen gestimmt, aber ich kann nicht versprechen, daß ich beim nächsten Mal dafür stimmen werde. (Abg. Dr. Peter Mayr: Da wird aber der Herr Bürgermeister traurig sein!) Ich glaube, daß wir mit diesen starken Ausdrücken, die hier gewählt wurden, etwa daß die Wirtschaft geradezu verurteilt wurde, doch vorsichtig sein sollen, auch bei einem emotional geladenen Thema. Sie bringen nämlich überhaupt nichts.

Und jetzt gibt es einzelne Veröffentlichungen, die sagen, daß im Umland die Unternehmer offenhalten dürfen. Ich möchte es hier bitte dezidiert sagen: Sie dürfen das nicht, die gesetzliche und vor allem die vereinbarungsmäßige Lage ist anders. Daß die Bundeswirtschaftskammer unsere gemeinsame Vereinbarung so interpretiert, steht auf einem anderen Blatt. Allerdings ist zweimaliges Offenhalten an einem Samstagnachmittag im November nach wie vor gesetzwidrig. Das ist nicht nur die Gewerkschaftsmeinung, das ist auch die Meinung der Arbeiterkammer und des Österreichischen Arbeiterkammertages. (StR. Neusser: No na!) Eigentlich wäre es Ihre Aufgabe, wenn Sie die Interessen der Wiener Wirtschaft, wenn sie so gefährdet wären, vertreten wollen, Ihren Einfluß in den anderen Länderkammern geltend zu machen, damit man sich dort auch an das Gesetz hält. (StR. Neusser: Wer ist jetzt verwarnt, sie oder wir?) Bitte, das ist wahrscheinlich eine rhetorische Frage, auf die Sie keine Antwort wollen, denn sonst müßte ich Sie enttäuschen. (StR. Neusser: Die Frage ist jetzt ernstlich! Darauf hätte ich gerne eine Antwort!) Nein, mit der Antwort, die ich Ihnen geben würde, wären Sie nicht zufrieden (StR. Neusser: Sie bezichtigen acht andere Landeshauptleute Mißbrauch zu begehen!), überhaupt nicht. (StR. Neusser: Das machen Sie jetzt!) Also das ist schon ein Akt von Verworrenheit. Das muß ich schon sagen. (StR. Neusser: Haben Sie sich das überlegt?) Kollege Daller ist ein christlicher Gewerkschafter. Schaut Euch doch an, was die katholische Kirche zu den Samstagnachmittagen sagt. Und jetzt mischt er sich auf diese Art und Weise ein. Also das finde ich nicht schön, wirklich nicht!

Noch einmal: Kein Landeshauptmann, und schon gar nicht der Wiener Landeshauptmann, beugt oder bricht das Gesetz. (StR. Neusser: Das ist gerade das, was Sie jetzt behaupten! Man muß sich überlegen, was man sagt! - Amtsf. StR. Christine Schirmer: Daß Sie andere bezichtigt haben, das stört Sie nicht? - Beifall bei der SPÖ.) Die Unternehmer, die in anderen Bundesländern offenhalten, werden aufgrund einer Bundeswirtschaftskammer-Auslegung des Gesetzes Gesetzesbruch begehen, was sie natürlich vor Strafe nicht schützen wird. Das ist, bitte, klar. (Amtsf. StR. Christine Schirmer: Das tät ich auch nicht!)

Also gut, wechseln wir vielleicht das Thema. (Abg. Mag. Kabas: Das ist Ihr Problem!) Ah, Sie sind auch schon wieder herinnen, fein! Jetzt zur Wiener Verordnung. Die Wiener Verordnung stellt nur den vereinbarungsmäßigen Zustand her, den Zustand, den die Sozialpartner vereinbart haben. Ich habe schon vorhin gesagt, daß es falsch ist, auch in Ihrem Antrag falsch ist, wenn Sie behaupten, am 26. November darf nicht offen gehalten werden. Richtig ist, daß im November nicht zweimal an einem Samstagnachmittag offen gehalten werden kann. (Abg. Dr. Hirnschall: Da sieht man, wie die schlampig verhandeln, daß am Ende jeder ein anderes Ergebnis hat!) Entschuldigung, ich bin auch durchaus kein Vertreter der Freiheitlichen im Hohen Haus, aber dort ist einer dabeigesessen, dem Sie das mitteilen hätten können. (Abg. Dr. Hirnschall: Bei den Sozialpartnern ist er sicher nicht dabeigesessen!) Nein, eh nicht, aber wie Sie im Bericht des Handelsausschusses lesen, sollte die Sozialpartnervereinbarung dann ins Gesetz übernommen werden. Vielleicht hat es dann nicht so geklappt, weil sonst gäbe es diese Interpretationschwierigkeiten nicht.

In Wien wurde der vereinbarungsmäßige Zustand hergestellt und darüber hinaus ist dem Herrn Landeshauptmann und der Frau Stadtrat noch etwas gelungen, wogegen wir uns im vergangenen Jahr sehr zur Wehr gesetzt haben - ich brauche es nicht zu erwähnen -, nämlich die Lebensmittel-Samstage vor Weihnachten in einem Zuge zu regeln. Und von diesen zusätzlichen drei Lebensmittel-Samstagen, wofür Sie den Herrn Landeshauptmann heute so gelobt haben, redet heute kein Mensch. Also Ihnen geht es nicht um die Sache, Ihnen geht es, wie der "Kurier" geschrieben hat, um den Krieg, um die Auseinandersetzung, weil das Thema der Öffnungszeiten für viele noch immer ein Profilierungsthema ist. (Abg. Ingrid Kariotis: Um den Umsatz geht es, damit wir die Europa-Löhne bezahlen können!) Ja, Sie würde

ich auch gerne einmal mitnehmen. (StR. Neusser: Er ist ein Fan von Blondinen!) Zu Kollektivvertragsverhandlungen, meine ich. (Abg. Dr. Goller: Ich kaufe nicht im Jänner für Weihnachten ein!)

Ich möchte also folgendes sagen: Der Modellversuch, der 15 Monate läuft, bietet gegenüber der vorhergehenden gesetzlichen Lage anstatt 4 langen Samstagen 17 lange Samstage in diesen 15 Monaten. (Zwischenrufe.) Dann müssen sie aber schon früher Weihnachtsremunerationen erhalten, weil die meisten kriegen sie erst ziemlich spät. (Abg. Dr. Hirnschall: Die müßten schon ausgezahlt sein, zu diesem Zeitpunkt!) Das wird Ihnen dann ein Kollege nach mir noch erklären, wie es sich mit den Remunerationen verhält. (Abg. Oblässer: Herr Kollege Hirnschall informieren Sie sich doch einmal!) Sie können doch lesen! (Abg. Dr. Hirnschall: Die FPÖ hat sie schon ausgezahlt!) Bitte, hören wir auf! Es ist (LhptmSt. Mayr: Das ist eine reiche Partei - ich frage mich nur wieso!) nicht verboten, sich zu informieren. Das würde ich Ihnen empfehlen!

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte jetzt nur das versprechen, was ich vorhin gesagt habe. Sie nehmen es offenbar nicht so genau mit den Mitteilungen, ob jetzt einige hundert Millionen oder einige Milliarden Schilling außer Landes gehen. Ich möchte Sie zitieren, Herr Stadtrat. Sie haben ganz konkret gesagt, daß es 4 Milliarden Schilling sind. Das muß man sich einmal vorstellen, was das bedeutet. Meinen Sie, daß da vier Millionen Käufer hingehen und je 1.000 Schilling ausgeben, oder 400.000 Käufer, die je 10.000 Schilling ausgeben, oder 40.000 Käufer, die je 100.000 Schilling ausgeben, und das alles in fünf Stunden an einem Samstagnachmittag, wobei man noch gar nicht weiß, ob es der 5. November oder der 26. November ist? Ich glaube, das werden Sie nicht ernst meinen, das ist nur so gesagt worden, weil gerade Ihre wirtschaftspolitische Kompetenz und Ihren Praxisbezug habe ich bis jetzt immer geschätzt. (StR. Neusser: Danke!) Ein paar hundert Millionen Schilling auf oder ab, wer kräht schon danach, ich glaube, so sollte man es nicht machen. Wenn hinter Ihrem Manöver, durch das Sie wahrscheinlich erst viele Konsumenten darauf aufmerksam machen, in angrenzende Bundesländer einkaufen zu gehen, die subtile Strategie steckt, daß anstatt um 11 Uhr an diesem Samstag schon um 10 Uhr die Straßen nach Niederösterreich verstopft sein sollen und dadurch keine weiteren Käufer nach Niederösterreich strömen, dann können wir uns da vielleicht sogar finden. Wenn das andere dahintersteckt, sicherlich nicht. - Danke.

Präsident Ing. Hofmann: Als nächster Redner ist Frau Abg. Mag. Petrik zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Eva Petrik: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte diese Debatte gerne um eine Facette erweitern, von der heute noch kaum die Rede war. Ich möchte versuchen, einige Gedanken aus dem Aspekt des Konsumenten aufzuzeigen, und zwar aus dem Aspekt der Familien, die Konsumenten sind. Da beginnt sich langsam - ich sage das im Gegensatz zur Meinung des Herrn Landeshauptmannes - ein Einkaufssamstag im Monat gut einzubürgern. Daß der "Kurier" vom 4. September so kurze Zeit nach diesem Erlaß nicht sagen konnte, wie es anlaufen wird, ist evident. Daß diese Samstage immer mehr angenommen werden, darüber sind sich viele einig. Das läßt sich beobachten. Das, was sich bei uns einläuft, ist ja übrigens, und zwar nicht nur für einen, sondern für alle Samstage im Monat, in Europa weitgehend selbstverständlich, zum Beispiel in Frankreich, in England, in Italien, in Belgien, in Norwegen, man könnte noch einige Länder aufzählen. Das nur zur allgemeinen Einleitung.

Da beginnt sich also etwas einzulaufen. (Abg. Oblässer: Das stimmt nicht! Jeden Samstag in England?) Ja, es gibt noch einige Länder mehr, insofern ist die Aufzählung nicht vollständig. (Abg. Oblässer: Jeden Samstag bis 16 Uhr?) Wenn wir jeden Samstag bis 16 Uhr offen hätten, wäre das in Summe etwas, was sich auszahlen würde. (Abg. Erich Huber: Bis 16 Uhr ist aber sehr kurz!) Wir haben aber beide gesagt, daß wir das gar nicht wollen und es steht hier auch nicht zur Debatte.

Hier steht zur Debatte, daß sich die ganze Konsumentenschaft gefoppt fühlen muß, wenn Kaufleute, die ihren Kunden jetzt ermöglichen wollen, so wie es Jahre hindurch möglich war, an den vier Adventsamstagen einzukaufen, dieselben Kunden dann am ersten Novembersamstag seit Monaten wieder einmal vor geschlossenen Rollbalken stehen lassen müssen. Ich weiß nicht, ob das dazu beiträgt, daß sich eine Neueinführung nach gutem Anfang auch einlaufen kann, oder ob das nicht eher dazu bei-

trägt, daß man Konsumenten verunsichert oder verärgert. (Amtsf. StR. Christine Schirmer: Das ist bitte wirklich das Problem der Händler selber! Die haben die Konsumenten verunsichert, indem sie sich nicht einig waren, Frau Kollegin! Ganz emotionslos!)

Ich gehe jetzt einmal von meinen Einkaufsgewohnheiten aus. Ich weiß, welche Geschäfte in meiner Umgebung am ersten Samstag im Monat offenhalten. Ich gehe automatisch dorthin, weil ich weiß, daß ich dort meinen Einkauf tätigen kann. Ich weiß heute aber noch nicht, ob ich am ersten Novembersamstag vor geschlossenem Rollbalken stehen werde, weil dann am ersten Adventsamstag offen ist, oder ob ich dann vielleicht im Advent die Schwierigkeiten haben werde. Das, meine ich, ist eine Verunsicherung. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Hirnschall: Das ist ja ein gewolltes Chaos, damit sich keiner mehr auskennt und das Experiment damit scheitern muß!) Eben. Ich möchte noch einmal umgekehrt fragen... (Rufe und Gegenrufe bei FPÖ und SPÖ.) Vielleicht könnte man die Debatten außerhalb der zwanzig Minuten meiner Redezeit abwickeln, denn dann könnte ich noch einiges von dem unterbringen, was ich ganz gerne im Sinn der Familien sagen möchte.

Ich glaube beispielsweise, daß das, was die vier Adventsamstage bringen, dieser erste Novembersamstag aus vielen Gründen nicht bringen kann. Ein Grund ist ja jetzt hier schon ins Lächerliche gezogen worden. Es ist sicher so, daß der Großteil derer, die es am notwendigsten haben, die Weihnachtsremuneration ab Mitte November, zumindest aber in den letzten Novembertagen bekommt. Sicher aber hat sie keiner für den 5. November. Also umlegen läßt sich der Einkauf nicht so einfach.

Auf einen beliebigen Wochentag läßt sich der Einkauf auch nicht so leicht umlegen. Als Gegenargument wurde gesagt, daß am ersten Adventsamstag ja kaum Einkäufe getätigt werden, daß auch die Verkaufsziffern nicht so ansteigen. Aber gerade wer jeden Schilling umdrehen muß, der muß planen und der muß das vor Weihnachten mit der Familie tun. Der braucht diese Samstage im Advent, um schauen zu gehen, um zu kalkulieren und vielleicht auch zu kaufen: einiges am ersten Samstag schon und an den weiteren noch mehr. Das ist etwas, was man viel weniger allein tun kann, wenn man irgendwann einmal eine halbe Stunde Zeit hat, sondern das macht man miteinander am Samstag nachmittag.

Ich glaube auch, daß gerade der, der mit seinem Geld haushalten muß und daher nicht ins Ausland fahren kann - viele werden das aus Patriotismus auch gar nicht tun -, nicht ausweichen kann, weil er vielleicht auch gar nicht motorisiert ist, dann auch noch den Nachteil in Kauf nehmen muß, an den drei Samstagen mehr in Streß zu kommen, als wenn er vier Samstage zur Verfügung hätte. Das ist etwas, was man sagen muß. Das trifft die Mütter, die mit ihren Kindern einkaufen gehen wollen. Das trifft die Ehegatten, die miteinander einkaufen gehen wollen. Das trifft solche, die sonst Geschenke mit den Beschenkten auswählen, weil das zielführender und ökonomischer ist. (Amtsf. StR. Christine Schirmer: Auch die Verkäuferinnen, die Familie haben und keinen Samstag, Frau Kollegin!)

Vielleicht darf ich auch dazu etwas sagen, Frau Stadtrat. Sicher gibt es Berufsgruppen - und ich sage das jetzt bewußt als Frau über Frauen, denn das hat Kollegin Hostasch auch angesprochen -, die, was ihre Arbeitszeit und ihre Arbeitszeiteinteilung anbelangt, benachteiligt sind. Das sind nicht nur Verkäuferinnen. Da gibt es verschiedene Gruppen, auf die man sicher immer wieder Rücksicht nehmen und für deren Besserstellung man sich wird einsetzen müssen. Nur meine ich, das hier auf Kosten einer Sparte von Berufstätigen auszutragen, ist nicht richtig. Ich meine das aus verschiedenen Gründen. (Amtsf. StR. Christine Schirmer: Das meine ich auch, daß es falsch ist, das nur auf einer Sparte auszutragen!) Dann sind wir uns darin einig, Frau Stadtrat. Nur glaube ich, daß hier nicht nur die Arbeitszeiteinteilung, sondern auch eine Menge anderer Argumente eine Rolle spielt. (Amtsf. StR. Christine Schirmer: Natürlich!) Ich habe unter meinen Bekannten einige, die im Handel tätig sind, die beispielsweise keine Mehrbezahlung, dafür aber einen Zeitausgleich bekommen, den sie, im Gegensatz zu dem, was Kollegin Hostasch sicher berechtigt von manchen anderen gesagt hat, sehr wohl in Anspruch nehmen können, und zwar gerade dann, wenn sie mit ihren Kindern ein paar Urlaubstage mehr genießen können. Die sagen jetzt schon, daß sie für einen Samstagnachmittag um zwei Urlaubstage umfallen, die eigentlich schon einkalkuliert waren. Auch das gibt es.

Es gibt unter den Verkäuferinnen auch welche, die nicht nur mit dem Überstundenzuschlag rech-

nen, es gibt sogar welche, die umsatzbeteiligt sind und Verkaufsprämien erhalten und die jetzt sehr wohl traurig über eine Kaufkraftabwanderung ins Umfeld bis hin ins Ausland sind. Ich glaube, daß man das vielschichtig sehen muß und nicht nur Argumente herausholen kann, die sicher auch die Wahrheit sind, aber eben nur ein Teil der Wahrheit, und eine Teilwahrheit ist immer unwahr. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Goller: So ist es!)

Ich glaube überdies, daß das - und das sei auch in Frauensolidarität gesagt -, was Konsumenten wegen geringerer Einkaufszeitmöglichkeit in größeren Streß bringt, ebenso jene, die im Handel tätig sind, in größeren Streß bringt. Auch das habe ich bereits gehört. Ein Samstag am Anfang weniger bedeutet doppelten Streß gegen Schluß. Ich glaube, daß man das sehr wohl auch bedenken muß. Das ist ein Argument, das für die im Verkauf Tätigen genauso wie für die Einkäufer gilt, muß ich Ihnen sagen. In dem Zusammenhang, Frau Stadtrat, könnte man es als zynisch empfinden - ich unterstelle Ihnen nicht, daß Sie es zynisch gemeint haben -, wenn Sie als Konsumentenstadträtin den Konsumenten raten, um ihre Probleme zu erleichtern, die Familienbeziehungen zu pflegen anstatt einkaufen zu gehen. Ich möchte noch einmal sagen: Ich möchte es gutwillig nicht als Zynismus werten. (Amtsf. StR. Christine Schirmer: Dann haben Sie es nur flüchtig gelesen!) Ich konnte es nur der Presse entnehmen. Mag sein - wir wissen das -, daß sie manches verkürzt wiedergibt.

Ich würde mit Ihnen auch gerne eine längere Debatte darüber abwickeln, die jetzt aber in den zwanzig Minuten nicht möglich ist. Das wäre eine Debatte über Familienpolitik und Familienpädagogik. Von der familienpädagogischen Seite muß man sagen, daß Erziehung zu oder Ermöglichung von zwischenmenschlichen Beziehungen ganz sicher nicht bei einer Rollbalkenregelung anfangen kann. Es ist bestimmt falsch, von Beziehungen zu reden, wenn man Leuten sagt, feiert den Advent miteinander, der ohnehin schon, nicht nur in den Geschäftsstraßen, sondern auch im Wiener Rathauspark, zwei Wochen vorgezogen, mit Lichterglanz und Tamtam begonnen hat, was es schwer macht, echte Adventstimmung aufkommen zu lassen. Beziehungen kann man dort pflegen, wo sie vom Menschlichen her begründet sind, ob man miteinander einkauft oder ob man etwas anderes miteinander tut. (Amtsf. StR. Christine Schirmer: Aber ich bitte Sie, Frau Kollegin!) Beziehungen kommen doch dort in Gefahr, wo wir in Streß geraten, wo wir uns auf eine Planung nicht mehr verlassen können und wo wir nicht mehr miteinander, sondern nur nebeneinander oder vielleicht sogar gegeneinander vorgehen. (Amtsf. StR. Christine Schirmer: Ich habe Ihre Familienpolitik eigentlich höher eingeschätzt und habe nicht geglaubt, daß sie sich nur auf fünf Einkaufssamstage, nur auf das Einkaufen beschränkt!)

Frau Stadtrat, ich habe jetzt gesagt - entweder Sie haben mir nicht zugehört, oder Sie haben mich mißverstanden -, daß eine familienpolitische Debatte unter diesen Bedingungen hier nicht abzuführen ist. Familienpolitik kann man so nicht aufziehen, und ich meine - jetzt sage ich es wirklich -, daß es zynisch klingt, wenn man anhand eines Rollbalkengesetzes davon redet, daß die Leute lieber zwischenmenschliche Beziehungen pflegen sollen. Meine Familienpolitik schaut anders aus. Das wollte ich damit sagen, Frau Stadtrat. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Ing. Hofmann:** Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Pramel. Ich erteile es ihm.

**Abg. Pramel:** Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich habe in der Früh ein Zitat im Radio gehört: "Der Mensch denkt und der liebe Gott hält sich den Kopf, weil die Menschen, die denken, ein bißchen einseitig denken." So kommt mir das heutige Thema vor und so müssen sich die vielen Handelsangestellten auch vorkommen. In Wirklichkeit gibt es etwas, was beschlossen ist, was jetzt 15 Monate lang läuft, was jetzt wachsen muß und wo man gegenseitiges Vertrauen haben muß sowie Vereinbarungen in vielen, vielen Fachgewerkschaften mit den Arbeitgebern. Und wenn jemand hier im Hause sagt, daß man gerade mit österreichischen Gewerkschaften, aber umgekehrt auch mit österreichischen Unternehmern nicht klar kommt, dann, muß ich sagen, sind wir eigentlich nur im Ausland das Paradebeispiel dafür, daß eigentlich alles seine geordneten Bahnen geht. Ich weiß schon, Geschmäcker und Ohrfeigen sind verschieden. Es gibt in den besten Familien oft Streitigkeiten. Aber man muß sich auch die Frage stellen, ob es sich lohnt, über Dinge zu streiten, die gerade im Fluß sind.

Und nun habe ich heute die Feststellung getroffen, daß Sie die Leute kennen, die unbedingt am

Samstag arbeiten wollen, und wir die Leute kennen, die am Samstag nicht arbeiten wollen. So kommt das zum Ausdruck. Aber so darf es ja auch nicht sein, weil es wird immer Menschen geben, die entweder der einen oder der anderen Variante den Vorzug geben. Nur so verstehe ich es, daß beide Gruppen zu einem gemeinsamen Nenner gekommen sind. Das heißt, sie haben in diesen 15 Monaten versucht, eine gemeinsame Vereinbarung zu treffen. Es ist gut für uns, wenn wir sie jetzt in Ruhe arbeiten lassen, denn wir wollen ja auch, daß es später weitergeht. Zertrümmern wir nicht etwas, was wir mühselig - Sie haben es ja selber gesagt - in vielen, vielen Jahren aufgebaut haben! (Beifall bei der SPÖ.)

Nun, etwas muß ich noch dazusagen. Ich kann nicht einer Gruppe sagen, daß sie nicht entscheiden braucht, weil andere über sie entscheiden. Das wäre schlecht. Man muß mit den Kolleginnen und Kollegen im Handel reden und muß sie befragen, und nach unserem Dafürhalten war es so, daß sie eben nicht Feuer und Flamme für den Samstagnachmittag waren. Das drückt sich darin aus, daß die Arbeiterkammer aber auch die Gewerkschaften zahlreiche Anrufe und viele Briefe erhielten. Überwiegend die Frauen haben uns mitgeteilt, daß wir ihnen das nicht antun sollen, daß sie die Kinder zu Hause haben, niemanden für die Kinder haben, et cetera. (StR. Neusser: Die Kinder haben sie nur am Samstag, unter der Woche nicht?) Es gab auch viele, viele Gegenargumente, auf die wir eingehen mußten. Die konnten wir doch nicht unter den Tisch kehren. Wenn man Flexibilität verlangt, dann ist das jetzt ein Modewort, wobei ich der Meinung bin, daß man auch über die Flexibilität nachdenken und schauen muß, wie man alles in geordnete Bahnen lenken kann und wo es eben die meisten Wunsch gibt. Da brauchen wir vielleicht kein starres System. Aber wir müssen wirklich die Feststellung treffen, daß die meisten Dinge, wenn wir von der Arbeiterkammer und den Gewerkschaften das hernehmen, wo interveniert wurde, im Durchschnitt vom Handel kommen. Mag sein, daß es kleinere Betriebe sind, mag sein, daß es, wenn ein oder zwei in einem Geschäft stehen, zu Problemen kommt, die vielleicht nicht so einfach zu lösen sind, wie in einem Betrieb, wo zwanzig, dreißig oder mehr Beschäftigte sind. Aber eines steht fest: Die Klagen haben wir.

Ich möchte auch zur Frau Abg. Kariotis einiges sagen. Ich würde mir nie zumuten, über eine Organisation oder Institution, der ich nicht angehöre und wo ich niemals mitgearbeitet habe, eine Meinung zu äußern. Wenn ich glaube, daß es so ist, dann muß ich mich bei diesen Funktionären ein bißchen erkundigen, aber auch bei den Beschäftigten. Für mich ist es eine Ehre, 33 Jahre dieser Gewerkschaft, einer Fachgewerkschaft, als Funktionär anzugehören. Für mich ist es ein Spaß, ständig gemeinsame Lösungen zu finden. Ich wage auch zu behaupten, daß jene, die das wissen, auch mit uns einer Meinung sind, daß das die beste Lösung ist, sonst wäre Österreich sicherlich nicht vorne.

Und da gibt es Dinge, die mir nicht passen, vor allem das, daß man sagt, die Gewerkschaft stellt hier so manches nicht ab. Na ja, so geht es nicht, zum Verhandeln gehören immer zwei. Nun sagt also die Handelskammer oder der Widerpart zu unserer Gewerkschaft: "Wir können diese Kollektivverträge nicht mehr bezahlen." Na welche Möglichkeit hat der zweite Partner? Entweder er versucht es noch einmal und wenn das nicht hilft, akzeptiert er es oder er muß streiken. Das ist das letzte Mittel. Schauen Sie, wenn wir zu Verhandlungen gehen, dann ist es so, daß wir die Ziffern und Zahlen genauso kennen, wie die Dienstgeber, da machen wir uns gar nichts vor. Bei den letzten Metallerverhandlungen haben wir ja genau gewußt, wie es um die Wirtschaft ausschaut, was da vorgeht, was drinnen ist und was nicht. Ich glaube, nur so kann man es machen. Man muß ja den Partner auch respektieren und das Gegenargument prüfen, man kann das nicht so einfach vom Tisch wischen.

Ich habe noch etwas, was mich sehr stört. Das ist, daß man einfach sagt, daß eigentlich eh alles in Ordnung ist. Das Personal ist besser geworden, hat der Herr Kommerzialrat gesagt. Es freut mich, das aus Ihrem Munde zu hören. Nur, Herr Kammerpräsident Dittrich sagte am 26. Mai: "Das Personal wird immer schlechter." (StR. Neusser: Das hat er nicht gesagt, Herr Kollege!) Ich habe es ja da. Aber ich zitiere schon weiter. (StR. Neusser: Sie müssen richtig zitieren!) Dittrich sagt, daß im Vorfeld zur Berufsausbildung, also in der Volks- und Hauptschule, zu schlecht ausgebildet wird. Aber das ist mir auch zuwenig, sich auf andere auszureden. Da muß man halt trachten, wie man die Berufsausbildung verbessern kann und das macht man zuwenig. Da gibt es eine Reihe von Vorstellungen, wo es einfach ein hartes Njet gibt. Aber das werden wir uns auf Dauer nicht leisten können. Wir müssen gemeinsam zu einer Lösung kom-

men, wie wir die Berufsausbildung... (StR. Neusser: Nehmen Sie jetzt zurück nach Ihren Äußerungen, daß der Dittrich nicht die Angestellten gemeint hat?)

Und ich darf Ihnen noch etwas sagen, gerade auch Ihnen. Wir werden in den nächsten Jahren eine Gruppe nach der anderen hernehmen müssen, um zu schauen, wo wir bisher in der Berufsausbildung versagt haben, wo wir verändern und verbessern müssen und wo wir nachschulen und umschulen müssen, weil sich zum Beispiel die Technik geändert hat. Das dürfen wir nicht vernachlässigen. Wir haben das auch eindeutig beim Berufsausbildungszentrum gesehen. Plötzlich haben wir Spitzenleute, die die Wirtschaft braucht, weil wir sie umschulen. Wir brauchen das, wir brauchen das gemeinsam, wir dürfen uns nicht gegenseitig die Türe zuwerfen. Das wird unsere Zukunft sein. Wenn wir in die EG wollen, wollen wir unsere Berufsausbildung so verändert wissen, daß wir im Spitzenfeld liegen. Wir können das auch, nur müssen wir halt gemeinsam etwas tun. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich würde der ÖVP und der FPÖ empfehlen, über das, was wir gemeinsam aufgebaut haben, noch einmal nachzudenken. Und der letzte Samstag im Monat November ist eigentlich nicht der Tag, an dem man so viel kauft, denn die vielen Arbeitergruppen im Baugewerbe, im Textilgewerbe und im Metallgewerbe bekommen das Geld nämlich nicht am Letzten, sondern, wenn sie Glück haben, am 15. (StR. Neusser: Sie sind unglaublich, Herr Kollege!) Was heißt unglaublich? (StR. Neusser: Völlig unglaublich!) Wir haben es im Kollektivvertrag drinnen, daß bis spätestens am 15. bezahlt werden muß. (StR. Neusser: Sie nehmen Unwahrheiten nicht zurück! Sie haben keine Ahnung!) Sie bekommen es vielleicht auf den Tag genau, aber viele haben es nicht. (StR. Neusser: Sie haben wirklich keine Ahnung!) Erzählen Sie mir nicht so etwas. (Abg. Dr. Hirnschall: Am 15. November?) Am 15. Dezember. Sie können mir glauben, daß das bei den Handelsangestellten so ist. Bitte fragen Sie, wann sie es bekommen. (Abg. Ingrid Kariotis: Bei den Handelsangestellten? Das ist doch lächerlich!) Ich habe ja nicht behauptet, daß alle es am 15. bekommen, sondern daß es ein großer Teil der Beschäftigten erst nach diesem Einkaufstag bekommt. (Abg. Ingrid Kariotis: Sie haben gerade gesagt, die Bauarbeiter, die Metallarbeiter! Sie sind wirklich unglaublich!) Ich wiederhole es: Es gibt Gruppen im Metallgewerbe, im Textilgewerbe und im Baugewerbe, die erst am 15. Dezember das Weihnachtsgeld bekommen. Bitte nehmen Sie mir das ab. (Abg. Ing. Svoboda: Der ganze öffentliche Dienst bekommt es am 1. Dezember!)

Wenn Sie sagen, am langen Einkaufssamstag im November kauft man noch nicht, sondern schaut nur und informiert sich, so kann man auch im Umland um Wien gustieren und schauen und in Wien dann am ersten oder zweiten Samstag im Dezember kaufen. (Abg. Dr. Hirnschall: Das glauben Sie selber nicht!) Aus unseren Erfahrungen wissen wir, daß sich im Dezember immer das meiste abspielt. In unserer Elektrobranche ist das so. Da klagen die Geschäftsleute schon jahrelang, weil vorher nur gustiert und erst am letzten Tag gekauft wird. (Abg. Nettig: Eben!) Aber das kommt von den Leuten selber, die lassen sich halt oft bis zum Schluß Zeit. Sie werden das ja in Ihren Geschäften sehen. Wir erleben das nicht, daß die Leute sagen, am ersten Einkaufssamstag wollen wir unbedingt schon kaufen.

Aus all diesen Gründen lehnen wir Ihren Antrag ab. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Ing. Hofmann:** Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Haubenburger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Haubenburger:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtages! Am 6. Juli 1988 hat der Nationalrat ein Bundesgesetz beschlossen - es wurde heute schon gesagt -, mit dem das geltende Ladenschlußgesetz mit dem Ziel geändert wurde, einen Modellversuch für erweiterte Ladenöffnungszeiten in einem Versuchszeitraum vom 1. September 1988 bis 30. November 1989 zu ermöglichen. Damit wurde die Sozialpartnereinigung über den Modellversuch vom 25. April 1988 legislativ umgesetzt.

Meine Damen und Herren, Sie werden sich sicher noch genau erinnern können, daß Herr Landeshauptmann Dr. Zilk jede sich bietende Gelegenheit benutzt hat, in der Öffentlichkeit aufzutreten, um sich dazu zum Wort zu melden und seine Meinung dazu zu äußern. Ein Großteil der betroffenen Wiener Wirtschaft hat das begrüßt, weil wir darin eine aktive Unterstützung durch den Wiener Bürgermeister, den Landeshauptmann, gesehen haben, dem massiven Wunsch der Wirtschaft und auch der Konsumenten Rechnung zu tragen und eine Liberalisierung der Ladenschlußzeiten durchzusetzen.

Ich kann mich noch gut an die Argumente von Herrn Landeshauptmann Dr. Zilk erinnern, daß Wien seinem Ruf als Weltstadt gerecht werden müsse und nicht nur den Bürgern dieser Stadt, sondern auch den Gästen aus dem Ausland vernünftige Öffnungszeiten der Geschäfte anbieten müsse. Das waren die Worte unseres Bürgermeisters, unterstützt von der vollen wirtschaftlichen Kompetenz des Herrn Finanzstadtrates und Vizebürgermeisters Hans Mayr. Mit der Regelung - ich glaube, das kann man wirklich sagen - war ein Großteil der Wiener Wirtschaftstreibenden und natürlich auch der Konsumenten einverstanden. Es waren eigentlich alle zufrieden. Die Verordnung des Landeshauptmannes vom 24. Oktober 1988 mit einer Sonderregelung für den Ladenschluß an den letzten drei Samstagen vor dem 24. Dezember hat uns da wirklich wie ein Keulenschlag getroffen und ist für uns von der Wirtschaft und von der Wiener Volkspartei unverständlich. (Beifall bei der ÖVP.)

Da die vom Herrn Landeshauptmann getroffene Entscheidung einen schweren Nachteil für die Wiener Wirtschaft mit sich bringt und natürlich auch erhebliche Steuereinbußen, wird diese Zwangsmaßnahme nicht nur von der Wiener Handelskammer, sondern auch vom freien Wirtschaftsverband, also Ihrer Wirtschaftsvereinigung, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, entschieden zurückgewiesen. (Abg. Dr. Hirnschall: Ah da schau her!) Nach den bisherigen Reaktionen aus der Wiener Kaufmannschaft sind die Handelstreibenden über die Entscheidung von Landeshauptmann Zilk einen der vier traditionellen Weihnachtseinkaufssamstage zu streichen, wirklich empört. (LhptmSt. Mayr: Das stimmt ja nicht, Herr Kollege! - Abg. Ing. Svoboda: Das ist falsch!) Wirklich empört! (LhptmSt. Mayr: So schwach ist die Argumentation, daß Sie zu falschen Behauptungen greifen müssen!)

Meine Damen und Herren, damit werden die Interessen der Wiener Wirtschaft - und die sollten Sie auch vertreten, Herr Stadtrat (LhptmSt. Mayr: So schwach ist die Argumentation!) - ausgerechnet vom höchsten Repräsentanten der Bundesstadt, dem Landeshauptmann - Sie hat das Wort verraten gestört, Kollege Freitag, ich sage etwas anderes -, im Stich gelassen. (Abg. Dr. Neubert: Aha!) Der Kaufabfluß aus Wien ist dadurch gleichfalls programmiert, wenn die Geschäfte im Umland - und darum geht es - heuer im November... (LhptmSt. Mayr: Herr Kollege, der ist viel mehr programmiert durch die restriktive Haltung gegen die Ausweitung von Verkaufsmöglichkeiten in Wien! Viel mehr!) Ich komme dann noch darauf zurück. Herr Vizebürgermeister, es ist eine Realität und es ist nicht von der Hand zu weisen, daß, wenn im Umland die Geschäfte zweimal im November an einem Samstagnachmittag offenhalten dürfen, Wien den Verlust zu tragen hat. (LhptmSt. Mayr: Weil in Wien nicht zugelassen wird, daß neue Verkaufsmöglichkeiten geschaffen werden, entsteht ein dauernder Abfluß! Das ist die Politik der Wiener Handelskammer! - StR. Neusser: Es hat keinen Sinn wenn sie nicht aufsperren dürfen!)

Daß diese Politik gut ist, Herr Vizebürgermeister, haben Sie oft genug bestätigt. Daß diese Politik gut ist - ich meine jetzt die Politik der Wiener Handelskammer -, haben Sie oft genug bestätigt. Ist das richtig? (LhptmSt. Mayr: Wenn gute Vorschläge gefolgt sind, dann ja!) Die Wiener Handelsbetriebe können - und das wurde heute auch schon gesagt - zwar an diesem 26. November die Geschäfte bis 17 Uhr offenhalten, weil das nach dem Liberalisierungsversuch, den ich eingangs erwähnt habe, an einem Samstag im Monat möglich ist. Dann müssen die Kaufleute aber freilich auf den ersten Samstag im November verzichten, und das weisen wir entschieden zurück. (Abg. Ing. Svoboda: Das haben sie ja vereinbart!) Diese Entscheidung - leider ist der Herr Landeshauptmann nicht im Raum (Abg. Ing. Svoboda: Er hört es schon!) - ist wirtschaftsfeindlich, konsumentenfeindlich und politisch nicht gerechtfertigt. Die Argumente der Gewerkschaft haben hier nämlich keinen realen Stellenwert, weil dies nicht die Meinung der Handelsangestellten ist. Und es ist wirklich sehr bedenklich (Abg. Wimmer: Gerade Sie wissen es!) - horchen Sie mir bitte zu -, daß die angesehene Gewerkschaft der Handelsangestellten, die die Interessen der Arbeitnehmer zu wahren hat, bewußt gegen die Interessen dieser Arbeitnehmer, dieser Handelsangestellten, handelt - bewußt handelt - und ihnen dadurch finanziellen Schaden zufügt. (Abg. Pramel: Ja, ja!)

Herr Kollege Pramel, ich habe mir Ihren Debattenbeitrag sehr sorgfältig angehört und ich muß sagen, Sie haben völlig recht. Das Gespräch gehört gesucht, man muß gemeinsame Lösungen finden. Nur eines, Herr Kollege Freitag, möchte ich hier schon in aller Offenheit, ich glaube im Interesse aller

anwesenden Kollegen, aussprechen: Das Wort Kampf wollen wir in der politischen Diskussion nicht hören. Ich würde Sie wirklich bitten, daß Sie dieses Wort nicht mehr verwenden. (Abg. Ing. Svoboda: Das ist eine verbale Frage!) Wir wollen demokratisch diskutieren und etwas für unsere Handelsangestellten erreichen, genauso wie Sie. Nur das Wort Kampf weisen wir entschieden zurück. (Beifall bei der ÖVP.)

Noch eine Feststellung, meine Damen und Herren. Verzeihen Sie mir, daß ich das sage, aber ich glaube, es ist wirklich notwendig, weil gerade jene Damen und Herren, und dazu gehört auch der Herr Bürgermeister, sich oft über die Wortwahl beschweren, wenn sie zu hart ausfällt. Viele von Ihnen kennen mich lange genug, um zu wissen, daß ich gerade jener Mann bin, der immer wieder versucht, sachlich seinen Beitrag zu deponieren. Nur, eines möchte ich hier schon feststellen: Herr Landeshauptmann Dr. Zilk hat keine sehr gute Meinung von den Handelsangestellten. Er hat ja in einer wortgewaltigen Aussage anlässlich der Pressekonferenz vom 25. Oktober - Sie haben sie ja sicher alle gelesen - festgestellt, daß die Handelsangestellten für ihn die Parias unter den Berufsgruppen sind. Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, ich fordere Herrn Bürgermeister Dr. Zilk auf, sich bei den Handelsangestellten öffentlich zu entschuldigen (Beifall bei der ÖVP.), denn der Ausdruck Paria, meine Damen und Herren, stammt aus Indien und bedeutet laut Duden: "Menschen, die von der menschlichen Gesellschaft ausgestoßen und entrechert sind." (Abg. Oblasser: Durch diese Politik, bitte!) Lesen Sie nach, das heißt es!

Kollege Freitag ist leider nicht da, aber vor Herrn Kollegen Freitag hätte ich den Hut gezogen, wenn er sich gegen diese Entgleisung des Landeshauptmannes als Gewerkschafter der Handelsangestellten verwahrt hätte. Das wäre seine Pflicht als Gewerkschafter gewesen. (Rufe bei der SPÖ: Er sitzt auf der Galerie!) Sie aber haben das bis heute nicht getan, Herr Kollege Freitag. Sie haben hier die Stirn, von dieser Stelle aus zu polemisieren. Das ist die Wahrheit! (Abg. Wimmer: Aber der Herr Landeshauptmann hat ja noch etwas dazugesagt, nämlich weil sie wirklich schlecht bezahlt sind und weil die Unternehmerseite nicht bereit ist, das zu ändern!) So eine Wortwahl, Herr Kollege, ist absolut abzulehnen. Es ist eine Unterstellung (Abg. Wimmer: Das ist ja beweisbar!), die Handelsangestellten, die für mich einen sehr ehrwürdigen Berufsstand darstellen, so zu bezeichnen. Merken Sie sich das! (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Ing. Riedler: Das haben Sie falsch verstanden!) Die Handelsangestellten sind nicht - und ich sage das jetzt zum letztenmal - die Parias unter den Berufsgruppen, es sind hochqualifizierte Mitarbeiter (Abg. Brosch: Bezahl auch?), die eine leistungsbezogene Bezahlung bekommen. Ich spreche hier für meine Branche.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, die Empörung unter den Wiener Kaufleuten und unter den Handelsangestellten über das amtlich verhängte Verkaufsverbot für den 26. November ist deswegen verständlich, weil für viele Branchen das Weihnachtsgeschäft ein ganz bestimmter Umsatz - auch das hat Kollege Pramel erwähnt - im Jahresumsatz ist und damit kalkuliert wird. Das trifft auch für den Bereich des Elektrohandels, den ich in der Wiener Handelskammer vertrete, zu. Im Vorjahr sind vom gesamten Wiener Einzelhandel 77,5 Milliarden Schilling umgesetzt worden, davon fast 7 Milliarden Schilling in den letzten fünf Wochen vor Weihnachten. (Abg. Ing. Riedler: 10 Prozent! Und wie viele Monate hat das Jahr?) Beim Elektrofachhandel beträgt der Umsatzanteil vor allem in der Unterhaltungselektronik zirka 17 Prozent des Jahresumsatzes. Das nur zu Ihrer persönlichen Information. Das bedeutet einen Umsatzverlust - ich spreche jetzt wieder für meine Branche - von hunderten Millionen Schilling (Abg. Jank: In fünf Stunden?) und natürlich auch einen Verdienstentgang unserer hochqualifizierten Mitarbeiter, die ja mit diesem zusätzlichen Einkommen, das sie größtenteils - und das muß auch ausgesprochen werden - in Form von Umsatzbeteiligungen bekommen, gerechnet haben.

Daß durch den von Landeshauptmann Zilk gegrapschten Samstag (Abg. Brosch: Das ist aber auch kein richtiges Wort!) ein enormer Kaufverlust der Wiener Wirtschaft zu befürchten ist und natürlich auch eine dem Wiener Finanzstadtrat und Vizebürgermeister entgangene Steuer ist, glaube ich, ist eine traurige Tatsache, die wir feststellen müssen. Die Aktion steht in einem wirklichen Gegensatz zu den Werbe- und Förderungsmaßnahmen, die auf breiter Basis getragen, über politische, kleinkarierte Interessen hinweg zur Belebung der Wiener Wirtschaft von Bürgermeister Zilk und Vizebürgermeister Mayr als persönliches Bekenntnis dargestellt wurden und gemeinsam mit der Wiener Wirtschaft zum Wohle unserer

Stadt beschlossen wurden. Darum, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, gibt es Aktionen der Wiener Wirtschaft, des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds - das wurde heute ebenfalls erwähnt -, die viel Geld kosten oder gekostet haben, wie zum Beispiel "Einkauf in Wien" oder "Wien das größte Einkaufszentrum". Auch dieser Slogan dürfte Ihnen bekannt sein. Warum wird das gemacht? Natürlich darum, um die Kaufkraft in Wien zu halten. Mit amtlichen Verkaufsverboten, meine Damen und Herren, wird uns das sicher nicht gelingen.

Bezüglich des Steuerentgangs, der ja eine natürliche Folge dieses Verkaufsverbots ist, frage ich Herrn Finanzstadtrat Mayr, wer hier die Ausfallshaftung übernimmt. Die Wiener Wirtschaft sicher nicht. Politisch verantwortlich dafür, meine Damen und Herren, sind Sie von der Sozialistischen Partei dieses Hauses. (Abg. Ing. Svoboda: Wir stehen zu Vereinbarungen!)

Herr Kollege Svoboda, Sie haben heute - und ich möchte das wirklich sehr ernst feststellen - eine Erhöhung der Hundesteuer beschlossen. Diese Mehreinnahmen für den Finanzstadtrat werden größtenteils von einkommensschwächeren Mitbürgern unserer Stadt gezahlt werden müssen und vorwiegend von älteren Menschen. (Abg. Oblässer: Die Hundedebatte ist aber vorbei!) Bitte denken Sie einmal darüber nach. Heute nachmittag wird im Wiener Gemeinderat eine Tariferhöhung der Verkehrsbetriebe mit Ihren Stimmen beschlossen werden. (Abg. Jank: Auch die Mietermitbestimmung!) Meine Damen und Herren, wollen Sie nicht einsehen, daß dem Bürger und Steuerzahler der Kragen platzen muß, wenn er einerseits bei jeder sich bietenden Gelegenheit zur Kasse gebeten wird und andererseits bewußt Steuereinnahmen im großen Ausmaß durch verordneten Dirigismus verhindert werden? (Abg. Schiel: Ich möchte nur daran erinnern, daß es im Handel auch Preiserhöhungen gibt!)

Abschließend möchte ich Herrn Landeshauptmann Dr. Zilk noch mitteilen, daß seine Drohung - und das war nichts anderes -, daß jeder Fall, wenn jemand sein Geschäft an allen vier Samstagen offenhält, geahndet wird, sicher ins Leere geht. (Abg. Mag. Zima: Wieso?) Wir von der Wiener Wirtschaft müssen und werden selbstverständlich diese Verordnung, wenn sie nicht zurückgenommen wird, respektieren. Die Strafbestimmungen sehen übrigens nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung eine Höchststrafe für einen Verstoß von 10.000 Schilling vor. An den gutgemeinten Rat und die Aufforderung von Funktionären des Freien Wirtschaftsverbandes, also von Ihrer Partei, meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion dieses Hauses, die Geschäfte doch offenzuhalten, es werde schon nichts passieren, halten wir uns nicht. (Abg. Hufnagl: Es geht ja wahlweise problemlos!) Das werden wir sicher nicht tun. Wir wollen und verlangen, daß Zusagen eingehalten werden (Abg. Brosch: Ja, genau!) und daß das Vertrauensverhältnis und das gute Klima zwischen der Wiener Wirtschaft und der Stadtverwaltung wiederhergestellt wird.

Darum, meine Damen und Herren, gibt es für uns nur eine konsequente Forderung: Herr Landeshauptmann, nehmen Sie diese Verordnung, mit der eine Sonderregelung für den Ladenschluß an den letzten drei Samstagen vor dem 24. Dezember 1988 getroffen wurde, zurück. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Welan:** Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Oblässer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Oblässer:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtages! Es ist ja heute schon sehr viel gesagt worden, sehr viel an Argumenten gebracht worden und ich meine, daß da nicht mehr viel zu sagen bleibt.

Bedrückend an der ganzen Sache ist eigentlich die Tatsache, daß all jene, die gedacht haben, nach dem Sozialpartnerabkommen werde nun in der Ladenschlußfrage auf 15 Monate Ruhe einkehren, gründlich enttäuscht wurden. Warum das so gekommen ist, wurde heute ja schon ausreichend dargelegt. Was mir in den letzten Tagen an dieser Sache nicht gefallen hat, waren die schrillen Töne, die da gekommen sind. Äußerungen sind in der Öffentlichkeit gefallen, die man eigentlich nicht für möglich halten würde und die man gelinde gesagt als geschmacklos bezeichnen muß. Es tut mir leid, daß ich das aufzeigen muß, aber Herr Präsident Dittrich hat eine Wortwahl getroffen, die für mich eher bestürzend war. Er hat den Landeshauptmann von Wien als Verräter bezeichnet. Er hat gesagt: "Er verrät die Interessen der Wiener Wirtschaft." Derselbe Herr wirft dem Landeshauptmann vor, daß er mit dieser Verordnung das Gesetz

bricht. Ich habe mir das in der apa-Aussendung noch einmal durchgelesen. Das stimmt so, so hat er es gesagt. Lassen Sie mich das hier in aller Deutlichkeit feststellen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wenn es einen Landeshauptmann gibt, dem man vorwerfen könnte, daß er das Gesetz über Arbeitsruhe und Ladenschluß verletzt hat und dies auch von einem Höchstgericht dieses Landes bestätigt bekommen hat, dann müssen Sie nach Salzburg schauen, denn dort sitzt einer. Landeshauptmann Zilk hat das nicht getan. (Beifall bei der SPÖ.)

Was sollen denn diese Bemerkungen, die Wiener Wirtschaft werde hier vom Landeshauptmann verraten. Das stimmt doch nicht, das ist doch belegbar. Gerade dieser Funktionär müßte doch ganz deutlich wissen, welch große Beträge aus Steuermitteln dieser Stadt aufgewendet werden, um vor allem auch den kleineren Betrieben zu helfen, bei der Neugründung, bei der Modernisierung, bei der Innovation. Es gibt viele, viele Zahlen, die ich Ihnen vorlesen könnte. Ich will Sie aber gar nicht damit behelligen. Da gibt es 10-Millionen-Beträge bei jeder Aktion, etwa bei der Zuschußaktion, wenn es darum geht die Jungunternehmer zu fördern, bei der Zinsenstützungsaktion oder bei der Exportförderungsaktion. Ja bitte, das weiß doch Herr Präsident Dittrich sicher alles genau. Und wenn er dann wider besseres Wissen den Landeshauptmann als Verräter bezeichnet, dann finde ich, ist das schon ein sehr, sehr starkes Stück.

Und noch etwas. Es wird da so getan, als ob in ganz Österreich alle Kaufleute, die aufsperren wollen, aufsperren können, weil alle so vehement daran interessiert wären, zusätzlich noch einen Samstag zu bekommen. Nur in Wien werden sie daran gehindert. Ich habe mir gestern eine Zeitung angeschaut, die unverdächtig ist, dem linken Spektrum anzugehören, nämlich die in rosa gehaltene Zeitung "Der Standard". Da war ein ganzseitiger Artikel über das lange Einkaufen am Samstag drinnen. Da hat "Der Standard" eine Rundfrage gemacht und bei dieser Rundfrage in allen Bundesländern war Interessantes zu vermerken. Ich habe da das erste Mal gelesen, daß nicht nur in Wien die Situation so sein wird, sondern daß auch in der Steiermark aller Voraussicht nach nur ein Samstag im November offen sein wird. Das dürfte manchen entgangen sein. Was ist denn sonst mit dem langen Samstag? Nun, Tirol meldet - und das sind keine Gewerkschaftsmeldungen, das sind durchaus Meldungen aus der Handelskammer und von den Betrieben -: Nur im Unter-Inntal erfolgreich. Wie schaut es denn in Oberösterreich aus? In Oberösterreich ist der Ausnützungsgrad durch die Unternehmen nicht sehr groß, Optimismus vor allem nur in Wels. Was macht das Burgenland? Die hoffen auf die Ungarn, die dann am Samstag dort einkaufen sollen. Also es geht nicht darum, daß die Burgenländer ihr Weihnachtsgeld im Burgenland lassen, sondern man hofft, daß man auch aus dem Ausland etwas bekommt. Es zeigt sich also, daß auch diese Handelsströme und Einkaufsströme keine Einbahnstraße sind. Wir dürfen unsere Bewohner nicht auffordern, nur in Österreich zu kaufen, jeder andere ist ein Vaterlandsverräter, wenn man auf der anderen Seite sieht, was sich da täglich auf der Mariahilfer Straße abspielt. Und so geht es weiter.

Kärnten meint, daß das ein überflüssiger Versuch ist und Niederösterreich ist eigentlich nur in den Randgebieten rund um Wien davon betroffen, denn ich kann mir schwer vorstellen, daß ein Wiener, nur weil am Samstag in Zwettl offen ist, dort einen Anzug oder ein Paar Schuhe kauft. Das ist doch wohl nicht anzunehmen. (Abg. Dr. Hirnschall: Zur SCS fährt er schon!) Ich habe ja gesagt, das betrifft die Randgebiete rund um Wien. Die Überschrift des Artikels war "Kaum Zuwächse", was nichts anderes heißt, als daß sich zeigt, daß es nur eine begrenzte Kaufkraft gibt, die umgesetzt wird. Zusätzliches Geld haben die Leute nicht, auch wenn wir die Geschäfte Tag und Nacht offenhalten lassen.

Ich möchte noch auf eine interessante Situation hinweisen. Vor einem Jahr etwa hat Präsident Dittrich gemeint, der letzte Novembersamstag bringe nichts, da hätten die Leute eh kein Geld zum Ausgeben. Wichtig sei der 8. Dezember, weil da könne man das Geschäft machen. Der letzte November nütze uns überhaupt nichts. Ich kann das zitieren, ich habe die Unterlagen da, ich kann es beweisen. Heute sagt Kollege Nettig, den ich als Fotohändler sehr schätze, auch als Fußballexperten, ganz deutlich: "Den brauchen wir. Da haben die Leute zwar noch kein Geld, aber er hat einen hohen Informations- und Beratungscharakter und daher brauchen wir diesen Samstag Ende November." Jetzt frage ich mich: Was ist da wirklich gemeint und was wird da gespielt? Da gibt es einen Text in der Zeitung "Die Presse" - Sie sehen, ich bemühe mich, nicht die "AZ" zu zitieren, damit nicht gesagt wird, ich zitiere nur die Linkspresse

- am 11. Februar dieses Jahres: "Zum Marienfeiertag am 8. Dezember, der diesmal auf einen Donnerstag fällt, macht Dittrich eine verdeckte Kriegserklärung" - das ist das, was Kollege Freitag ja schon ange- sprochen hat, diese harschen Töne aus dem Kriegsbereich. (Abg. Ing. Svoboda: Der Abg. Haubenburger hat gesagt, von Krieg reden wir!) Er werde alles unternehmen, damit die Geschäfte in Wien an diesem Tag offenhalten können (Abg. Ing. Svoboda: Also wie ist das, Kollege Haubenburger?), sonst würden 450.000 Wiener die Stadt verlassen. Jetzt frage ich mich - ich weiß nicht, vielleicht irre ich mich da, vielleicht vermute ich das nur... (StR. Neusser: Sicher! - Heiterkeit.) Es könnte sein, ich räume das durchaus ein. Aber wäre es nicht denkbar, daß um diesen letzten Novembersamstag vielleicht nur deshalb so intensiv gekämpft wird, damit man ihn dann, wenn man ihn einmal hat, gegen den 8. Dezember eintauschen könnte, weil die Leute da schon das Weihnachtsgeld haben, denn am 26. November, Frau Kollegin Kario- tis, haben noch die wenigsten Leute das Weihnachtsgeld? Vielleicht können Sie ihrem Klubobmann genau erklären, wie das mit dem Weihnachtsgeld ist. Die wenigsten haben es schon um diese Zeit.

Ich glaube, daß hier ein bißchen übertaktiert wurde, daß man versucht hat, beide Samstage im November zu erreichen. Und weil man jetzt sieht, daß das nicht geht, versucht man, den Bürgermeister zum Buhmann zu machen. Aber er hat nicht nur die Interessen der Wirtschaft zu vertreten, er hat auch die Interessen der Konsumenten, der Handelsangestellten, aller Wienerinnen und Wiener zu vertreten und er muß sich vor allem an das Gesetz und an das Sozialpartnerabkommen halten.

Das Leid der Handelsangestellten wurde heute schon mehrmals geschildert. Ich möchte da gar nicht noch speziell darauf eingehen. Aber wenn Kollege Haubenburger gemeint hat, es wäre eine Ver- ächtlichmachung dieser Handelsangestellten, wenn der Bürgermeister sagt, sie sind die Parias der Gesellschaft, dann muß ich doch sagen, daß er sie sicher nicht verächtlich machen wollte. Er wollte damit sagen, daß sie eigentlich für eine schlechte Bezahlung und unter ungünstigen Arbeitsbedingungen diese Leistung erbringen müssen und sozialrechtlich unterprivilegiert sind. Das ist keine Beleidigung dieser Berufsgruppe, sondern eine Feststellung, daß das vom Sozialrecht her Leute sind, die eigentlich schwer benachteiligt sind. Das, glaube ich, muß man schon ins richtige Licht rücken. (Beifall bei der SPÖ. - StR. Neusser: Wie Milch und Honig fließen Ihnen die Worte!)

Ich möchte zum Schluß kommen. (Abg. Dr. Goller: Ein vernünftiges Wort!) Ich weiß, Sie warten dar- auf, aber Sie sehen, ich komme Ihren Interessen da gerne entgegen. Ich glaube, wir sollten jetzt einmal abwarten, was dieser Langzeitversuch wirklich bringt, wo die Schwächen liegen und ob auch der Handel das so will. Fragen Sie doch einmal die Leute. Die wissen nicht, welches Geschäft am Donnerstag offen hat und welches am Samstag offen hat. (Abg. Dr. Hirnschall: Richtig!) Das ist ein Versäumnis des Han- dels, nicht des Konsumenten, nicht des Landeshauptmannes, nicht der Gewerkschaft, sondern einzig und alleine des Handels, weil sich die Geschäftsleute nicht einig sind, wann sie aufsperren. Das führt zu einer Desinformation der Konsumenten. (Abg. Dr. Hirnschall: Am 26. November werden sie es recht nicht wissen können! Wie sollen sie es wissen?) Also man soll die Schuld nicht immer nur bei der Gewerkschaft suchen. Warten wir ab, was diese 15 Monate an Ergebnissen bringen und ziehen wir dann die Konse- quenzen daraus. Ich glaube, das ist sinnvoller. Beschimpfungen und Androhungen von Gesetzesbrüchen stellen wirklich keinen positiven Beitrag zur Sache dar. Man sollte doch in einem ruhigeren Klima, dann vielleicht nach Weihnachten, noch einmal über die Dinge reden. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Welan:** Als nächster Redner ist Herr Stadtrat Neusser gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Stadtrat Neusser:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Wortmeldung sollte eigentlich so beginnen: Als Minderheitssprecher möchte ich auf eine Minderheit zu sprechen kom- men. Ich komme darauf dann noch zurück.

Ich möchte mit einem Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft beginnen. Nach wie vor bin ich der Mei- nung, daß in Österreich deswegen ein gutes Klima herrscht, weil die Sozialpartnerschaft in Österreich gut funktioniert. Allerdings muß ich hinzufügen, daß der Zweifel heute ganz beträchtlich hochgekommen ist, wenn ich die eine Seite des Sozialpartners gehörte habe. Abgesehen davon, daß Beleidigungen gefal- len sind, die man eigentlich noch genauer untersuchen müßte, sind auch Verdrehungen - ich sage

absichtlich Verdrehungen -, Verschweigungen und Verwechslungen hier ganz offen gebracht worden. Zum Beispiel hat Herr Kollege Oblässer ganz zum Schluß gesagt, daß Dittrich zunächst einmal gesagt hätte, der Samstag im November wäre gar nicht so wichtig, es sollte eigentlich am 8. Dezember offen sein. Er hat dabei verschwiegen, daß zu dem Zeitpunkt, als Dittrich dieses sagte, der letzte Samstag im November noch gar nicht zur Debatte gestanden ist. Es hat dieses Übereinkommen zwischen den Sozialpartnern noch nicht gegeben. Da war es richtig, daß er sagt, der 8. Dezember wäre wichtig für den Einkauf, weil - das brauche ich Ihnen nicht erklären, Sie wissen es selber - von Wien aus sehr viele nach Ungarn gefahren sind und weil im übrigen Österreich, angrenzend an Deutschland, eine hohe Käuferflucht stattgefunden hat. Ich kann mich erinnern, da gab es sogar einmal eine Zeitungsmeldung, daß sich der damalige und jetzige Sozialminister Dallinger in München - ich glaube, da hat es sogar ein Bild gegeben - am 8. Dezember einen Anzug gekauft hat. (Amtsf. StR. Christine Schirmer: Das sind doch Gerüchte!) Das hat es gegeben. Sie haben ja die Zeitung auch gesehen. Ich will es aber gar nicht so sehr hervorstrecken.

Ich war nur erschüttert - Herr Freitag, das gilt auch für Sie -, daß Sie zum Beispiel angeschnitten haben - das hat mir einerseits gefallen -, die Kampfstimmung der Gewerkschaft wird es nicht geben, und auf der anderen Seite erwähnen Sie schrille Töne des Herrn Dittrich. Ich erinnere Sie an den 8. Dezember in Salzburg, wo der Landeshauptmann eine Verordnung erlassen hat, die rechtlich auch umstritten war. Welches Urteil oder Erkenntnis es da gab, wissen Sie genau. Es war politischer Druck, eindeutig politischer Druck. Darüber wollen wir nicht reden, aber Sie haben damals - mit Sie meine ich jetzt die Gewerkschaft - Kampfstimmung hineingebracht. Das haben Sie anscheinend vergessen. Ich bin neugierig, was Sie unternehmen werden, wenn unter Umständen am 26. November doch einige Läden offenhalten werden und den ersten Samstag auch genutzt haben. Ich bin ja nur neugierig, wie Sie das überhaupt überprüfen!

Meine Damen und Herren, Frau Abg. Hostasch hat ganz besonders den Rechtsbruch der Sporthändler hervorgehoben und Frau Kollegin Kariotis hat sich dann darüber beklagt, daß Dittrich nicht die richtigen Interessen der Handelstreibenden, also auch der Sportartikelhändler, vertritt. Ich frage mich, wie ein kleiner Händler verstehen können soll, wieso über die Gasse drüber ein Sportartikelhändler offenhalten darf. Offenhalten darf er, weil (Abg. Freitag: Damals ja nicht!) Sie haben ja die Landeshauptleute der acht anderen Bundesländer auch beschuldigt, daß sie Rechtsbruch begehen werden. (Abg. Freitag: Nein!) Das müssen Sie denen erst erklären, Herr Freitag. (Abg. Freitag: Völlig falsch! Lesen Sie das Protokoll!) Ich werde sicher weitergeben, daß Sie das gemeint haben! Sicher werde ich das weitergeben! (Abg. Wimmer: Er hat kein Wort über die Landeshauptleute gesagt!) Natürlich hat er das von den anderen acht Bundesländern gesagt. Es ist ja ganz logisch, es ist ja vollkommen folgerichtig, daß... (Abg. Freitag: Ihre Unternehmerkollegen, nicht die Landeshauptleute! Ihre Kollegen!) Aber geh! Die Landeshauptleute haben überhaupt nichts dagegen, daß an zwei Samstagen offen ist. (Abg. Freitag: Zuhören, nur zuhören! Sie sitzen in der ersten Reihe!) Wie soll dem klarwerden, daß der eine darf und er darf nicht? Wie soll ihm das klarwerden?

Abgesehen davon möchte ich auch sagen, daß die Rechtsauffassung, Herr Kollege Freitag, in Österreich eine sehr umstrittene Angelegenheit ist. Wenn es nicht so wäre, wenn es nicht bei jedem Gesetz verschiedene Auffassungen gäbe, bräuchten wir keine Obergerichte, bräuchten wir keinen Verfassungsgerichtshof, bräuchten wir keinen Verwaltungsgerichtshof. Die Rechtsauffassung unserer Seite, der Handelskammer, ist, daß ganz eindeutig Sie einen Rechtsbruch begehen, weil Sie die Sozialpartnerschaftsvereinbarung nicht einhalten, weil Sie Ihren Landeshauptmann veranlaßt haben, daß er diesen Samstag streicht oder man nur wahlweise offenhalten darf. Das ist ein echter Bruch der Vereinbarungen. (Abg. Freitag: Das stimmt nicht!)

Meine Damen und Herren, dann ist hier auch der Ausspruch gefallen: "Wegen der fünf Stunden regt Ihr Euch auf!" Ich komme jetzt zu den Minderheiten, die bisher noch nicht behandelt wurden. Es ist eine relativ kleine Minderheit, sie betrifft einen Teil des Gewerbes, das ich als Interessenvertreter zu vertreten habe. Es betrifft die Kürschner, die Gold- und Silberschmiede, die Bäcker, die Fleischhauer, die

Konditoren und die Lederwarenerzeuger. Es wurde heute schon gesagt, daß im Weihnachtsgeschäft rund 30 Prozent des Jahresumsatzes erwirtschaftet werden. Bei dieser Gruppe des Gewerbes sind es 60 Prozent. Sie haben richtig gehört, 60 Prozent. (Abg. Freitag: Sind das die Christbaumschmuckhersteller?) Ich hab Ihnen das gerade erklärt. Sie müssen auch zuhören, Herr Freitag! Es sind die Kürschner, die Gold- und Silberschmiede, die Bäcker, die Fleischhauer, die Konditoren und die Lederwarenerzeuger. (Abg. Jank: Daß ein Bäcker 60 Prozent Umsatz zu Weihnachten machen soll, ist wohl ein Scherz!) Das ist kein Scherz! Sie haben anscheinend auch keine Ahnung vom Geschäft. (Abg. Jank: Das müssen Sie mir erklären!) Der Bäcker darf natürlich auch Feinbackwaren erzeugen, und Sie werden zu Weihnachten oder zu den Feiertagen wahrscheinlich auch mehr Süßigkeiten essen als an den normalen Tagen. (Abg. Ing. Riedler: Das hat ja nichts mit dem Samstag zu tun, Herr Kollege!) Aber natürlich, ich komme schon noch darauf zurück!

Selbst wenn ich jetzt die Bäcker, die Fleischhauer und die Konditoren herausnehme (Abg. Wimmer: Nur?), bleiben bei Verlust eines Samstages noch immer 41 Millionen Schilling und wenn ich das jetzt teile, bleiben noch immer 20 Millionen Schilling übrig, die er echt verliert. Wenn Sie jetzt ein Kürschner sind, Ihr Geschäft machen könnten, nach den Vereinbarungen der Sozialpartner auch glauben, daß Sie sicher ein Geschäft machen, und dann kommt der Herr Landeshauptmann und sagt, daß Sie das nicht dürfen, dann frage ich Sie, was Sie als Kürschnermeister dem Herrn Landeshauptmann sagen würden?

Damit bin ich bei den angeblichen Beleidigungen des Kammerpräsidenten gegenüber dem Herrn Landeshauptmann. Wenn Sie diese Aussendung genau gelesen haben - aber das haben Sie ja überall verschwiegen -, dann hat der Kammerpräsident nichts anderes gemacht, als die Empörung der Handelsreibenden zum Ausdruck gebracht, die durch eine Blitzumfrage erfragt wurde. Er hat ganz deutlich gesagt - und das steht am Eingang dieser apa-Aussendung, die Sie alle in der Hand gehabt haben, drinnen -, daß er von dieser Umfrage berichtet hat. Wo ist da die Beleidigung des Handelskammerpräsidenten gegenüber dem Landeshauptmann? Da ist die Aussage des Herrn Landeshauptmannes über die Parias weitaus gewichtiger und trifft auch eine größere Gruppe von Beschäftigten. Das ist aber seine Sache. (Abg. Freitag: Die haben sich auch nicht aufgeregt!) Ich habe Sie nicht gehört. (Abg. Freitag: Die haben sich nicht aufgeregt! Von diesen Beschäftigten habe ich keine Reklamation bekommen! Die haben das richtig verstanden!) Ich habe ihn da, Sie haben ihn auch in der Hand. Lesen Sie ihn und dann können wir darüber reden. Meine zwanzig Minuten sind mir wichtiger.

Meine Damen und Herren! Es ist also für einen Kürschner, für einen Gold- und Silberschmied, für einen Lederwarenerzeuger gar nicht so nebensächlich, ob er am Samstag offenhalten darf, so wie es ihm angekündigt wurde, oder nicht. (Abg. Ing. Riedler: Das glaube ich nicht!)

Der Herr Landeshauptmann hat dann auch in einer Beantwortung in der Fragestunde angeführt, Dittrich hätte einen Brief geschrieben, der Samstag wäre gar nicht so wichtig wie Weihnachten. Zu Weihnachten machen wir mehr Geschäft. Das ist jetzt durch meine Zahlen belegt. Aber wenn der Samstag nicht so wichtig ist wie Weihnachten, wie wichtig ist dann ein Samstag zur Weihnachtszeit, meine Damen und Herren? Der zählt ja dann doppelt. Diese fünf Stunden sind sicherlich ein gewaltiger Verlust für jene, die damit gerechnet haben. Die Einkaufsgewohnheiten der Wiener, das hoffe ich zumindest, kennen Sie genausogut wie wir sie kennen. Er schaut, er wiegt ab und dann kauft er. Das hat Herr Abg. Nettig schon gesagt und das ist auch richtig so. Wenn er aber nicht schauen kann, wenn er gar nicht die Möglichkeit hat zu prüfen und abzuwägen, dann wird er auch nicht kaufen können, und um das geht es uns. Das sind die wichtigen Argumente, die uns veranlassen, den Herrn Bürgermeister respektive den Herrn Landeshauptmann aufzufordern, seine Meinung zu revidieren.

Der Herr Landeshauptmann - ich hoffe, er hört mich in seinem Büro - hat im letzten Stadtsenat angekündigt, er wird seine schon lang geplante Chinareise antreten - er ist schon da (Abg. Dr. Neubert: Schon wieder!) - und er freue sich schon darauf. Ich gönne ihm diese Freude. (Lhptm. Dr. Zilk: Ich freue mich auch!) Aber ich ersuche Sie, Herr Landeshauptmann, wenn Sie vorher nach Singapur kommen, dort mit Ihrem Kollegen Kontakt aufzunehmen (Lhptm. Dr. Zilk: Nehme ich nicht!), ob er auch bereit ist, einen Samstag vor Weihnachten oder vor einem anderen Fest (Lhptm. Dr. Zilk: Jetzt tut er schon die Chinesen

christianisieren!) einfach wegzustreichen. Das würde ich ihn fragen. Herr Landeshauptmann, Sie fahren gerne nach Italien - warum auch nicht. (Lhptm. Dr. Zilk: Ich fahre überhaupt nie nach Italien! - Ich bin am liebsten in Wien!) Sie fahren gerne ins Ausland, Sie sind ein weitgereister Mann, das haben Sie schon x-mal... (Lhptm. Dr. Zilk: Bei den Wiener Bürgern fühle ich mich am wohlsten!) Wie ist denn das dort? Streiten die herum, ob die an einem Samstagnachmittag offenhalten dürfen oder nicht. Die streiten sich nicht herum. Aber Sie, Herr Landeshauptmann, in Ihrer Verantwortung als Landeshauptmann greifen hier in einen sehr komplizierten wirtschaftlichen Gang ein, den Sie, meiner Meinung nach, nicht richtig eingeschätzt haben, denn sonst könnten Sie diese Verordnung nicht treffen. (Zwischenrufe der Abgen. Jank und Schiel.) Ich habe Sie nicht verstanden, Herr Kollege. Sie reden jetzt von Äpfeln, ich rede von Birnen. Da müssen wir uns erst einigen, worüber wir reden.

Ich würde Ihnen, Herr Landeshauptmann, folgenden Vorschlag machen: Ein Kollege von mir hat Ihnen schon gesagt, daß Sie Ihr Gesicht nicht verlieren, wenn Sie Maßnahmen ergreifen. Ich würde Ihnen zusätzlich noch vorschlagen, was auch schon in den Medien gestanden ist: Geben Sie diesen Samstagnachmittag frei und streichen Sie dafür den ersten Samstag im Jänner. Das wäre ein Ausgleich, der sicherlich für alle annehmbar wäre, und es wäre sicherlich gut für Wien, würden Sie diese Entscheidung treffen. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Welan:** Als nächster Redner ist Herr Abg. Riepl gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Riepl:** Sehr verehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Landtages! Ich möchte vorerst feststellen, daß ich froh bin, daß ich in Österreich leben darf. Daher brauche ich auch nicht den Vergleich mit Singapur. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich bin auch froh, daß ich die Möglichkeit habe, zu diesem Thema heute einige Aussagen treffen zu können, vor allem weil ich mit meinem Vorrredner wenigstens in einem Punkt übereinstimme. Man soll nichts verdrehen und bei der Wahrheit bleiben. Deshalb bin ich dankbar, daß ich eine Presseaussendung der Wiener Handelskammer, datiert mit 11. August 1988, also nach der Sozialpartnereinigung, vor mir liegen haben, die interessanterweise in einem Absatz genau das mitteilt, was unsere Fraktion, die sozialistische Fraktion dieses Hauses, jetzt in mehreren Stunden und mit vielen Debattenrednern versucht hat, klarzumachen und klarzustellen. Ich zitiere nunmehr aus dieser vom 11. August 1988 stammenden Presseaussendung der Handelskammer: "Wer von den Kaufleuten am 26. November, am ersten Einkaufs- samstag vor Weihnachten, offenhalten möchte, kann den ganzen November den Donnerstagabend nicht nützen, sondern kann nur an diesem einen Samstagnachmittag verkaufen." So die Aussage der Handelskammer vom 11. August, die mit unserer Aussage völlig übereinstimmt. Ich betone noch einmal, nach Vorliegen der Sozialpartnerregelung. Ich glaube, es ist wichtig, solche Dinge festzustellen, damit hier wirklich nicht versucht wird, das eine mit dem anderen zu vermischen.

Sehr verehrte Damen und Herren! Die Handelsangestellten-Gewerkschaft wurde von Herrn Abg. Haubenburger massiv angegriffen. Ich fühle mich als Gewerkschafter verpflichtet, einen Satz dazu zu sagen. Ich möchte behaupten, daß die Handelsangestellten-Gewerkschaft bewußt im Interesse der Beschäftigten und nicht, wie behauptet, gegen die Interessen der Beschäftigten agiert und sicher auch in Zukunft im Interesse der Beschäftigten agieren wird, und zwar so wie jede andere Gewerkschaft in unserem Lande auch. (Beifall bei der SPÖ.)

Wer sind denn die österreichischen Gewerkschaften? Ich möchte diese Frage auch an Frau Abg. Kariotis richten. Wer sind denn die Gewerkschaften, die hier in diesem Saal heute sehr oft zitiert und angegriffen wurden? Sie sind die Summe der frei gewählten Betriebsräte, die von ihren Beschäftigten, von ihren Mitgliedern gewählt wurden, und sie sind vertreten durch Sprecher, so wie von unserem Kollegen Freitag hier in diesem Haus.

Und dann hören wir - und damit zum Thema - schon zwei- oder dreimal im Laufe der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt, daß am ersten Samstag - auch Herr Komm.Rat Nettig hat das so formuliert - eh nur geschaut wird. Und dann kommt der nächste Redner von der ÖVP-Fraktion und sagt, es wird einen Kaufkraftverlust geben. Er beklagt diesen Kaufkraftverlust und befürchtet, daß damit natürlich

auch weniger Steuereinnahmen zu erwarten sind. Das paßt doch einfach nicht zusammen, außer es ist geplant im Wiener Handel, daß man für das Schauen auch schon zahlen muß. Das könnte die Erklärung dafür sein, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Es gibt in unserem Land eine große Partei, nämlich die Österreichische Volkspartei, deren Vertreter in diesem Jahr keine Gelegenheit ausgelassen haben, euphorisch Österreichs sofortigen Beitritt zur EG zu fordern. Österreich muß teilhaben am europäischen Binnenmarkt, wurde immer wieder verlautet. Ein einheitlicher Wirtschaftsraum ist das Ziel, tönt es tagtäglich durch unser Land. Alle damit verbundenen Probleme werden dabei allerdings verschwiegen, Probleme wie freie Arbeitsplatzwahl, freier Wirtschaftsraum, freier Kapitalverkehr, freie Grenzkontrollen und vor allem die Probleme, die auf Wien und den Wiener Handel zukommen werden, wenn das, was die Handelsvertreter und die Bundeswirtschaftskammer euphorisch verlangen, 1992 tatsächlich Wirklichkeit werden wird. Ich hätte mir gewünscht, daß die Diskussion nicht wegen vier oder fünf Stunden Öffnungszeit in einem Jahr über die Bühne geht, sondern daß man sich von seiten der Antragsteller damit auseinandersetzt, was auf uns zukommen wird, wenn das, was sie selbst verlangen, tatsächlich realisiert werden sollte. Ich glaube, für die Wiener Wirtschaft, die Arbeitnehmer in Wien, aber auch die Konsumenten wäre es interessant, hier zu hören, wie die Stellenwerte und die Standpunkte ausschauen, und nicht, ob man im Jahr an irgendeinem Tag die Geschäfte länger offenhalten kann oder nicht.

Sehr verehrte Damen und Herren! Ist das die angepriesene Europareife - das Wort ist auch heute schon gefallen -, wie es auf Plakaten in unserer Stadt zu lesen ist. Wir sind, besonders was Teile des Einzelhandels betrifft, glaube ich, noch lange nicht europareif. Europareife Unternehmer würden nämlich, so meine ich, nicht durch Gesetze oder Verordnungen längere Ladenöffnungszeiten verlangen und dadurch auf höhere Umsätze hoffen - ich betone, hoffen -, sondern durch attraktivere Preise, eine bessere Produktauswahl, ein besseres Service und mehr Kundenbetreuung, durch qualifiziertes und ordentlich bezahltes Personal die Kaufkraft an sich ziehen (Beifall bei der SPÖ.), und dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Sinne der Konsumenten und unserer Stadt, nicht nur an einem Samstag im November, sondern wohl das ganze Jahr hindurch.

Ich bezweifle auch, daß es an diesem Samstag, den 26. November 1988, nachmittags tatsächlich zu dem befürchteten Kaufkraftabfluß von Wien nach Niederösterreich oder gar nach Ungarn kommen wird.

Sie vertreten in dieser Debatte, werte Damen und Herren der ÖVP, naturgemäß den Standpunkt der Wirtschaft, lassen Sie mich den Standpunkt der Menschen, der Arbeitnehmer und der Konsumenten dieser Stadt einnehmen. Frau Abg. Petrik hat gemeint, die Konsumentenschaft fühle sich gefoppt: Ich glaube, das kann in einem bestimmten Fall sogar stimmen, nämlich dann, wenn man die Diskussion hier wirklich einer breiteren Öffentlichkeit zuführen würde und wenn man die Möglichkeit hätte, das, was hier vor allem von Ihrer Seite immer wieder gesagt wurde, den Konsumenten auch entsprechend zukommen zu lassen. (Abg. Mag. Eva Petrik: Die Diskussion geht wirklich schon weit!) Ich habe in den letzten Tagen mit vielen Bürgern über die Einkaufsgewohnheiten diskutiert. Am treffendsten, glaube ich, hat es wohl mein Nachbar gestern abend formuliert. Zu Ihrer Information: Er ist ein ganz gewöhnlicher Metallarbeiter in einem großen Elektrobetrieb, der auch Unterhaltungselektronikgeräte herstellt, und in Wien beschäftigt. Der hat zu mir gesagt: "Habt ihr nichts Besseres zu tun, als darüber zu streiten, ob am 26. 11. nachmittags die Geschäfte offenhalten sollen oder nicht, wo ich als Arbeiter erst eine Woche später mein Weihnachtsgeld bekomme." Das sollte auch Herrn Abg. Hirnschall ein bißchen zu denken geben, weil er heute, obwohl er gar nicht herausgekommen ist, dadurch geglänzt hat, daß er uninformatiert ist. (Abg. Mag. Kabas: Geh, geh, geh!) In einem Zwischenruf vor ungefähr eineinhalb Stunden hat er gesagt, das stimme überhaupt nicht, alle hätten schon das Geld. Es stimmt nicht! In der Regel haben hunderttausende Wienerinnen und Wiener, die in Wien einer Beschäftigung nachgehen, aufgrund der Regelungen erst im Dezember Anspruch auf ihr Weihnachtsgeld (Abg. Karin Landauer: Aber es gibt sehr viele Arbeitgeber, die es schon früher auszahlen!), und ich höre, daß gerade die Beschäftigten im Einzelhandel ihr Weihnachtsgeld manchmal erst nach Weihnachten ausbezahlt bekommen. Das wollte ich bei der Ge-

legenheit auch noch sagen. (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Mag. Kabas: Aber manche bekommen es schon früher!)

Die Sozialpartner haben sich - wie bekannt - auf einen Modellversuch für erweiterte Ladenöffnungszeiten geeinigt. Jeder Unternehmer kann also ohnehin frei entscheiden, ob er am ersten oder am letzten Samstag im Monat länger offenhält. Ich denke, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß das mehr als genug ist, nicht zuletzt auch deshalb, weil es dabei nicht nur um die Interessen der Unternehmer gehen darf, sondern auch besonders die Bedürfnisse der im Handel beschäftigten Arbeitnehmer zu berücksichtigen sind. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Welan: Herr Abg. Nettig hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, mit dem Hinweis, daß die Redezeit entsprechend verkürzt ist. (Abg. Mag. Kabas: Auf Null! - Lhptm. Dr. Zilk: Kollege Nettig hören wir gerne! Das ist ein guter Handelsmann - ein Sir!)

Abg. Nettig: Danke. Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein paar Dinge, die ich zuerst bei funktionierenden Mikrofon angezissen habe, blieben eigentlich unwidersprochen und das zeigt mir doch, daß ich da gar nicht so falsch liege. Darf ich aber mit ein paar Sachproblemen beginnen.

Herr Freitag, es hat mich eigentlich gestört, daß Sie den Wiener Faschingsumzug angerissen haben. Das hätte ich nicht von Ihnen erwartet, denn es ist eine schöne Gemeinschaftsaktion zwischen der Sektion Handel beziehungsweise Kammer Wien und der Wiener Stadtverwaltung, unpolitisch und ohne Parolen, darauf habe ich geschaut. Die paar Tausend Schilling, die wir freiwillig bekommen, sind ein Anerkennungsbeitrag, denn zu 97 Prozent zahlen sich das die Händler selber und kein Schilling kommt von der Wiener Handelskammer. Daher ist der Vorwurf komplett ins Leere gegangen. Das war einmal Thema eins.

Thema zwei ist die Verschärfung des Klimas. Bitte, die Verschärfung des Klimas ist eigentlich von Ihnen ausgegangen. Ich bin aber nicht so zimperlich, ich habe einen breiten Rücken. Aber wenn ich mir Ihre Aussendung hernehme, dann steht da: "Besonders empört zeigt sich die Sektion Handel der GPA über Aufforderungen zum Rechtsbruch. Insbesondere durch den Obmann der Sektion Handel der Wiener Handelskammer, Walter Nettig, war zweifellos die kommende Gehaltsrunde schwer belastet." Also, was heißt das? Sie nehmen jetzt schon Bezug auf die Gehaltsverhandlungen, wissen aber ganz genau, daß ich derjenige war, der in jedem Statement in jedem Interview, in jeder Aussage seine Kollegen davor gewarnt hat, Gesetzesbruch zu begehen. Also bitte auch da eine Richtigstellung.

Und dann muß ich noch etwas sagen: Sie wissen ganz genau, Herr Kollege Freitag, daß wir mit dem Freien Wirtschaftsverband ein korrektes Arbeitsverhältnis haben. Ich war derjenige, der einen Kollegen von Ihnen ins Präsidium kooptiert hat. Warum? Weil er natürlich die Interessen seiner kleinen Kollegen auch wahrnimmt und mich informiert. Wir tragen diese Dinge gemeinsam, und es gibt keine einzige Aussendung des Freien Wirtschaftsverbandes zu diesem Thema. Sie wissen auch warum, weil nämlich die Kollegen, die kleinen und mittleren Kollegen des Freien Wirtschaftsverbandes, über diese Entscheidung auch unglücklich sind.

So, jetzt komme ich zum nächsten Punkt. Es hat geheißen, es gibt kein Geld für diesen Samstag, es ist nur Schau. Ich bitte, mich nicht falsch zu interpretieren. Ich habe sehr wohl gesagt, daß wir aus jahrzehntelanger Erfahrung wissen, daß der erste Samstag einen hohen Stellenwert für die Information hat, aber Information und Beratung münden ja in der Regel in einen Kauf. Wir wissen, wie wichtig dieser Tag für uns ist. Es ist aber nicht gesagt, ob, wenn wir jetzt diesen Samstag nicht aufsperren, die Kunden nicht schon vorzeitig die Stadtgrenzen verlassen und die Blechlawinen sich über die Stadtgrenze hinausbewegen. Das ist das Problem. Es geht ja nicht nur um diese fünf Stunden. Ich gestehe Ihnen das zu. Fünf Stunden sind unter Umständen nicht viel, aber manchmal ist eine Stunde im Geschäftsleben eines kleinen oder mittleren Unternehmers dafür entscheidend, ob der Tag für ihn erfolgreich war oder nicht. Sehen Sie es bitte im gesamten, sehen Sie es nicht losgelöst von der Problematik.

Außerdem habe ich das wirklich bestimmte Gefühl, daß Sie auch bei den Handelsangestellten falsch liegen. Wir treffen einander immer wieder bei Versammlungen, ich spreche auch mit Mitarbeitern

in Betrieben, die gewerkschaftlich organisiert sind und wir sind des öfteren verschiedener Meinung über die Problematik der Ladenöffnungszeiten. Über diesen Samstag, Herr Freitag, traue ich mich bei einer geheimen Abstimmung zu wetten, daß Sie falsch liegen und daß die Kollegen sehr wohl daran interessiert sind, an diesem Samstag zu arbeiten. Das ist ja ganz klar, weil sie dann ja entsprechend mehr bezahlt bekommen und sich darauf auch eingestellt haben. Ich bin restlos überzeugt, daß meine Annahme in diesem Fall richtig ist.

Noch etwas: Ein Kollege hat die EG-Debatte und die EG-Reife angerissen. Selbstverständlich hat sich der Wiener Handel mit der Thematik auseinandergesetzt, und ich bin der letzte, der heute sagt, daß die EG das Allseligmachende ist. Aber wenn Sie mich fragen, so wird im Lichte meines Informationsstandes à la longue kein Weg daran vorbeiführen. Daß das Gefahren mit sich bringt und daß wir uns damit in vielen Bereichen auseinandersetzen müssen, Niederlassungsfreiheit, freier Geldflußverkehr, Einflußnahme von verschiedenen Großkapitalfirmen und so weiter, ist alles klar und wird in jeder einzelnen Phase besprochen. Wir hatten in Hernstein einen Tag, speziell zum Thema "Chancen des Handels im Jahre 2000", der von allen Fraktionen gut besucht wurde, und natürlich ist da auch dem Mitarbeiter, der Mitarbeiterschulung großes Gewicht zugeschlagen.

Und jetzt zu Präsident Dittrich. Ich bin nicht hier, um ihn zu rechtfertigen und ihn zu entschuldigen. Wenn Sie sein Statement zur Ausbildung meinen, dann hat er das schon so gesagt, daß, wenn wir heute junge Menschen als Lehrlinge bekommen, die in der Regel einen relativ niedrigen Stand an Allgemeinbildung haben. Ich muß sagen, das ist schon der Fall. Das geht in die Richtung der Ausbildung vor der Lehrlingsausbildung, und da ist sowohl im Gewerbe als auch im Handel generell ein Manko an Allgemeinbildung festzustellen. Wenn wir dann in der Lage sind, die jungen Leute bei uns entsprechend auszubilden und wenn sie dann tüchtige Fachverkäufer und Facharbeiter werden, dann, glaube ich, ist das sicherlich ein Verdienst der Wirtschaft. Aber das liegt ja in unser aller Interesse.

Und nun zur Wortwahl des Herrn Präsidenten. In der Zwischenzeit ist es fast schon ein Jahr, daß ich hier in diesem Hohen Hause sein darf und ich kann in der Zwischenzeit zwischen einem Theaterdonner, der fallweise ja auch hier gespielt wird, und einer echten Empörung unterscheiden. Und gerade weil das Verhältnis zu den Spitzen dieser Stadtverwaltung so gut und sehr segensreich für diese Stadt ist, war er wirklich empört. Er hat genauso wie wir nicht damit gerechnet, daß es zu dieser Verordnung kommt. (Amtsf. StR. Christine Schirmer: Aber, das haben wir doch selber ausgeschickt, also muß er damit gerechnet haben!) Daher vielleicht auch die Wortwahl, aber Herr Stadtrat Neusser hat das ja schon relativiert.

Herr Landeshauptmann, daß es doch viermal zu einer Verzögerung mit dieser Verordnung gekommen ist, zeigt mir, daß eigentlich auch Sie selbst in dieser Sache nicht so sicher waren, denn ich kann mich erinnern, daß Sie vor einem Jahr sehr prompt reagiert haben, als es um die Entscheidung dieser zwei Lebensmittel-Samstage gegangen ist. Daher bin ich nach wie vor der Meinung, daß die Öffentlichkeit, egal ob es der Konsument ist, auf den wir eigentlich besonders Rücksicht nehmen sollten und den wir in der ganzen Debatte ein bißchen vernachlässigt haben, oder ob es die Handelsangestellten sind, die Kaufleute, die Wiener Wirtschaft, wenn Sie eine Blitzumfrage machten, sich zu 80 Prozent gegen diese Entscheidung aussprechen würde. In diesem Sinn, Herr Landeshauptmann: Vielleicht überlegen Sie es sich noch, Zeit wäre noch. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Welan:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann. Ich erteile es ihm.

**Landeshauptmann Dr. Zilk:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Vorredner! Ich möchte Ihnen zunächst attestieren, daß Sie für uns alle, auch für mich, wirklich als ein Vorbild an Fairneß gelten können. Ich bewundere Ihre überlegene Ruhe und werde versuchen, mich in Zukunft auch danach zu richten. Der Altbundeskanzler hat einmal gesagt: "Man kann nie alt genug sein, um immer noch zu lernen." Für mich sind Sie der "Sir" Nettig und es fällt mir schwer, nach Ihnen zu sprechen, besonders dann natürlich, wenn ich Ihnen doch einiges entgegen muß und einiges anders darstellen muß, als Sie es getan haben.

Zunächst sollten wir jetzt am Ende dieser Debatte alle Emotionalitäten wegräumen und sagen, daß es halt Fragen gibt, die schwierig sind. Gelegentlich hat man so oberflächlich über den Altbundeskanzler Sinowatz gelächelt, wenn er gesagt hat, daß alles so kompliziert ist, aber wenn man ehrlich ist im Leben, im Geschäftsleben, in der Politik ist vieles halt sehr kompliziert. Wenn es so einfach wäre, dann wäre auch eine Demokratie nicht die beste aller Formen, weil sie ja versucht, die komplizierten Verhältnisse gelegentlich auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Darum bemühen wir uns in diesem Haus ja doch wirklich ehrlich alle, ohne eine einzige Ausnahme. Mit wem immer ich schon die Klinge gekreuzt habe, ich schließe ihn in diese Bemerkung ein.

Also räumen wir alles Emotionelle weg. Dazu gehört auch der Faschingsumzug. Natürlich verstehe ich, daß man sich gelegentlich ärgert, aber wir machen gemeinsam weiter, selbstverständlich auch mit dem Kollegen Freitag, wenn wir vielleicht auch manches, was sich hier abgespielt hat und was von Ihrer Seite gekommen ist, dann ein bißchen unter dem heiteren Aspekt des Faschingsumzuges gemeinsam betrachten, mit oder ohne Subvention. Dennoch glaube ich, daß wir heute ein Klima der sehr sachlichen Auseinandersetzung hatten. Das betrifft sowohl die dringliche Anfrage und ihre Debatte als auch den dringlichen Antrag.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit zwei Sätzen in das vergangene Jahr zurückblenden. Da ging es um eine zentrale Frage. Es war geradezu eine Frage, von der man geglaubt hat, daß von ihr das Wohl und Wehe der Wiener Bevölkerung abhängt, daß es überhaupt kein anderes Problem mehr geben könnte, daß es nur mehr ein Problem gibt, nämlich daß der Lebensmittelverkauf dem normalen Verkauf an den vier Samstagen gleichgestellt ist.

Ich habe damals nach langen Auseinandersetzungen und nach langen Gesprächen mit meinen Freunden entschieden und habe dann erlebt, wie es ist, wenn man umgekehrt Beifall bekommt. Auch das gehört natürlich zur Demokratie dazu: Man muß die Kritik der eigenen Freunde ertragen lernen und man muß auch damit fertig werden, wenn einem die anderen gelegentlich Beifall zollen, wiewohl schon Lenin darauf hingewiesen hat, daß man auf den Beifall aus den Reihen anderer mit gewisser Vorsicht reagieren soll. Ich bekenne mich aber vollinhaltlich zu dieser Entscheidung vom vorigen Jahr, weil ich von vielen persönlichen Begegnungen, weil ich als Einkäufer von mir selbst und von meiner Mutter weiß, wie das mit dem Einkaufen ist, daß das Einkaufen gerade an den letzten Samstagen ganz wichtig ist, daß man da sehr viel kauft, daß gerade der Lebensmitteleinkauf eine große Rolle spielt und daß die Leute voriges Jahr zu Recht gesagt haben: "Bitte, das ist doch einfach lächerlich. Ein Laberl kann ich mir um 3 Uhr am Nachmittag nicht kaufen, aber eine Lampenbatterie schon. Das ist widersinnig." Und mir schien das so widersinnig, daß ich mich den Argumenten schweren Herzens, im Widerspruch mit mir und auch mit meinem Freund Freitag, der Sache unterordnend gebeugt habe, nicht persönlichen, parteipolitischen oder vordergründigen Dingen. Aber ich bekenne mich dazu.

Welcher sonderbare Wandel hat sich eigentlich in diesem Jahr vollzogen? Wir haben versucht, darüber zu verhandeln, wir haben darüber gesprochen, ich habe mehrfach selbst Gespräche angeregt. Herr Dittrich und Herr Freitag waren bei mir und ich habe beide gebeten, die Gespräche fortzuführen. Ich habe Herrn Obersenatsrat Dr. Leitner, den Leiter der Magistratsabteilung 63, den alle als einen sehr ordentlichen und ruhigen Beamten kennen, gebeten, zu verhandeln. Wir haben dann verhandelt. Bei diesen Verhandlungen ging es zunächst einmal darum, daß wir das, was voriges Jahr gegen den Widerstand errungen worden ist, in eine innere Zustimmung derer kanalisieren, die davon betroffen sind. Bei diesen Verhandlungen haben dann Herr Kommerzialrat Leopold Mareiner - das Protokoll, das ich habe, steht Ihnen jederzeit zur Verfügung, meine Damen und Herren -, Herr Kommerzialrat Herbert Schlägl und Herr Dr. Günther Schön ausgeführt, daß die Wiener Handelskammer diesem Lebensmittelverkauf eigentlich eher interesselos gegenübersteht. Es hieß dann wörtlich, ich zitiere: "Etwa 80 Prozent der Wiener Handelsbetriebe sind Klein- und Mittelbetriebe, die mehrheitlich die zur Diskussion stehende Vorweihnachtszeitregelung aus betriebsorganisatorischen Gegebenheiten ablehnen und auch zum Großteil eine solche Möglichkeit des Längeroffenhaltens an den vier Samstagen vor Weihnachten nicht in Anspruch nehmen würden. Die Wettbewerbsverzerrung würde durch den Umstand und so weiter zu groß werden." Zitat Ende.

Der Herr Präsident, der heute oft zitiert wurde, mit dem wir, wie ich glaube, ein wirklich vorbildliches demokratisches Zusammenarbeitsverhältnis haben, hat mir dann am 13. Juni einen Brief geschrieben - der Brief steht Ihnen hier auch zur Verfügung -, in dem es wörtlich heißt: "Ich halte unter diesen Umständen" - bezogen auf das Gespräch - "weitere Gespräche bezüglich des Lebensmittelhandels am Nachmittag nicht für sinnvoll, weil auch der Widerstand innerhalb des Gremiums des Lebensmitteleinzelhandels in solchem Ausmaß zugenommen hat, daß mit keiner Zustimmung zu rechnen ist."

Das heißt, im Juni hat mir Herr Präsident Dittrich mitgeteilt, daß die Handelskammer den Lebensmittelverkauf eigentlich gar nicht möchte. Nun haben aber den Lebensmittelverkauf voriges Jahr alle, die mehr von der Konsumentenseite her gesprochen haben, beklatscht und gesagt, daß das eine ganz wichtige Erleichterung ist, daß der Widersinn, daß an den letzten Samstagen vor Weihnachten alle bis 18 Uhr offen haben, daß aber die Fleischlaberlin ab 13 Uhr nicht mehr verkauft werden können, beseitigt wird. Was soll ich mir da für einen Reim darauf machen? Ich habe mir gedacht: Wenn ich voriges Jahr den Beifall hatte und das gegen den Widerstand durchgesetzt habe, dann sehe ich doch nicht ein, daß wir einen Schritt zurück machen und jetzt plötzlich sagen, daß wir heuer wieder um 13 Uhr Schluß machen. Da hätte uns doch wirklich jeder für zumindest leicht verwunderlich gehalten, um es nobel zu formulieren. Das war die Ausgangslage der Gespräche.

Und dann sagten Sie, ich habe so lange gezögert. Herr Nettig, ich habe gezögert, immer in dem Glauben, daß wir eins im Geiste sind, daß wir bis zum letzten Augenblick warten sollten, ob die Partner in einer strittigen Frage nicht doch zusammenfinden. Da ist der Herr Graf mit dem Herrn Dallinger zusammengekommen und der Herr Graf mit dem Herrn Verzetsnitsch. Ja, soll ich da nicht warten, ob es nicht doch eine Möglichkeit gibt, wenn ich seit Jahren sage, daß Regelungen wie diese, die so unglaublich unter die Haut gehen und beiden Seiten so weh tun, doch Regelungen irgendwie aus der Partnerschaft sein sollten? Und dann sind aus dieser Regelung drei Samstage herausgekommen, die verordnet worden sind.

Aber, meine Damen und Herren, was immer so schamhaft verschwiegen wird, was auch von manchen Journalisten aus Sympathie für manche Redner hier im Hause dann so leicht unter den Teppich gekehrt wird, sind drei Samstage, mit der im vorigen Jahr erkämpften Regelung des Lebensmittelverkaufs bis 18 Uhr. Die angeblich wichtigste Sache des Vorjahres muß ja auch heute noch wichtig sein. Ja um Gottes Willen, ich halte es doch für eine große, hervorragende Regelung, daß uns das gegückt ist.

Dann haben wir gesagt, daß der 26. in der Verordnung aber nicht dabei ist. Meine Damen und Herren, auch hier wird ja wirklich mit der Demagogie gearbeitet. Herr Nettig, es ist doch nicht wahr, daß ich gesagt habe, am 26. darf man nicht offenhalten. Jeder kann am 26. offenhalten, er braucht ja nur den Tag zu tauschen und den ersten Samstag nicht zu nehmen.

Seit zwei Monaten kann man den ersten Samstag die Geschäfte lange offenhalten. Lüge ich jetzt, Herr Nettig, oder bin ich im Traumland oder haben die Zeitungen alle das Falsche geschrieben? Ich kann mich gerade an den "Kurier" erinnern, der lang und breit über die große Enttäuschung der Geschäftsleute über den Samstag geschrieben hat, daß der eine Samstag keinen Sinne hat und daß er in der Form nichts bringt. Ich glaube das sogar, denn ich meine, daß man sich erst langsam daran gewöhnen muß. Ich glaube das, weil es die Handelskammer in Wien nicht zustande gebracht hat, eine gemeinsame Regelung durchzuführen. Da tun Ihnen die Konsumenten nicht leid, wenn sie herumirren und nicht wissen, wann welches Geschäft länger offenhält, an den Donnerstagen oder am ersten Samstag im Monat? Ist das sinnvoll? Können Sie wirklich als Geschäftsleute, die Sie hier sitzen, sagen, daß das eine sinnvolle Regelung im Sinne des Kunden ist, daß jeder irgendwann aufsperrt und sich niemand bemüht, das zu koordinieren? Bitteschön, wenn Sie glauben, daß das gut ist, ist es auch gut. Nur erzählen Sie mir dann nicht, daß die Koordinierung das einzige A und O ist.

Meine Damen und Herren, was haben wir jetzt? Wir haben dreimal die Samstage mit Lebensmitteln und wir haben den 26. genauso, wenn man sich dafür entscheidet. Das ist überhaupt keine Frage. Ich sage Ihnen heute schon: Ich gehe mit Ihnen durch die Stadt, Herr Nettig, und wir werden an lauter offenen Geschäften vorbeigehen. Wir beide machen uns das heute aus. Wir gehen durch die Stadt und werden

uns zwischendurch im Göttweiger Stiftskeller erholen. (Abg. Dr. Goller: Er ist ein Sir!) Der Sir geht mit. Ein Sir geht, ein Sir geht auch in den Göttweiger Stiftskeller auf ein Achterl. Dort sind um die Mittagszeit immer die höchsten Beamten des Finanzamts und die interessieren uns auf jeden Fall. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Also wir beide gehen durch die Stadt, schauen uns das an, da die Geschäfte offen sein werden.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, gehen wir einen gemeinsamen Schritt, gehen wir heuer diesen Weg. Voriges Jahr haben wir den Durchbruch beim Lebensmittelhandel erzielt. Helfen Sie uns, Herr Nettig, gnädige Frau. Frau Korosec (Amtsf. StR. Christine Schirmer und Abg. Ingrid Kariotis: Kariotis!) ist mir jetzt so im Gedächtnis. Entschuldigen Sie! Kariotis! Ich kann nichts dafür, dabei sollte ich das wissen, wie das mit der Karotis ist, Frau Kariotis. (Abg. Dr. Goller: Sie sollten sich die Brille aufsetzen!) Helfen Sie uns, ich flehe Sie an. Helfen Sie doch auch mit, daß wir ab sofort die Öffnungszeiten, die es gibt, nützen. Bitte, gehen Sie mit mir durch die Stadt. (Abg. Dr. Neubert: Jetzt seid Ihr schon zu dritt!) Na ja, wir haben ja auch viele Anlässe. (Heiterkeit im Saal.) Ist ja auch schön, die Stadt Wien. Wien ist schön. Das nächste Mal gehe ich mit der Frau Kariotis oder vielleicht mit dem Herrn Stadtrat. Ich gehe nicht mit allen, aber mit ihm gehe ich. (StR. Neusser: Am 26., Nachmittag!) Alles klar, gehen wir zwei, einverstanden, ist schon angenommen, ich schwöre.

Darf ich Sie noch um eine Sekunde des Ernstes bitten. Frau Kariotis, helfen Sie uns doch bitte, daß wir zu den Zeiten, wann wir offenhalten können, auch offenhalten. Gehen Sie auf den Kohlmarkt, gehen Sie auf den Graben und gehen Sie auf die Kärntner Straße, an einem Samstag ist um 12.00 Uhr alles zu. Da könnten die einen bis eins offen haben (Abg. Dr. Goller: Auf der Landstraße nicht! Da ist auch zu!), die anderen könnten bis zwei offen haben, aber um zwölf ist alles zu. Das müssen wir doch ehrlich zugeben. Bemühen wir uns doch, daß wir wenigstens diese Zeiten nützen. (Abg. Dr. Goller: Nein! Die sind konsumentenfeindlich!) Die haben eine Angst vorm Goller, weil der paßt dort immer auf. Wir müssen halt überall den Herrn Goller einsetzen. Aber bitte Freunde, helfen wir doch alle mit, daß wir das tun.

Jetzt möchte ich einen Vorschlag machen. Ein gescheiter Mensch denkt voraus und blickt nicht immer nach hinten. Im nächsten Jahr hat uns der liebe Gott diese Frage abgenommen, weil die vier Samstage drinnen sind. Aber ich mache Ihnen jetzt ein verbindliches Angebot für 1990. Wir werden dann ja immer noch da sitzen. Sie werden es dann noch ein paar Jahre mit mir aushalten müssen, falls mich der liebe Gott noch lieber hat als die Frau Kariotis. 1990 werden wir immer noch hier sitzen. Meine Damen und Herren, ich mache einen Vorschlag. Ich habe mit dem Herrn Freitag zuvor geflüstert. Wir machen für 1990 den Vorschlag - nicht den, den die Handelskammer gemacht hat, aber wir ehren die Handelskammer, auch Sie, Herr Stadtrat Neusser -, den, leider zu spät, der Klub der Modehändler gemacht hat, der gesagt hat, daß wir den 26. gegen den ersten Samstag im Jänner eintauschen sollen. (Abg. Dr. Neubert: Das hat schon Kollege Neusser gesagt! - StR. Neusser: Ich habe gesagt: "Die Medien haben es schon gemeldet!") Die Medien. Ich werde ganz klar sagen, wer es erfunden hat. Die gescheiten Modekaufleute waren es. Aber das ist ja nichts Böses. Sie verkaufen das zufällig nicht, denn Sie haben keine Boutique. Trotzdem müssen Sie doch als Handelskammervertreter auch die Boutiquenbesitzer lieben. Die Modehändler haben die Idee gehabt, nur leider zu spät. (StR. Neusser: Wir haben doch noch Zeit!) Wenn wir sie... (StR. Neusser und Abg. Fürst: Wir haben doch Zeit!) Schauen Sie, ich will einen Vorschlag machen. (Abg. Fürst: Für so etwas braucht man doch keinen Landeshauptmann in dieser Stadt!) Ich weiß schon, daß Sie mich nicht brauchen als Landeshauptmann, aber Sie werden mich brauchen müssen. Ob es Ihnen paßt oder nicht, bin ich Ihr Landeshauptmann. Damit müssen Sie auskommen. (Beifall bei der SPÖ.) Noch vier Jahre! Ist das nicht schrecklich? Noch vier Jahre, ich sage immer, der liebe Gott vorausgesetzt.

Aber davon abgesehen mache ich den Vorschlag, daß wir 1990 tauschen. Sie denken nach, was Sie den Handelsangestellten auch noch bieten für den Abtausch. Sicher werden Sie ihnen etwas zahlen und bieten müssen. Sie wollen mehr verdienen und das ist ihr gutes Recht. Aber unter der Voraussetzung, daß wir über diese Dinge reden, biete ich an, mich einzusetzen. Ich bin sicher, daß es uns gelingt, daß wir uns diese Situation von heuer ersparen und gemeinsam in die Zukunft schauen. Wir sind 1990 trotz Mock ohnehin noch nicht in der EG, Sie brauchen keine Angst haben. Die hören dort eh nicht so sehr

auf Ihren Außenminister. Es dauert eh noch länger, bis wir dort drinnen sind. Also, wir werden uns vorbereiten, EG-reif machen und für 1990 den nächsten Schritt tun.

In diesem Sinn, meine Damen und Herren, bitte ich Sie wirklich um einen friedlichen Abschluß. Ich möchte dazu beitragen. Es gibt halt Dinge, wo die Meinungen auseinandergehen, wo die Umstände so sind, daß wir nicht im Geist der Concordia in jedem Detail übereinstimmen. Aber da wir im ganzen gesehen in der Wiener Wirtschaftspolitik eine solche Übereinstimmung haben, lade ich Sie ein, daß wir das weiterhin tun und daß wir 1990 einen besseren Weg gehen. Mein Angebot steht. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Welan:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Ich weise den Antrag dem Herrn Landeshauptmann zur weiteren Behandlung zu.

Wir kommen nun zur Besprechung der Mitteilung des Herrn Landeshauptmannes. Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg. Prochaska. Ich erteile es ihm.

**Abg. Prochaska:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Diese ungewöhnliche Form einer tatsächlichen Berichtigung mußte aus Geschäftsordnungsgründen gewählt werden. Der Herr Landeshauptmann hat auf meine Anfrage, betreffend eine vorbereitete Katastrophenschutzübung in Währing, hier Aussagen gemacht, die nicht dem tatsächlichen Sachverhalt nach unserem Wissensstand entsprechen.

Seine Aussagen haben unterstellt, daß keine offiziellen Kontakte stattgefunden hätten. Dies ist unrichtig. Es hat einen offiziellen Kontakt Bezirksvorsteher Traindl mit Stadtrat Braun gegeben. Die Verschiebung der damals schon abgesprochenen Katastrophenschutzübung war auf die Vorziehung der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl zurückzuführen. Das müßte aktenkundig sein. Es hat im Büro des Herrn Stadtrates Häupl ein Gespräch mit dem zuständigen Beamten im Beisein des Generalsekretärs des Zivilschutzverbandes konsensual stattgefunden, wobei auch der Währinger Katastrophenschutzplan zur Kenntnis gebracht wurde.

Der Herr Landeshauptmann hat hier ferner festgestellt, daß die Wiener Feuerwehr nicht zugesimmt hätte und nicht einbezogen gewesen wäre. Auch dies entspricht nur teilweise der Wahrheit, denn die Unstimmigkeiten aus hierarchischen Gründen, meine Damen und Herren, bestanden mit dem Amtsvorgänger des jetzigen Branddirektors. Durch den Wechsel in der Funktion wurden diese Unstimmigkeiten ausgeräumt. Es fanden zwei offizielle Kontakte in der Zentrale Am Hof statt, wo der 18. Bezirk durch Bezirksvorsteher-Stellvertreter Karl Homole vertreten war. Auch war eine Zustimmung der Feuerwehr gegeben.

Der Landeshauptmann hat abschließend gesagt, daß nur wenig überbleibe, wenn er sich der Sache im Detail annehme. Dies stimmt auch nicht, meine Damen und Herren, die Fragen sind offengeblieben. Ich erlaube mir, nachdem er mich heute so wenig unfreundlich behandelt hat, ihm auch (Lhptm. Dr. Zilk: So wenig unfreundlich?) so wenig freundlich behandelt hat (Lhptm. Dr. Zilk: Nein, unfreundlich! Dann stimmt es! Ist schon richtig! - Heiterkeit bei der SPÖ.) ihm auch einzuräumen, daß er in einer Sache recht gehabt hat. Er hat in einer einzigen Sache bei dieser Anfrage recht gehabt. Er hat behauptet, daß Menschen, die viel darüber reden, meist nichts wissen. Er hat es uns bewiesen. (Beifall bei der ÖVP. - Lhptm. Dr. Zilk: Ich habe wenig geredet! Sie haben viel mehr geredet!)

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Welan:** Zum Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Häupl. Ich erteile es ihm.

**Amtsführender Stadtrat Dr. Häupl:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal danke ich dafür, daß wir doch zu einer gewissen Deeskalation dieser Diskussion gekommen sind. Es steht ja außer jedem Zweifel, daß wir bei diversen Diskussionen sehr konsensual festgestellt haben: Wenn wir uns nicht gemeinsam bemühen, das Bewußtsein für diese Fragen des Katastrophenschutzes und des Zivilschutzes in unserer Stadt zu heben, dann wird es auf dem äußerst niedrigen Level und Niveau bleiben, auf dem es sich zur Zeit befindet. Daher ist jede Eskalation und Auseinandersetzung im diesen Fragen des Katastrophenschutzes einer gemeinsamen Zielsetzung mit Sicherheit nicht dienlich.

**Erstens:** Die offiziellen Kontakte, die mit meinem Amtsvorgänger stattgefunden haben, entziehen sich meiner unmittelbaren Beurteilung. Ich kann daher auch nichts dazu sagen. Aus den schriftlichen

Informationen geht hervor, daß Kontakte stattgefunden haben. Das besagt ja nun nichts, denn aus ihnen geht nicht hervor, ob diese Kontakte nun konsensual - um bei dem Begriff zu bleiben - gewesen sind oder ob sie das nicht waren.

Zweitens. Auf einen kleinen Widerspruch erlaube ich mir doch aufmerksam zu machen. Es hat vor rund fünf Stunden - wenn ich es richtig beurteile - geheißen, daß mit mir ein Gespräch geführt wurde. Nun nehme ich die Klarstellung in die Richtung vor, daß mit meinem Büro Kontakt aufgenommen wurde. Dazu kann ich hier feststellen, daß von einem Mitarbeiter meines Büros auf die Frage, die gestellt wurde, die Auskunft gegeben wurde, daß Führungsübungen und Planspiele durchgeführt werden. Ein Konsens über die Abhaltung einer Übung in Währing liegt in meinem Büro nicht vor.

Drittens. Die Gespräche mit dem Herrn Branddirektor sind sicherlich nützlich und dienlich, nicht nur weil seine Funktion als Branddirektor eine sehr wesentliche ist. Aber ich erlaube mir doch darauf hinzuweisen, daß es seitens des Herrn Branddirektors mit Sicherheit keine Zustimmung für die Abhaltung einer Katastrophenschutzübung geben kann, weil er keine Kompetenz für eine derartige Zustimmung hat. Dies vor allem vor dem Hintergrund von Diskussionen, die es auch im Vorstand des Wiener Zivilschutzverbandes gegeben hat und als deren Ergebnis ein bestimmter Stufenplan der Übungen im Zusammenhang mit Katastrophenschutz festgelegt wurde. Eine erweiterte Übung hat gestern stattgefunden. Ich habe mich sehr gefreut, neben Vertretern meiner Fraktion auch Herrn GR. Kabas etwas erfroren dort zu treffen (Abg. Mag. Kabas: Sehr erfroren!), was bei der gestrigen Witterung und den Temperaturen kein Wunder gewesen ist. Ich hoffe, Herr Gemeinderat, daß Sie sich keinen allzu großen Schnupfen zugezogen haben und daß der Tee, den wir gemeinsam trinken konnten (Abg. Mag. Kabas: Der Tee war gut!), ein bißchen einen Beitrag dazu geleistet hat, daß Sie das gesundheitlich gut überstanden haben. Ich hätte mich aber gefreut, auch mit einem Vertreter der ÖVP dort einen Tee zu trinken, damit wir diese tiefen Temperaturen, die dort waren, auch gemeinsam überstanden hätten. (Abg. Dr. Goller: Ich habe schon meinen Schnupfen!)

Wir werden gemäß dem Plan im Zusammenhang mit Katastrophenschutz und auch daraus resultierenden Übungen weiter vorgehen und dies gemeinsam mit all jenen, die die tatsächlichen Entscheidungen zu treffen haben, vornehmlich mit dem Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien und dem Herrn Magistratsdirektor. In diesem Sinne bitte ich Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Welan: Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden schriftlich bekanntgegeben. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß um 14.45 Uhr)

